

Ziele	
Respektvoller Umgang mit Unterschieden	
1. Kommunikation von Gemeinschaft fördern	20
2. Umgang mit Unterschieden erleichtern	20
3. Dialog und Vernetzung voranbringen	21
4. Beteiligung an Entscheidungen ausbauen	21
5. Möglichkeiten von Kommunalpolitik ausschöpfen	21
6. Würde des Einzelnen achten	22
7. Zugehörigkeitsgefühle anerkennen	22
8. Freie Lebensgestaltung fördern	23
9. Niemanden überfordern	23
10. Vielfache Zugehörigkeiten anerkennen	24
11. Abgrenzungen überwinden	24
12. Gruppenzwängen entgegenwirken	25
13. Besondere Hilfestellungen leisten	26
14. Demokratische Abläufe vermitteln	26
15. Mitsprache und Beteiligung sicherstellen	27
16. Offenheit für neue Einwohner und Mitglieder kommunizieren	27
17. Freiräume von Religion und Kultur anerkennen	28
18. Gleiche Rechte akzeptieren	28
19. Internationale Beziehungen berücksichtigen	29
Beachtung lokaler Besonderheiten	
20. Traditionsbildung wahrnehmen	30
21. Historische Verpflichtungen annehmen	30
22. Traditionen vermitteln und hinterfragen	30
23. Bürgerengagement und Zivilgesellschaft fördern	31
24. Parallelgesellschaften entgegenwirken	31
25. Bestehende Strukturen nutzen und fördern	32
26. Veränderungen ernst nehmen	32
27. Menschen zum Bleiben bewegen	33
28. Vielschichtigkeit anerkennen	33
Integrationspolitik als stadtweite Querschnittsaufgabe	
29. Mit Vielfalt professionell umgehen	35
30. Bürgerkontakt ausweiten	35
31. Gleichberechtigte Teilhabe sicherstellen	36
32. Information und Begegnung erhöhen	37
33. Gemeinsamkeiten betonen	37
34. Konflikte verhindern und nutzen	38
35. Abgestimmte Handlungspläne erarbeiten	41
36. Kriterien für Kooperation und Förderung standardisieren	41
37. In regelmäßigem Turnus berichten	42
38. Berichterstattung der städtischen Ämter abstimmen	42
39. Ergänzendes Monitoring einführen	43
40. Vertiefende Studien durchführen	43
41. Stadträumlichen Ansatz vermitteln	44
42. Zentrale Veranstaltungen organisieren	44
43. Kooperation mit Hochschulen ausbauen	44
44. Ämterübergreifende Kooperation strukturieren	46
45. Konferenz der Amtsleiterinnen und Amtsleiter nutzen	46
46. Projektgruppen der Fachämter und Betriebe einrichten	47
47. Effiziente transparente Abläufe ermöglichen	47
48. Stadtweite Breitenwirkung sicherstellen	47
49. AmkA als Querschnittsfachamt	48
50. Querschnittsarbeit und Planung	48
51. Zentrale Clearing- und Ombudsstelle	48
52. Regionale Kooperationen vertiefen	49
53. Auf Bundesebene engagieren	49
54. Interessen auf europäischer und internationaler Ebene vertreten	50
55. Institutionelle Partner einbeziehen	50

»Die Vielfalt unserer Bevölkerung beschränkt sich nicht auf Herkunftsgeschichten, sondern umfasst zugleich die Lebenserfahrungen mehrerer Generationen, eine große Spannweite beruflicher Werdegänge und sozialer Lagen, sehr unterschiedliche Interessen und Wünsche für ein selbstbestimmtes Leben, mannigfache Erwartungen an Familie, an einen Beruf und an unser Zusammenleben. Doch jede Gesellschaft braucht eine von allen geteilte Sicht von Wirklichkeit, Vorstellungen von einer gemeinsamen Zukunft, Formen und Symbole der Zugehörigkeit, eine Verständigung über Pflichten, Rechte und Möglichkeiten der Teilhabe. Bei allen Unterschieden stellt sich uns immer neu die Frage: Wie wollen wir zusammenleben?«



STADT . FRANKFURT AM MAIN

Vielfalt bewegt Frankfurt

Integrations- und Diversivitätskonzept für Stadt, Politik und Verwaltung

Grundsätze
Ziele
Handlungsfelder

Handlungslinien	
Leitbild: Eine vernetzte Stadt	
1. Menschen zusammenbringen	54
2. Gemeinsame Themen und Interessen formulieren	54
Begegnung: Eine Willkommenskultur	
3. Maßnahmen für neu Zuziehende ausbauen	56
4. Information und Zugänge vereinfachen	56
5. Gegenseitige Wertschätzung einfordern	56
Grundsatz: Teilhabe und Mitwirkung	
6. Bestehende Strukturen nutzen und öffnen	58
7. Neue Beteiligungsformen schaffen	58
8. Politische Beteiligung erhöhen	58
9. Information und politische Bildung ausbauen	59
10. Veränderungsbereitschaft unterstützen	59
Planung: Eine integrierte Stadtentwicklung	
11. Gesamtstädtische Strategien verfolgen	60
12. Stadtteile als gemeinsamen Raum fördern	60
13. Öffentliche Räume gestalten und nutzen	60
14. Entwicklung von Stadtteilen fördern	61
15. Wohnungspolitik anpassen	61
Stadtteile: Ein gutes Zusammenleben	
16. Anlaufstellen schaffen	62
17. Segregation entgegenwirken	62
18. Netzwerke stärken und bilden	63
Verständigung: Sprache und Kommunikation	
19. Frühe Deutschförderung ausbauen	64
20. Spracherwerb begleiten	64
21. Mehrsprachigkeit berücksichtigen	64
22. Differenziertes Angebot an Deutschkursen sicherstellen	65
23. Deutschkenntnisse sicherstellen	65
24. Räume für Kommunikation schaffen	65
Bildung: Zukunftschancen für die Einwanderungsgesellschaft	
25. Kommunales Steuerungsmodell umsetzen	67
26. Zugänge erleichtern	67
27. Familien unterstützen	68
Lebensgrundlagen: Wirtschaft und Arbeitsleben	
28. Institutionen vernetzen	68
29. Mit Vielfalt umgehen	68
30. Soziale Bildung vermitteln	68
31. Miteinander fördern	68
32. Übergänge erleichtern	69
33. Erwachsenenbildung gestalten	69
Kreativität: Kultur und Kunst	
34. Ausbildungsreife sicherstellen	71
35. Berufsausbildung begleiten	71
36. Weiterbildung vernetzen	71
37. Integration im Berufsleben fördern	72
38. Beurteilung ausländischer Abschlüsse erleichtern	72
39. Selbständigkeit unterstützen	72
40. Fördernetzwerke ausbauen	72
Sozialer Zusammenhalt: Eine Stadtgesellschaft	
41. Kultur und Kunst vermitteln	74
42. Anknüpfungspunkte schaffen	74
43. Beteiligung unterstützen	74
44. Kulturelle Bildung fördern	75
Öffentlicher Dienst: Umgang mit Vielfalt	
45. Sozialer Ausgrenzung entgegenwirken	76
46. Geschlechtsspezifische Aspekte berücksichtigen	76
47. Älteren Generationen helfen	76
48. Familienarbeit ausbauen	77
49. Jugendhilfe vernetzen	77
50. Konflikte lösen, Gewalt ächten	77
51. Flüchtlinge schützen	78
52. Menschen ohne Aufenthaltsstatus beistehen	78
53. Gesundheitsversorgung sicherstellen	78
54. Menschen mit Behinderung helfen	78
55. Sexuelle Orientierungen berücksichtigen	79
56. Neue Formen des Zusammenlebens anerkennen	79
57. Veränderung städtischer Milieus berücksichtigen	79
58. Religionsgemeinschaften würdigen	79
Öffentlicher Dienst: Umgang mit Vielfalt	
59. Diversitätsmanagement anwenden	81
60. Strukturen und Kompetenzen weiterentwickeln	81



Vielfalt bewegt Frankfurt

Integrations- und Diversitätskonzept
für Stadt, Politik und Verwaltung

Grundsätze
Ziele
Handlungsfelder

»Es sollen hinfüro alle Bürger dieser Stadt, sowohl eingeborene als eingenommene, ohne Unterschied bei allen bürgerlichen Freiheiten gleich geschützt und beschirmt werden.«

Frankfurter Bürgervertrag von 1612/13

»Der Begriff von Freiheit ist ein so heiliger und wichtiger, dass es mir durchaus notwendig erscheint, ihn an die Spitze unserer Grundrechte zu stellen.«

Jacob Grimm in der Paulskirche, 1848

»Wenn wir den Anzeichen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entgegentreten, dann auch, weil wir den kulturellen und gesellschaftlichen Reichtum schätzen und verteidigen, den wir der Koexistenz verschiedener Kulturen, Nationalitäten und Lebensstile verdanken. Die Ausländerinnen und Ausländer, die hier leben, sind keine Gäste. Ihnen stehen gleiche Rechte zu.«

Frankfurter Erklärung gegen Rassismus, 1990/2000

Das Integrations- und Diversitätskonzept wurde am 30.09.2010 von der Stadtverordnetenversammlung als Anlage zum Magistratsvortrag M 132/2010 verabschiedet (§ 8782). Die vollständige Beschlussfassung ist im Parlamentarischen Informationssystem der Stadt Frankfurt auf www.frankfurt.de einzusehen.

Redaktionell durchgesehene Auflage, 2011.

Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
Dezernat XI – Integration
Lange Straße 25-27
60311 Frankfurt am Main

www.frankfurt.de
www.vielfalt-bewegt-frankfurt.de

Bestellungen unter:
publikation.amka@stadt-frankfurt.de

Inhaltsverzeichnis

1. Ein Integrationskonzept für Frankfurt am Main	12
1.1 Politik der Vielfalt	13
Zuwanderung als städtische Erfahrung	13
Situation der »Global Cities«	13
Frankfurt als urbanes Zentrum	14
Ständige Adaptionsleistungen erforderlich	14
Vielfalt als Tatsache	15
Eine integrierte Stadtgesellschaft	15
1.2 Leitlinien und Ziele	16
Eine Querschnittsaufgabe für die ganze Stadt	16
Ein kommunalpolitisches Konzept	16
Aufklärung der Stadtgesellschaft	17
Selbstverpflichtung der Politik	18
Klare Aufgabenstellung für die Verwaltung	18
Bessere stadtweite Kooperation	18
2. Grundsätze der Frankfurter Integrationspolitik	19
Rechte und Pflichten verdeutlichen	19
Extremismus entgegenwirken	19
Gemeinsame Verantwortung ermöglichen	19
2.1 Grundlagen des Zusammenlebens	20
2.1.1 Kommunale Selbstverwaltung	20
2.1.2 Gemeinsame Werte	22
Gegenseitiger Respekt und Anerkennung	22
Offene und tolerante Gesellschaft	24
2.1.3 Demokratische Kultur	26
Gemeinsame Entscheidungsfindung	26
Neutralität von Politik und Verwaltung	28
2.1.4 Frankfurter Stadtgesellschaft	29
Geschichte differenziert vermitteln	29
Kleinräumige Vielfalt bewahren	31
2.1.5 Das Ziel: eine lebendige Stadtgesellschaft	32
2.2 Leitlinien von Integrationspolitik	35
2.2.1 Diversitätsmanagement und Antidiskriminierung	35
2.2.2 Vernetzung und Beteiligung	36

3. Eine Querschnittsaufgabe für ganz Frankfurt.....	39
Diversitätsmanagement einführen	39
Kooperationen ausbauen	39
Menschen und Organisationen vernetzen	40
3.1. Umsetzung auf mehreren Ebenen	41
3.1.1 Diversitätsmanagement als stadtweites Querschnittsthema	41
3.1.2 Abgestimmte Berichterstattung	42
3.1.3 Abgestimmtes Monitoring und Studien	43
3.1.4 Stadtweiter Erfahrungsaustausch	44
3.2 Arbeitsstruktur und Organisation.....	46
3.2.1 Systematisierung und Verbindlichkeit	46
3.2.2 Das AmkA als Koordinations- und Informationsstelle	48
3.2.3 Kooperationen der Stadt Frankfurt.....	49
4. Handlungslinien (HL) für Projektgruppen und Berichterstattung	52
Integration als Querschnittsaufgabe	52
Integrationsleistungen einer pluralen Gesellschaft	52
Integration durch Beteiligung und Vernetzung	53
4.1 Leitbild: eine vernetzte Stadt	54
4.2 Begegnung: eine Willkommenskultur.....	56
4.3 Grundsatz: Teilhabe und Mitwirkung.....	58
4.4 Planung: eine integrierte Stadtentwicklung	60
4.5 Stadtteile: ein gutes Zusammenleben	62
4.6 Verständigung: Sprache und Kommunikation.....	64
4.7 Bildung: Zukunftschancen für die Einwanderungsgesellschaft	67
4.8 Lebensgrundlagen: Wirtschaft und Arbeitsleben	71
4.9 Kreativität: Kultur und Kunst	74
4.10 Sozialer Zusammenhalt: eine Stadtgesellschaft	76
4.11 Öffentlicher Dienst: Umgang mit Vielfalt.....	81

Geleitwort

Dr. h.c. Petra Roth
Oberbürgermeisterin

Das Erfolgsgeheimnis von Frankfurt heißt »Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz – in jeder Hinsicht«. Dieser Anspruch wird in unserer Stadt seit jeher gelebt: Frankfurt steht als Wegekreuzung für Offenheit und Gastfreundschaft. In der deutschen Geschichte ist Frankfurt am Main mit der Paulskirche eines der Symbole für Grundrechte, Freiheit und die parlamentarische Tradition unseres Landes.

Integration gelingt nur auf dieser Grundlage unserer demokratischen Kultur. Dieses Konzept bietet dafür eine Grundlage von Selbstvergewisserung und Selbstverpflichtung. Es ist ein Ausdruck der besten Traditionen unserer Stadt, dass es die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung im September 2010 mit breiter Mehrheit angenommen hat.

Dieses Integrationskonzept ist selbst ein Zeichen, und es ist ein Auftrag an uns alle: an Politik, an die Verwaltung und die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Dieses Konzept beschreibt dabei auch einen Anspruch für die Zukunft: Auf seiner Basis haben wir uns von Mal zu Mal über einzelne Ziele und konkrete Vorhaben zu verständigen. Dass wir bei dieser Arbeit, bei der Abwägung einzelner Prioritäten und Ressourcen die allgemeinen Grundlagen und Ziele unseres Handelns nicht vergessen, dass wir uns stets daran erinnern, langfristig nachdenken zu müssen – dafür ist dieses Konzept da. Es formuliert einen Anspruch, der jede und jeden betrifft: Unsere städtische Wirklichkeit ernst zu nehmen, Schlagworte zu vermeiden, eigene Erwartungshaltungen zu überprüfen und auf alle Nachbarn zuzugehen, woher sie auch kommen und wie lange sie auch bleiben mögen: Wer in dieser Stadt lebt, gehört zu uns und ist Teil unseres Gemeinwesens. Denn Integration ist nicht zuletzt ein Ausdruck kommunaler Selbstverwaltung.

Frankfurt ist eine lebendige Stadt, die eine wechselvolle Geschichte und einen Wandel durchlebt hat. Auch heute ist Frankfurt eine Stadt in ständiger Bewegung. Unsere Straßen und Plätze sind ein kommunikativer

Raum. Kommunale Selbstverwaltung und gesellschaftliche Integration gehören zusammen.

Auch dieses Verständnis von Bürgersinn und Stadtpolitik hat eine lange Geschichte. Als der berühmteste Sohn Frankfurts, Johann Wolfgang von Goethe, 1814 seine Heimatstadt wieder besuchte, erinnerte er daran, »dass einer freien Stadt ein freier Sinn gezieme und dass man ... sich vor allen Dingen von veralteten Vorurteilen zu befreien habe.« Darum geht es auch heute. Und dies ist keine einfache Aufgabe, wie Goethe ebenfalls bemerkte: »Die Erfahrung von den ältesten bis in die neuesten Zeiten belehrt uns, dass der Bewohner einer freien Stadt sich schwer mit seines Gleichen vereinige. Es ist nichts natürlicher, als dass Unabhängigkeit uns in unserem eigenen Wesen bestärke .. und weil nun ein jeder sich so selbst gewähren lässt, müssen diejenigen am Ende sich öfters getrennt finden, welche durch die schönsten Bande verknüpft sein könnten.«

Städtische Freiheit macht das Zusammenleben nicht einfacher. Doch die Grundlage unseres Miteinanders ist Freiheit. Wir haben einander gewähren zu lassen und aufeinander zuzugehen. So können wir uns auch heute in diesem Integrationskonzept, das eine Politik der Vielfalt und Vernetzung beschreibt, auf Goethe beziehen. Dieses Konzept, das unter großer öffentlicher Anteilnahme und Beteiligung entstanden ist, formuliert nicht nur einen Auftrag an uns alle, sondern zugleich bleibende Werte jeder Gemeinschaft.

»Jeder Mensch strebt nach einem selbstbestimmten Leben und nach der Achtung anderer. Doch unser Zusammenleben beruht auf Grundlagen, die für alle gleichermaßen verbindlich sind und die allen bekannt sein müssen: auf unserer politischen Kultur, die sich historisch entwickelt hat und die sich in unserer demokratischen Grundordnung ausdrückt. In der staatlichen Gemeinschaft finden sich selbständige Individuen zusammen. Kern von Integrationspolitik sind die Rechte und Pflichten der Einzelnen, ihre Teilhabechancen und Gleichberechtigung.« So formuliert es unser Frankfurter Integrationskonzept. Auf dieser Grundlage wollen wir handeln und zusammenleben. In diesem Sinne wollen wir weiter-

hin als ein Vorbild moderner Kommunal- und Integrationspolitik wahrgenommen werden, als das wir schon heute gelten. Es gibt viele Gründe, auf unsere Stadt stolz zu sein. Dieses mit den Bürgerinnen und Bürgern erarbeitete Integrationskonzept ist einer von ihnen.

Vorwort

Stadträtin Dr. Nargess Eskandari-Grünberg,
Dezernentin für Integration

»Zu Hause zu sein statt integriert« – so beschrieb ein Bürger mir gegenüber sein Anliegen an Integrationspolitik. Der Satz bleibt im Gedächtnis, er ist pointiert und vielleicht auch ungewollt provokativ – mein Besucher war, wie ich selbst, kein deutscher Muttersprachler. Der Satz beschreibt beides: den Wunsch, hier daheim zu sein, und die Angst, eine eigene Lebensgeschichte zurücklassen zu müssen, und damit Erfahrungen und Gewohnheiten, die so tief verwurzelt sein können, dass sie als Teil der Identität empfunden werden. Der Satz rührt aber auch an die Angst anderer, dort, wo sie zu Hause seien, richte sich etwas ein, das eben nicht »integriert« sei. Nicht zuletzt macht die Bemerkung darauf aufmerksam, dass wir mit Begriffen wie »Integration« ein sozialtechnisches Vokabular benutzen, an das wir uns erstaunlich gewöhnt haben, das aber mit der Lebenswirklichkeit und den Lebenserfahrungen von Menschen nur mehr mittelbar zu tun hat. Wir alle neigen dazu, wenn wir dieses Vokabular benutzen, über »diese Menschen« zu reden, über »die Migranten« oder »die Deutschen«, über Gruppen, die in aller Regel andere sind: Der oder diese müsse etwas tun, diese oder jener benötige Nachschulungen oder solle mehr Verständnis aufbringen, in diesem oder jenem Viertel geschehe dies oder das. Wir neigen dazu, auf andere zu zeigen. Dabei geht es um uns selbst. Um uns alle.

Integration gelingt nur gemeinsam. Dieser Satz ist derzeit verbreitet, und sagt sich heute leicht. Doch er setzt etwas voraus, das lange nicht selbstverständlich war. Er setzt ein Umdenken voraus: dass es nämlich nicht darum gehen kann, verschiedene kleinere Minderheiten in eine vermeintlich homogene Mehrheit zu integrieren, sondern darum gehen muss, in einer offenen Gesellschaft zusammenzuleben. Integrationspolitik ist weder eine Nischenpolitik noch eine Politik für eine bestimmte Zielgruppe wie »die Ausländer« oder »die Migranten«. »Ausländer« und »Migranten« sind jeweils eine, aber nicht die einzige Zielgruppe von Integrationspolitik. Ihnen gegenüber steht auch nicht eine große homogene Gesell-

schaft, in der sie mehr oder minder »angekommen« sind. Es gibt, leider, Menschen (mit und ohne »Migrationshintergrund«), die meinen, in dieser Gesellschaft nicht angekommen oder aufgehoben zu sein. Es gibt, leider, Menschen, die sich selbst am Boden sehen, und andere, von denen die Öffentlichkeit annimmt, dass sie die »Bodenhaftung« verloren haben. Menschen unterscheiden sich nicht nur in ihrer Herkunft und ihrem Berufs- und Lebensweg, sondern auch dem Alter nach, durch ihre Interessen und Überzeugungen und viele andere Dinge mehr.

Entsprechend kann in einer Demokratie das Ziel von Integration nicht Gleichheit sein, sondern Chancengleichheit. Integrationspolitik hat daher dieses Ziel: Menschen zu befähigen, in unserer Gesellschaft einen eigenen erfolgreichen Weg zu gehen. Dazu braucht es gemeinsame Grundlagen und faire Bedingungen. Zu diesen Grundlagen gehören unsere Rechtsordnung und politische Kultur. Erfolgreiche Integrationspolitik kann und wird aber nichts daran ändern, dass wir in einer pluralen Gesellschaft leben. Auch dies ist eine Grundlage unserer Demokratie, die unter dem Schutz unserer Rechtsordnung steht. Unterschiede gehören zu jeder Gesellschaft. In Städten zumal drängen sich unterschiedliche Lebensstile auf engem Raum. Das macht unseren Alltag nicht einfacher, aber reichhaltiger. Integrationspolitik hat daher auch dieses Ziel: Darin nicht nur einen Reichtum zu erblicken, sondern vorhandene Potentiale tatsächlich zu nutzen. Deswegen legt die Stadt Frankfurt hier ein Integrations- und Diversitätskonzept vor. Wir stehen vor der Aufgabe, mit der realen Vielfalt in unserer Stadt bestmöglich umzugehen.

Auch dies gelingt nur gemeinsam. Jede Gesellschaft braucht ein Verständnis von sozialem Zusammenhalt, eine Vorstellung von einer gemeinsamen Zukunft, geteilte Anliegen und Erfahrungen. Diese können wir aber nicht einfach voraussetzen, erst recht nicht verordnen. Wir alle sind gefordert, sie immer wieder neu herzustellen. In diesem Konzept stellen wir daher fest: Die Aufgaben von Integrationspolitik gehen über Fragen von »Fördern« und »Fordern« weit hinaus. Die Fragen, die wir uns zu stellen haben, ob eingewandert oder nicht, betreffen

Grundlagen unseres Zusammenlebens. Moderne Gesellschaften sind - auch ganz unabhängig von allen Phänomenen von Migration und Globalisierung - durch eine offener gelebte Vielfalt der Sichtweisen und Erfahrungen geprägt und erscheinen heterogener als vielleicht vor einigen Jahrzehnten. Es liegt nahe, Respekt und Toleranz zu fordern, viel schwieriger ist es, sie zu fördern oder selbst zu leben. Es ist einfach, Chancengleichheit zu verlangen und schwierig, sie zu verwirklichen. Dies aber sind zentrale Aufgaben von Integrationspolitik: Integrationspolitik hat nicht zuletzt die Aufgabe, dazu beizutragen, dass wir alle den an uns gestellten Ansprüchen besser gerecht werden können.

Dabei sollten wir realistisch bleiben. Nicht alle Menschen – ob mit oder ohne ›Migrationshintergrund‹ – werden sich an dieser Gesellschaft aktiv beteiligen, und wir sollten das als persönliche Entscheidung respektieren, sofern sie freiwillig und wissentlich erfolgt. Wir dürfen das Ziel, alle Menschen zu erreichen und zu beteiligen, jedoch nicht aufgeben. Eine Schwelle und Grenze von Integrationspolitik gibt es allerdings: Wir dürfen es nicht hinnehmen, wenn Normen verletzt werden oder gegen Grundlagen unseres Zusammenlebens gearbeitet wird, von wem auch immer.

Für einige Aufgaben, die vor uns liegen und für die Ziele und Handlungslinien, die dieses Konzept formuliert, gibt es bereits erste Ansätze und auch Erfolge, für andere noch nicht. In keinem Fall gibt es Patentrezepte. In manchen Bereichen bleibt uns nichts anderes übrig, als uns immer wieder neu zu bemühen. Deswegen ist das Ziel dieses Konzepts eine Verständigung über Grundlagen und dauerhafte Ziele. In diesem Konzept formulieren wir 55 übergeordnete Ziele kommunaler Integrationspolitik. In 60 Handlungslinien legen wir fest, wie wir hier in Frankfurt vorgehen wollen, ob im Bildungsbereich, in Kultur, Wirtschaft, Stadtplanung, gegenüber Gruppen oder im Verwaltungshandeln. Es gibt kaum einen Bereich unseres städtischen Lebens, der in diesem Konzept nicht mit bedacht worden ist. In diesem Konzept formulieren wir aber auch Ansprüche und Wünsche an Partner von Politik und Verwaltung: an Fachleute, gesellschaftliche Gruppen und – an die städtische Öffentlichkeit. Integration gelingt nicht zuletzt in unserem persönlichen, privaten Alltag.

Auf der Grundlage dieses Integrationskonzepts also wollen wir gemeinsam weiterarbeiten. Neben unserer

Kreativität und Sachkenntnis ist unsere realistische Einschätzung von Zeiträumen gefragt. Es gibt zudem, gerade im Bereich von Integration und gemeinsamem Zusammenleben, Privaträume und Privatangelegenheiten, Dinge, die sich durch die Initiative der Bürgerinnen und Bürger am besten direkt regeln. Die Verwaltung sollte jedoch dazu beitragen, dass sie dazu in der Lage sind, sie über Sachverhalte und Möglichkeiten aufklären und ggf. unterstützen. Die Verwaltung hat zudem einen Ausgleich zwischen organisierten und nicht-organisierten Interessen zu finden und stets den Grundsatz der Gleichbehandlung zu wahren.

Dieses Konzept ist nicht einfach auf den Schreibtischen der Verwaltung oder in einem politischen Programm entstanden. Am Beginn stand ein Entwurf. Er wurde eingeleitet durch eine wissenschaftliche Untersuchung der Realität unserer Stadtgesellschaft aus vielfältigen und oft transnationalen Beziehungen und Gruppen. Der Entwurf bot zudem einen Überblick zu bestehenden Maßnahmen und formulierte Handlungsperspektiven zur Diskussion unter dem Leitbild einer Politik der Vielfalt und Vernetzung.

Unser Entwurf bewegte Frankfurt. An vielen Orten entstanden Diskussionen und Stellungnahmen, die uns dann erreichten. Mit vielen Menschen haben wir gesprochen. Wir waren beim Stadtteilverein mit wenigen engagierten Mitgliedern ebenso wie auf der großen Versammlung eines Sozialverbandes, bei der kleinen Frauengruppe von Migrantinnen und im Jugendclub ebenso wie im Hörsaal der Universität. In Arbeitsgruppen wurden wir beraten und im Internet: Der europaweit erste Online-Dialog zu Fragen von Integration zog 46.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an, über 10.000 Mal wurde unser Konzeptentwurf heruntergeladen, auch dann, als auch die zweite Auflage längst vergriffen war. Wir haben uns bemüht, neue Wege zu gehen – im Internet durch den ersten Chat des Frankfurter Magistrats und auf Bürgerversammlungen durch die erste Veranstaltung nach der sog. Open-Space-Methode. Wir haben uns bemüht, alle zu erreichen, wir sind auf Menschen zugegangen, auf der Straße und in öffentlichen Einrichtungen, doch wir haben niemanden genötigt. Wir sind dankbar für all das Engagement, den Idealismus und die offenen Worte.

Integrationspolitik in Frankfurt hat eine starke Grundlage: Unsere städtische Tradition. Ein ständiger Wechsel,

Menschen unterschiedlichster Herkunft und Biographie haben diese Stadt geprägt. Die Frankfurter Paulskirche ist als Versammlungsort unseres ersten Parlaments ein besonderes Symbol für eine Geschichte von Freiheitsrechten und demokratischem Rechtsstaat. Sie ist aber zugleich ein Symbol für einen langen Weg: Die Paulskirchen-Verfassung ist nie in Kraft getreten. Die Geschichte von 1848/49 steht nicht nur für den Anfang deutscher Demokratie, sondern auch für staatliche Reaktion und Unterdrückung. Die damaligen deutschen Länder existieren nicht mehr. Unsere Stadt und dieses Land sind durch eine Diktatur gegangen, die das Zusammenleben verschiedener Länder und Zivilisationen mit Füßen getreten hat. Die Paulskirche wurde zerstört und neu gebaut. Wer sich für die Werte von Freiheit und Toleranz, für gegenseitige Achtung und für Menschenrechte einsetzt, braucht nicht nur eine feste innere Überzeugung, sondern auch einen langen Atem. Ganz nüchtern gesagt: Veränderung braucht Zeit.

Wege entstehen, indem man sie geht. Und kleine Räder drehen manchmal große. Auch das sind Gedanken einer Politik der Vielfalt und Vernetzung, wie sie dieses Konzept beschreibt. Ich bin froh, in dieser wunderbaren Stadt angekommen zu sein und in ihr zu leben. Diese Stadt hat mich verändert, so wie alle anderen, die hier wohnen und arbeiten und die selbst dazu beitragen, dass Frankfurt lebt.

1. Ein Integrationskonzept für Frankfurt am Main

Wie wenige andere deutsche Städte ist Frankfurt weltweit ein ›Begriff‹. Die Lebensgrundlage unserer Stadt war und ist ihre offene Ausstrahlung als eine Wegekreuzung im wirtschaftlichen und kulturellen Austausch. Frankfurt ist durch die Jahrhunderte stets durch Zuwanderung gewachsen. Die Grenze dessen, was als ›fremd‹ empfunden wird, ist dabei immer weiter in die Ferne gerückt. Heute kommen Menschen aus aller Welt zu uns: In den letzten Jahrzehnten ist die Herkunft unserer Bevölkerung sehr viel internationaler geworden. Zugleich haben jüngere Generationen in unserer Stadt seltener eine eigene, persönliche Migrationsgeschichte und empfinden sich selbstverständlich als Frankfurterinnen und Frankfurter.

Die Vielfalt unserer Bevölkerung beschränkt sich aber nicht auf Herkunftsgeschichten, sondern umfasst zugleich die Lebenserfahrungen mehrerer Generationen, eine große Spannweite beruflicher Werdegänge und sozialer Lagen, sehr unterschiedliche Interessen und Wünsche für ein selbstbestimmtes Leben, mannigfache Erwartungen an Familie, an einen Beruf und an unser Zusammenleben. Eine solche Vielfalt gehört zu jedem Zusammenleben. In Ballungsräumen wie Frankfurt, die viele Menschen anziehen, ist sie jedoch besonders ausgeprägt. Das macht Städte für viele attraktiv. Deshalb finden manche das Leben in Städten anstrengend.

Menschen unterscheiden sich nicht nur, sie ändern sich auch im Laufe ihres Lebens und von Generation zu Generation. Und nicht nur das — wir beeinflussen einander auch mit allen unseren Unterschieden. Wir haben das Glück, in einem freien Land zu leben. Andere Lebensentwürfe und divergierende Erwartungen werden heute offener ausgelebt als noch vor einigen Jahrzehnten. Auch in einer ›multikulturellen‹ Stadt wie Frankfurt sind Menschen ganz andere Beziehungen vielleicht viel wichtiger als ein wie auch immer empfundenenes ›kulturelles‹ Zugehörigkeitsgefühl. Dies ist ein Ausdruck von Integration. Die Vielfalt in unserer Stadt wird dadurch aber nicht geringer. In einer Demokratie haben wir immer wieder die Fragen zu beantworten: Was hält unsere Gesellschaft zusammen und was macht sie zukunftsfähig?

Eine Integrationspolitik, die Menschen wirklich erreichen will und verbindliche Grundlagen des Zusammenlebens vermitteln und fördern soll, hat all dies zu berücksichtigen: unseren vielschichtigen, abwechslungsreichen Alltag. Daher beschreibt dieses Konzept eine Politik der Vielfalt, die die urbane Realität ernst nimmt.

Aber nicht nur das tägliche, enge Miteinander in einer Metropole verändert jede und jeden von uns. Auch unsere Umgebung hat sich gewandelt: Technische Neuerungen, ökonomischer Wandel, politische Zusammenhänge und Umwelteinflüsse wirken zusammen und auf unser Leben. Das vergangene 20. Jahrhundert brachte von Jahrzehnt zu Jahrzehnt besonders viele Veränderungen. Neue Dimensionen der Arbeitsmigration, das Phänomen der ›Globalisierung‹, ein tiefgreifender ökonomischer Strukturwandel — all das ist selbst an unserem Privatleben nicht spurlos vorbeigegangen.

Doch jede Gesellschaft braucht eine von allen geteilte Sicht von Wirklichkeit, Vorstellungen von einer gemeinsamen Zukunft, Formen und Symbole der Zugehörigkeit, eine Verständigung über Pflichten, Rechte und Möglichkeiten der Teilhabe. Bei allen Unterschieden stellt sich uns immer neu die Frage: Wie wollen wir zusammenleben?

1.1 Politik der Vielfalt

In erster Linie sind Städte von den Veränderungen durch Zuwanderung und weltweiten Wandel betroffen, Städte wie Frankfurt in einer besonderen Weise, die unser gutes Zusammenleben auf neue Proben stellt. Wir benötigen ein gemeinsames Grundverständnis davon, was unsere Stadtgemeinschaft ausmacht – angesichts der Vielzahl unterschiedlicher sozialer, politischer, ökonomischer, rechtlicher und kultureller Bedingungen, die unser aller Leben beeinflussen, mit denen jede und jeder aber durchaus unterschiedlich umzugehen vermag.

Gesellschaftlicher Wandel ist komplex, langsam, nur begrenzt steuerbar – und: er wird weitergehen. Wir alle haben immer wieder neue Veränderungen in unserer Stadt wahrzunehmen und uns gemeinsam über mögliche Schlussfolgerungen und Handlungskonsequenzen zu verständigen. Daher ging diesem Konzept ein umfangreicher öffentlicher Dialog voraus. Deswegen wird in diesem Konzept Integrationspolitik auch weiterhin als kontinuierlicher stadtweiter Prozess von Politik und Öffentlichkeit beschrieben.

Zuwanderung als städtische Erfahrung

In keiner Gesellschaft stehen sich einfach nur eine Mehrheit und Minderheiten gegenüber. In Städten zumal, und besonders in modernen Metropolen, ist die Wirklichkeit komplizierter. Schon immer waren urbane Zentren für viele ihrer Einwohnerinnen und Einwohner eine lang vertraute Heimat, für einige eine neue Heimat und für andere nur eine Heimat auf Zeit.

Durch die Jahrhunderte ist Frankfurt als Markt und später als Messeort vor allem durch Zuwanderung gewachsen, durch neue Bürgerinnen und Bürger, die von auswärts kamen, blieben und mit ihren Nachkommen allmählich Teil der Stadtgesellschaft wurden. Bereits in früheren Jahrhunderten war dieser Zuzug von neuen Einwohnerinnen und Einwohnern, die oft weit über die Hälfte der Bevölkerung ausmachten, für die Menschen unserer Stadt nicht einfach, und doch ist der Zuzug neuer Einwohnerinnen und Einwohner schon früh zu einer Lebensgrundlage Frankfurts geworden.

Auch im 20. Jahrhundert haben sich Zuwanderung und soziale Entwicklungen besonders in Städten ausgewirkt. In den letzten Jahrzehnten waren vor allem Städte durch den Strukturwandel der Wirtschaft betroffen. Mit der sog. ›Globalisierung‹ haben sich die Wirtschaftsbeziehungen verändert und mit ihnen nicht zuletzt die Wege von Migration und die Beziehungen der Menschen über Ländergrenzen hinweg.

Situation der »Global Cities«

Frankfurt ist heute nicht nur eine Stadt von internationaler Geltung. Unsere Stadt gehört zu jenen Orten, in denen für die ganze Welt Dienstleistungen angeboten und Entscheidungen getroffen werden. Wichtige Branchen sind an solchen Zentren nicht nur von hoher Mobilität geprägt, sondern zugleich einem besonderen Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Für solche Städte, Drehscheiben und Knotenpunkte der internationalen Wirtschaft, haben sich die Rahmenbedingungen stärker geändert als für andere. Frankfurt gehört zu den Städten, die von der Entwicklung besonders profitieren. Ihre Bevölkerung ist andererseits von neuen Herausforderungen und internationalen Einwirkungen unmittelbar betroffen.

Wissenschaftler bezeichnen solche Städte als ›Global Cities‹. Ökonomische Prosperität, soziale Dynamik und kreative Innovation sind in ihnen verbunden mit Mobilität und Einwanderung sowie mit der Entwicklung zu einer von Heterogenität und ständigem Wandel geprägten ›Weltstadt‹. Solche Entwicklungen betreffen in diesen Zentren nicht lediglich einige wenige Eliten. Sie haben Auswirkungen auf ihre Gesamtsituation als Stadt: auf ihre Stadtentwicklung und ihr Selbstverständnis, auf Sozialpolitik und Wirtschaftsförderung. Wissenschaftler sehen Frankfurt heute als die einzige ›Global City‹ Deutschlands. Wir alle beobachten täglich Potenziale wie auch Probleme einer solchen Entwicklung. Es nützt jedoch nichts, den Blick in erster Linie auf Schwierigkeiten zu richten, und Chancen verstreichen zu lassen. Dieses Konzept nimmt Probleme ernst, aber es vollzieht

eine Abkehr davon, die Situation von Migrantinnen und Migranten oder sozial Schwächeren in erster Linie nach ihren angeblichen kollektiven Eigenschaften, insbesondere nach ihren Defiziten – fehlenden Ausdrucksfähigkeiten, geringerer Erwerbsbeteiligung oder möglicherweise unzureichender Leistungs- oder Anpassungsbereitschaft – zu beurteilen. Wenn Menschen an unserer Gesellschaft teilhaben sollen, müssen wir ihnen helfen, wo sie schwächer sind; ihnen verdeutlichen, welche Rechte und Pflichten für alle gleichermaßen gelten – aber auch unsere eigenen Strukturen so ausrichten, dass die Menschen ihre eigenen Stärken nutzen können.

Frankfurt als urbanes Zentrum

Als ein Knotenpunkt einer neuen, globalen Städtestruktur, als typische Einwanderungsstadt und als deutsche Bürgerstadt begegnen und überlagern sich in Frankfurt heute eine Vielzahl sozialer Lagen, Berufswege, Biographien und Zugehörigkeitsgefühle. Frankfurt ist nicht nur eine Stadt mit Einwohnerinnen und Einwohnern aus über 170 Nationen: Ein solcher Blick auf nationale Herkunftsgruppen verdeckt nicht nur, wie viele dieser Staaten selbst durch große Unterschiede und Bevölkerungsgruppen geprägt sind. Er übersieht außerdem die zunehmende Mischung nationaler oder ethnischer Gruppen in Frankfurt sowie ihre innere kulturelle, religiöse und soziale Differenzierung in eine Vielzahl urbaner Milieus. Diese Differenzierung nimmt zu, und solche Unterschiede können für den Alltag der Menschen und ihre tatsächliche Orientierung relevanter sein als eine ehemalige Herkunft ihrer Familie: Städte verändern sich durch Menschen und Städte verändern Menschen. Dies ist Teil unseres Alltags und ein Ausdruck von Integrationsprozessen.

Auch als ein globales Wirtschaftszentrum ist Frankfurt nicht allein ein Ort der großen multinationalen Unternehmen, Banken, Kanzleien und Wirtschaftsvertretungen, sondern in gleicher Weise auch ein Standort von mittelständischen Unternehmen aus der Einwanderungsgesellschaft, die ebenfalls in transnationalen Beziehungen von Handel und Dienstleistungen stehen. Auch Kultur und Alltagskultur sind internationaler geworden, unsere Nachbarschaften und unser eigenes Privatleben.

Bei aller internationalen Geltung ist Frankfurt aber eine kleinräumige Stadt geblieben und auch in dieser Hinsicht ein Kreuzungspunkt von Lebenserfahrungen, Wirtschaftsinteressen und individueller Kreativität.

Wie wenige andere Städte befindet sich Frankfurt in ständigem Umbruch – nicht nur durch die mehreren hunderttausend Pendler täglich, die vielen zehntausend jährlichen Zu- und Wegzüge oder durch eine sehr hohe innerstädtische Mobilität der Wohnbevölkerung. Auch der für Städte typische Wechsel von Trends ist in Frankfurt besonders ausgeprägt, sogar im Stadtbild.

Ständige Adaptionsleistungen erforderlich

Diese vielschichtige Vielfalt zeichnet nicht nur unsere Stadt als Ganzes aus, sondern prägt zugleich alle ihre Stadtteile. Dies wirkt dem Entstehen von ›Parallelgesellschaften‹ entgegen, fordert aber auch uns alle: Ein enges und sich beständig wandelndes Miteinander ist anstrengend und verlangt fortwährende Adaptionsleistungen von allen Gruppen, von jeder und von jedem Einzelnen. Immer wieder neu bilden sich Gruppierungen und Milieus. Die Entwicklung hin zu einer über alle sozialen Schichten und Herkunftsgruppen verteilten sozialen, kulturellen und sprachlichen Vielfalt ist heute schon zu beobachten. Wissenschaftler haben für dieses komplizierte und oftmals ›transnationale‹ Miteinander den empirischen Begriff der ›Supervielfalt‹ gefunden. Politik hat diesen Befund ernst zu nehmen. Diese Entwicklung betrifft uns alle. Sie kennt nicht nur ›Gewinner‹. Es gibt auch Menschen, die sich mit ihr schwer tun.

In nur wenigen Jahrzehnten haben sich Zusammensetzung, internationale Beziehungen und Arbeitsgrundlagen unserer Stadtgesellschaft schneller geändert als unsere Vorstellungen von ihr. Ein Blick in Kita oder Schule gleicht einem Blick in die Zukunft und zeigt: Unsere Stadtgesellschaft wird sich weiter verändern, auch durch den weiteren Bedarf unserer Volkswirtschaft an qualifizierter Zuwanderung oder durch die Anziehungskraft Frankfurts als kreatives Zentrum. Jede Gesellschaft benötigt gemeinsame Grundlagen und eine gemeinsame Mitte. Doch in den letzten Jahrzehnten haben nicht nur unsere Strukturen und öffentlichen Einrichtungen mit der Entwicklung nicht immer Schritt gehalten. Bisweilen fehlen uns noch passende Worte, um diese Entwicklungen überhaupt zu beschreiben. Worte wie ›Ausländer‹ verlieren in der Europäischen Union an Prägekraft, Begriffe wie ›Migrationshintergrund‹ oder ›Migranten der zweiten Generation‹ entsprechen nicht mehr dem viel komplexeren Alltag vieler Bürgerinnen und Bürger.

Vielfalt als Tatsache

Integrationspolitik wendet sich deshalb nicht nur an die neu ankommenden und die schon ansässigen Einwanderinnen und Einwanderer, sondern an alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Eine Politik, die wirklich integrieren will, kann nicht mehr nur mit den üblichen Kategorien ›ethnischer‹ oder ›kultureller‹ Einwanderergruppen arbeiten, sondern muss die viel komplexere Realität der gesamten Frankfurter Stadtgesellschaft im Blick haben: ein Neben- und Miteinander sich überkreuzender, sich verändernder, sich weiter ausdifferenzierender oder auch mischender und neu bildender Milieus.

Wir haben daher nicht nur Gemeinsamkeiten zu betonen, sondern zugleich sicherzustellen, dass solche Gemeinsamkeiten von unterschiedlichen Menschen auch wahrgenommen werden können. Wir haben dafür zu sorgen, dass die gemeinsamen Grundlagen unserer Gesellschaft verstanden werden und dass öffentliche Angebote von unterschiedlichen Menschen tatsächlich genutzt werden können. Wir haben dabei die real existierende Vielfalt nicht nur als Problem und Herausforderung zu begreifen, sondern als eine Entwicklung, der wir positive Seiten abgewinnen können.

Wenn wir Integration wollen, müssen wir Vielfalt – Diversität – ernst nehmen. Nicht aus einem gutgläubigen Optimismus heraus. Vielfalt kann eine Chance sein. Vor allem aber ist sie ein Faktum, dem wir uns stellen müssen. Integrationspolitik bedeutet daher heute auch Diversitätsmanagement. Integrationsmaßnahmen für Schul- und Berufsbildung, Spracherwerb, Maßnahmen sozialer Unterstützung, für Gleichstellung und Teilhabe sind, wenn sie wirksam werden sollen, auf verschiedene, sich ändernde oder auch auf neue Gruppen auszurichten und laufend zu aktualisieren. Um das Ziel von Chancengleichheit und Gleichberechtigung zu erreichen, müssen wir immer wieder je andere und neue Wege gehen. Viele Menschen und Initiativen müssen dafür zusammenarbeiten. Daher beschreibt dieses Konzept Integrationspolitik auch als Politik der Vernetzung.

Institutionen und Maßnahmen neu auszurichten und Zugänge zu öffnen, ist daher nicht nur ein Ausdruck von Respekt, sondern, wie gegenseitige Anerkennung überhaupt, ein demokratisches Erfordernis. Jede demokratische Gesellschaft hat unabdingbare Grundlagen und gesetzliche Rahmenbedingungen. In Deutschland gelten das Grundgesetz und seine Rechtsordnung. Auf diesem

Fundament ist Integrationspolitik auch zu verstehen als eine Strategie und als ein System von Maßnahmen, die immer wieder neu Gemeinsamkeit herstellen und für viele erfahrbar machen.

Eine integrierte Stadtgesellschaft

Unser Gemeinwesen ist darauf angewiesen, dass kommunalpolitische, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure und Institutionen sich über ihre jeweiligen Ressorts hinaus gemeinsam für eine solche Entwicklung engagieren. Integrationspolitik soll Menschen und Gruppen auf sozialer, politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene über bestehende ethnische, nationale und soziale Grenzen hinweg und über flüchtige Begegnungen hinaus formell und informell so in Beziehung setzen, dass auf bürgerschaftlicher wie auch auf institutioneller Ebene gemeinsame Interessen erkannt, geformt und zu einer Basis für Zusammenarbeit, Teilhabe und Identifikation mit unserer Stadt werden. Die Grundlage unserer Rechtsordnung – was sie regelt und was nicht, was sie von allen Einzelnen verlangt und welche Freiheiten sie schützt – ist allen zu vermitteln und von allen zu akzeptieren.

Die Vielfalt unterschiedlicher Biographien, Berufsbilder und Lebensentwürfe, die Vielfalt von gemischten Gemeinschaften, vielschichtigen Kontakten und Zugehörigkeiten wird in unserer Stadt nicht abnehmen. Doch es bleibt unsere Aufgabe, unsere Beziehungen so anzulegen, dass sie in größere Achtung voneinander einmünden, dass soziale Schranken, die auf Uninformiertheit und mangelndes Vertrauen zurückzuführen sind, überwunden werden können. Unsere Aufgabe heißt nicht nur Begegnung und Kooperation, sondern eine genauere gegenseitige Wahrnehmung, ein besseres Verständnis für komplexe Situationen und der Abbau persönlicher, struktureller, mittelbarer und unmittelbarer Benachteiligung. Dabei ist nicht nur die Stadtpolitik gefragt, sondern nicht zuletzt: jede und jeder Einzelne in ihrem und seinem Alltag.

1.2 Leitlinien und Ziele

Zumal in dicht bevölkerten Städten ist Integration eine zentrale Aufgabe in allen Lebensbereichen. Ihre Bedeutung hat zugenommen und wird weiter wachsen. Diese Aufgabe betrifft uns alle und muss langfristig verfolgt werden.

Daher formuliert dieses Konzept dauerhafte Anforderungen an Institutionen und öffentliche Dienstleistungen, an rechtliche und soziale Rahmenbedingungen, aber auch an uns alle. Wir benötigen eine solche Grundlage, um uns über konkrete Ziele zu verständigen, denn Integration braucht Zeit. Wir brauchen einen weiten Horizont: Unsere

Welt hat sich verändert und wird sich weiter wandeln. Wir alle müssen uns immer wieder auf neue Entwicklungen einstellen und unsere Erwartungen aneinander an den Pflichten und Rechten jedes Einzelnen messen, wie sie unsere Rechtsordnung setzt.

Die Stadt Frankfurt gründet ihre Integrationspolitik auf den Werten unserer Gesellschaftsordnung und wird darauf hinwirken, dass alle Bürgerinnen und Bürger diese Werte und Ziele auch in ihrem Alltag wirksam werden lassen.

Eine Querschnittsaufgabe für die ganze Stadt

Das Spannungsfeld von persönlicher Freiheit und Gruppenanforderungen ist für jedes menschliche Zusammenleben konstitutiv. Moderne Gesellschaften erscheinen mit einer offener gelebten Vielfalt der Sichtweisen und Erfahrungen besonders heterogen. Demokratien sehen darin einen Ausdruck garantierter Freiheit. Demokratische Staaten leben aber auch von dem bürgerschaftlichen Engagement des Einzelnen für die Gemeinschaft. Unsere Stadt ist ein öffentlicher Raum. Er ist Abbild der Unterschiede und Individualität seiner Einwohnerinnen und Einwohner wie auch ihrer Gemeinsamkeiten und ihres Gemeinsinns, den es zu fördern gilt.

Integration ist nicht die Aufgabe des Staates oder der Kommune allein, sondern ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag. Jede und jeder – ob zugewandert oder nicht – ist daher aufgefordert, im eigenen Verantwortungsbereich und in Eigeninitiative praktisch und konkret zum Gelingen beizutragen, in Nachbarschaften, im Familienleben, am Arbeitsplatz oder im privaten Verein. Jede Generation und neu Hinzuziehende sind auf die Anforderungen unseres gemeinsamen öffentlichen Lebens vorzubereiten, damit sie auf guter Grundlage ihren eigenen Weg gehen können.

Integrationspolitik ist keine »Ausländerpolitik«.

Integrationspolitik hat auf der Grundlage der Rechtsordnung und im Sinne der Gleichbehandlung die ganze Vielfalt moderner Gesellschaften zu berücksichtigen. Ziel von Integrationspolitik sind nicht besondere Einzelmaßnahmen oder Stellenbeschreibungen der

Administration. In sehr unterschiedlichen Lebensbereichen und in allen Politikfeldern hat unsere Stadt in Verwaltungsstrukturen und Dienstleistungen, in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren, Wohlfahrtsverbänden, freien Trägern und Initiativen Bedingungen zu schaffen, die gleiche Chancen und Möglichkeiten zur Beteiligung fördern und bei gleichen Standards unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen gerecht werden. Unser Ziel ist eine Dialog- und Angebotsstruktur sowie ein städtisches Selbstverständnis, die geeignet sind, die Stadtbevölkerung insgesamt zu interessieren und in ihrer tatsächlichen Vielfalt anzusprechen.

Ein kommunalpolitisches Konzept

Dieses Konzept wurde mit umfangreicher öffentlicher Diskussion und Beteiligung erarbeitet. Mit diesem Konzept gibt sich Frankfurt eine Grundlage für die integrationspolitische Ausrichtung der Stadtverwaltung sowie für einen stadtweiten Prozess mit anderen institutionellen Akteuren und der Öffentlichkeit.

Dabei leiten uns die faktischen Möglichkeiten von Kommunalpolitik. Frankfurt hat das geltende Bundes- und Landesrecht, europäisches Recht, internationale Konventionen und Vereinbarungen zu beachten. Als Kommune kann Frankfurt im Rahmen von Bundes- und Landespolitik Zuwanderung und Integration nur bedingt selbständig steuern. Über Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Aufenthalts- und Staatsbürgerschaftsrecht, über den Umgang mit Flüchtlingen, mit Geduldeten und mit Men-

schen ohne offiziellen Aufenthaltsstatus wird nicht auf kommunaler Ebene entschieden. In unseren Entscheidungsspielräumen leiten uns die wiederholten Selbstverpflichtungen unserer Stadt in eigenen Deklarationen wie z. B. die Frankfurter Erklärungen gegen Antisemitismus und Rassismus und für eine weltoffene Stadt, der Beitritt Frankfurts zur Charta der Vielfalt, die städtische Antidiskriminierungsrichtlinie und viele ähnliche Verlautbarungen. Frankfurt ist stolz darauf, als ein Vorreiter der Integrationspolitik mit langjährigen erfolgreichen Erfahrungen wahrgenommen zu werden, nicht zuletzt durch den Aufbau eines eigenen Dezernats mit einer eigenen, spezialisierten Verwaltungsstruktur.

Integrationspolitik ist ein kontinuierlicher Prozess.

Gesellschaftlicher Wandel vollzieht sich langsam und in vielfältigen Wechselwirkungen. Frankfurt hat sich durch die Jahrhunderte und in den letzten Jahrzehnten oft gewandelt. Unsere Stadt wird sich auch weiter verändern und mit ihr die Aufgabenstellung von Integrationspolitik. Daher müssen wir auf der Grundlage dieses Konzepts regelmäßig konkrete Handlungspläne erarbeiten und koordiniert umsetzen. Auf sie bezogen, müssen wir in einer koordinierten Berichterstattung immer wieder neu Sachstände überprüfen, bestehende Ansätze systematisieren, ggf. neue Prioritäten ausloten und Kooperationen mit anderen Institutionen und Personen entwickeln. Wir wollen selbstbewusst Entscheidungsspielräume nach den Zielen dieses Konzepts nutzen und auf seiner Grundlage weiterhin eigene Wege gehen, wo uns dies rechtlich möglich ist.

Aufklärung der Stadtgesellschaft

Integration bedeutet, das Miteinander unterschiedlicher Menschen mit gleichen Rechten und Pflichten zu akzeptieren und zu gestalten. Gemeinsame Teilhabe und Verantwortung setzt Information (auch übereinander) voraus. Wer wenig voneinander weiß, vermutet oft Nachteiliges. Wir alle, Politik, städtische Partner, Bürgerinnen und Bürger, haben uns dabei auf eine gemeinsame Wahrnehmung der Situation in unserer Stadt zu verständigen, ohne Schönfärberei, aber auch offen für die städtische Gesamtsituation als die einer höchst pluralen, dynamischen und vielschichtigen Gemeinschaft, die sich in ständiger Bewegung befindet. Viele Menschen wollen Stabi-

lität, und Abgrenzungen scheinen eine Gewähr für Dauer zu bieten. Doch solche Trennlinien und auch Vorurteile verlaufen nicht einfach zwischen »Alteingesessenen« und »Migranten«, sondern ebenso zwischen selbst einmal Zugewanderten und neu Ankommenden und vielen anderen Lebensbereichen. Solche Hürden gilt es zu überwinden, und aufeinander zuzugehen.

Gemeinsamkeit drückt sich nicht nur in einer geteilten Weltsicht und gemeinsamen Werten aus, sondern auch in einer gleichwertigen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, im Beruf sowie als Bürgerinnen und Bürger. Eine solche Partizipation ist indes nicht einfach voraussetzen, sondern gezielt zu fördern. Bei der Förderung von Chancengleichheit und Gleichberechtigung verschiedener Gruppen in einer pluralen Gesellschaft haben Politik und Verwaltung viele Aspekte zu berücksichtigen und ggf. differenziert vorzugehen. Integration heißt Begegnung. Dafür müssen wir uns alle bewegen. Manchmal wäre es einfacher und weniger konfliktbehaftet, einander aus dem Weg zu gehen. Doch dies ist der erste Schritt, sich aus den Augen zu verlieren und getrennte Wege zu gehen.

Integrationspolitik verlangt, Unterschiede ernst zu nehmen.

Unsere Rechtsordnung garantiert grundlegende Freiheiten. Wir wollen in der wachsenden Vielfalt unserer Bevölkerung nicht nur Probleme, sondern zusätzliche Chancen erkennen. Wir müssen Probleme lösen, Potenziale nutzen sowie allen faire Chancen garantieren. Dazu gehört, dass wir Probleme offen beschreiben und thematisieren. Unser erfolgreiches Zusammenleben als ein städtisches Gemeinwesen verlangt ein umfassendes und genaues Verständnis für neue Entwicklungen, für bestehende Rechte und Pflichten, Lebenssituationen und Zugehörigkeitsgefühle von Einzelnen und von Gruppen. Dies führt zu einem besseren Verständnis von alltäglichen Ausgrenzungserfahrungen, persönlichen, strukturellen sowie mittelbaren Diskriminierungen. Wir gewinnen so auch eine Grundlage für eine genauere Entscheidungsfindung und für effizientere Maßnahmen von Stadtpolitik, Verwaltung und Kooperationen.

Selbstverpflichtung der Politik

Die Grundsätze dieses Konzepts sollen konsensstiftend wirken bei kommunalen Entscheidungsfindungen. Diese Leitlinien und Ziele sind eine Selbstverpflichtung gegenüber der Öffentlichkeit, sich gemeinsam auf der Grundlage einer breiten Mehrheit systematisch um die Entwicklung von Handlungsansätzen zu bemühen.

Dieses Konzept verdeutlicht daher allgemein geltende Grundlagen und Rahmenbedingungen sowie die besondere Situation und besondere Anliegen Frankfurts. Es bietet übergeordnete Ziele und Kriterien für jeweils neu zu entwickelnde Handlungspläne und Maßnahmen. Es bietet zugleich Richtlinien bei der Abwägung, inwiefern Einzelmaßnahmen und Projekte überhaupt zielführend sind.

Integrationspolitik benötigt dauerhafte Arbeitsansätze.

Es gibt selten einen ›unvermeidlichen‹ oder sich selbst tragenden Integrationsprozess, insbesondere nicht ›auf die Schnelle‹. Wir alle müssen etwas dafür tun. Gemeinschaft und soziale Gerechtigkeit entstehen nicht über Nacht. Wer gesellschaftliche Entwicklungen verfolgen, begleiten oder gestalten will, benötigt einen langen Atem. Dieses Konzept ist daher grundsätzlich und auf nachhaltige Wirkungen hin angelegt und soll eine langfristige Kohärenz politischer Einzelentscheidungen sowie der Arbeit und Zusammenarbeit der Fachverwaltungen ermöglichen und befördern.

Klare Aufgabenstellung für die Verwaltung

Integrationspolitische Handlungsansätze betreffen viele Fachressorts, benötigen tragfähige, dauerhaft wirkende Ansätze und erfordern daher eine ständige gute, ämterübergreifende Zusammenarbeit sowie Transparenz. Dieses Konzept formuliert grundsätzliche Ziele und klare Kriterien sowie einzelne Anregungen und Vorschläge für die arbeitsteilige, dezentrale Arbeit der Fachverwaltungen und gibt der Arbeit des Dezernats für Integration und des Amts für multikulturelle Angelegenheiten eine geeignete verbindliche Grundlage.

Dieses Konzept einer einheitlichen Frankfurter Integrationspolitik soll ein für die Öffentlichkeit transparentes Arbeiten der Verwaltung ermöglichen.

Integrationspolitik umfasst auch kommunale Verwaltung.

Die öffentliche Verwaltung soll ein Dienst an den Bür-

gerinnen und Bürgern sein, der allen verständlich und zugänglich ist. Dieses Konzept formuliert eine Grundlage sowie Ziele für die Zusammenarbeit verschiedener öffentlicher Institutionen und für die Verwaltungspraxis, z. B. für die Entwicklung und Anwendung von Förderrichtlinien, Handlungsansätzen, Pilotprojekten und Maßnahmen der Evaluation und Berichterstattung.

Bessere stadtweite Kooperation

Integration muss im Alltag gelebt werden. Eine das ganze städtische Leben durchdringende und formende öffentliche Verwaltung ist weder wünschenswert noch möglich. Dieses Konzept nimmt daher auf die Grenzen Rücksicht, die Politik und Verwaltung gesetzt sind, und auf die privaten Freiräume im gemeinsamen Zusammenleben, die von uns allen akzeptiert werden müssen.

Nicht nur, wo öffentliche Gelder eingesetzt werden, sondern auch, wo parallel oder gemeinsam gearbeitet wird, soll dieses Konzept der Kooperation von Stadt und Öffentlichkeit einen Rahmen und Orientierung geben. Das Konzept soll die Öffentlichkeit über Rechte und Pflichten von Einzelnen und Gruppen sowie über wichtige Entwicklungen und Möglichkeiten aufklären und informieren. Integration gelingt nur gemeinsam, im Zusammenwirken von Stadtpolitik und Verwaltung mit anderen Institutionen, Verbänden, Vereinen, religiösen Gemeinden, engagierten Bürgerinnen und Bürgern und der städtischen Öffentlichkeit.

Integrationspolitik braucht einen Ansatz für stadtweite Beteiligung.

Gelebte Integration bedeutet und verlangt die Teilhabe unterschiedlicher Gruppen, eine gemeinsam übernommene Verantwortung und darauf gründend eine stärkere Identifikation aller mit unserer Stadt. In unserem städtischen Gemeinwesen haben wir alle einander mehr Aufmerksamkeit zu widmen und besser zusammenzuarbeiten. Dieses Konzept informiert daher nicht nur über grundlegende Sachverhalte, sondern bietet zugleich Leitlinien für eine Zusammenarbeit und Arbeitsteilung von Stadtverwaltung, anderen Akteuren und der Öffentlichkeit.

2. Grundsätze der Frankfurter Integrationspolitik

Ein gutes Miteinander in Frankfurt entsteht, wenn Menschen sich willkommen und heimisch fühlen, wenn sie als Mitglieder unserer Gesellschaft anerkannt sind und teilhaben können am Leben unserer Stadt.

Integration betrifft daher alle, die in unserer Stadt leben und arbeiten. Der ständige Wandel Frankfurts, ausgelöst durch eine in hohem Maße ausdifferenzierte Bevölkerung, ihre Kreativität und Mobilität sowie durch Internationalisierung, Zuwanderung, ökonomischen und technischen Wandel, verlangt von uns allen, eigene Ansprüche und das eigene Verhalten immer wieder zu überprüfen

und sich dabei an den dauerhaften, gültigen Grundlagen unseres Zusammenlebens zu orientieren.

Integration braucht eine klare Grundlage und faire Bedingungen. Auf der Grundlage unserer Rechtsordnung und politischen Kultur formuliert dieses Integrationskonzept allgemeine Grundsätze für Chancengerechtigkeit und für unser Zusammenleben. Sie sollen nicht nur für die Arbeit der Fachverwaltungen, für städtische Kooperationen und Förderungen eine verbindliche Grundlage bilden, sondern auch im Alltag der Bürgerinnen und Bürger wirksam werden können.

Rechte und Pflichten verdeutlichen

Integrationspolitik bewegt sich – wie jedes Zusammenleben – im Spannungsfeld allgemein verbindlicher Werte und partikularer Realitäten. Vorrangige Aufgabe des Staates ist es, die Verfassung, ihre Werte und die Rechtsordnung zu schützen. Teil dieser Werte ist die verfassungsrechtliche Zusicherung, sein Leben frei und selbst gestalten zu können. Jede Identität mit ihrem spezifischen kulturellen Hintergrund wird in diesem Rahmen grundsätzlich anerkannt mit der Aufforderung, auch selbst von einer gleichberechtigten Koexistenz unterschiedlicher Lebensformen im Rahmen unserer Rechtsordnung auszugehen. Ausdruck und Voraussetzung der Teilhabe an unserer politischen Kultur ist die Akzeptanz der in ihr verankerten Grundrechte und Prinzipien. Sie bringen die Identität unseres Gemeinwesens zum Ausdruck. Es ist unser aller Aufgabe, auf dieser Grundlage, geprägt durch Toleranz und in Achtung der anderen Person, das Miteinander unterschiedlicher Menschen anzuerkennen und zu gestalten.

Extremismus entgegenwirken

Jedes Zusammenleben ist von Gemeinsamkeiten, aber auch von unterschiedlichen Erfahrungen, Lebenszielen und Interessengegensätzen geprägt. Integration ist ein grundlegender demokratischer Prozess gegenseitiger

Verständigung und gemeinsamer Willensbildung: Niemand soll benachteiligt oder ausgegrenzt werden. Umgekehrt ist es auch die Verantwortung jeder und jedes Einzelnen, selbst Missverständnisse zu vermeiden. Jede und jeder ist aufgefordert und eingeladen, sich in freier Entscheidung an unserer Gesellschaft zu beteiligen. Dies verlangt Rechtstreue und erfordert, sich von Fundamentalismus und radikalen Weltanschauungen abzugrenzen. Ideologien, die unserer demokratischen Rechtsordnung zuwiderlaufen, haben in unserer Stadt keinen Platz und werden mit den Mitteln des Rechtsstaates verfolgt.

Gemeinsame Verantwortung ermöglichen

Integration will dazu beitragen, dass sich neu ankommende Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt nicht mehr als fremd empfinden und von den bereits hier Lebenden nicht als fremd angesehen werden. Es ist unser Ziel, allen Menschen unabhängig von ihrer Aufenthaltsdauer nicht nur einen Platz in unserer Gesellschaft zu geben, sondern darüber hinaus ihre aktive Teilhabe zu ermöglichen. Unser Ziel ist ein gemeinsames Zugehörigkeitsgefühl und geteilte Verantwortung. Denn wir brauchen einander.

2.1 Grundlagen des Zusammenlebens

Es lohnt, sich immer wieder die Errungenschaften und Grundlagen unseres Zusammenlebens zu vergegenwärtigen. Integrationspolitik hat nicht nur den Freiraum persönlicher Lebensgestaltung mit den Anforderungen sozialen Miteinanders abzuwägen, sondern jene individuellen Fähigkeiten zu fördern, die für das Zusammenleben in unserer modernen Gesellschaft nötig sind.

Integration hat daher eine persönliche und eine öffentliche Seite: das eigene Selbstvertrauen und das Vertrauen

auf Chancengleichheit und auf die freie Entfaltung des eigenen Lebensentwurfs, auf Respekt und wechselseitige Anerkennung – aber auch die objektiven Rahmenbedingungen, die dieses Miteinander und eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft und ihren Möglichkeiten formen bzw. überhaupt ermöglichen.

2.1.1 Kommunale Selbstverwaltung

In jeder Gesellschaft gibt es Unterschiede und die drängende Frage nach Maß und Begründung von Ungleichheit. Jede Gesellschaft braucht eine Übereinkunft, wie groß Unterschiede sein dürfen, ohne dass das Gemeinwesen seine Legitimation und seinen Zusammenhalt verliert.

Die gewählten städtischen Gremien vertreten die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit. Der öffentliche Dienst hat den Auftrag, für das Gemeinwohl der gesamten Stadt Einzelinteressen gegeneinander abzuwägen.

Ziel 1 Kommunikation von Gemeinschaft fördern

In Frankfurt drängen sich Unterschiede auf engem Raum. Wir sind in gleicher Weise auf das Engagement neuer, dauerhafter und »zwischenzeitlicher« Einwohnerinnen und Einwohner angewiesen. Immer wieder neu ist eine Balance von Integration und Diversität, von geteilter Gemeinsamkeit und individueller Vielfalt zu finden. Wir haben Vorstellungen von unserer Stadt als jenem gemeinsamen Ort zu fördern, für dessen Zukunft wir alle zusammen Verantwortung übernehmen können und müssen, unabhängig von unserer Aufenthaltsdauer.

Bei allen städtischen Äußerungen, Regeldiensten und Einzelmaßnahmen ist darauf zu achten, verschiedene Anliegen und Interessen gleichwertig zu betrachten. Es sind bei möglichst vielen Gelegenheiten Angebote zur Information und zur Mitgestaltung zielgruppenspezifisch zu kommunizieren. Wir wollen bei offiziellen Anlässen und Veranstaltungen dafür sorgen, dass unterschiedliche Gruppen an-

gemessen eingeladen und repräsentiert sind, um unsere Stadtgemeinschaft insgesamt sichtbar werden zu lassen.

Umgang mit Unterschieden erleichtern

Integrationspolitik kann an der Vielfalt und Uneinheitlichkeit aller modernen Gesellschaften, die offene Gesellschaften sein wollen, nicht vorbeisehen. In Städten wie Frankfurt wird der Umgang mit Fremdheit und mit wechselnden Trends und Lebenseinstellungen zu einer grundlegenden Fähigkeit, die alle Stadtbewohner erwerben müssen, unabhängig davon, wie lange sie in unserer Stadt leben. Der Integrationsprozess verläuft nicht allein zwischen der sog. »Mehrheitsgesellschaft« und einzelnen Minderheiten, sondern auch in einer Vielzahl persönlicher Begegnungen von Menschen jeden Alters und unterschiedlicher Lebenswege in einer Vielfalt von Beziehungen und Zugehörigkeitsgefühlen.

Bei Veranstaltungen jedweder Art soll vermittelt werden, welche unterschiedliche Einwohnerinnen und Einwohner in Frankfurt leben. Es sollen zugleich die positive Rolle und die Beiträge unterschiedlicher Gruppen in unserer Stadt verstärkt wahrgenommen und vermittelt werden. In gleicher Weise ist Raum zu schaffen für die Artikulation möglicher Sorgen und Ängste. Wir wollen den Umgang mit unterschiedlichen Sichtweisen und Erwartungen fördern und diese auf gemeinsame Interessen und Bezugspunkte zusammenführen. Gruppen, die bislang eher abseits standen oder passiv blieben, sollen dafür gezielt an-

Ziel 2

gesprächen und zur Stellungnahme aufgefordert werden.

Ziel 3 Dialog und Vernetzung voranbringen

Integration in Frankfurt muss vor allem ›gelebt‹ werden. Sie lässt sich nicht verordnen, weder einzelnen Minderheiten noch einer Mehrheit. Unser Miteinander wird bestimmt von der Häufigkeit und Qualität persönlicher Beziehungen, etwa in der Schule, am Arbeitsplatz und in der Nachbarschaft. Durch gute regelmäßige Zusammenkünfte werden Missverständnisse vermieden, wird Abschottungen entgegengewirkt und eine gemeinschaftliche städtische Identität direkt oder mittelbar kommuniziert.

Städtische Maßnahmen und Kooperationen sind grundsätzlich so anzulegen, dass eine Einzelförderung stets um eine Förderung von Vernetzung, Öffnung und Dialog ergänzt wird. Dabei sind Kontakte zwischen Mehrheit, Minderheiten wie auch innerhalb einzelner Gruppen gleichermaßen wichtig. In der Gestaltung des öffentlichen Raumes und von städtischen Einrichtungen, aber auch durch Einzelmaßnahmen sollen Anknüpfungspunkte gefördert werden, die einander Fremde ins Gespräch bringen. Multiplikatoren und ›Brückenbauer‹ sollen ebenso gezielt gefördert werden wie Respekt voreinander, ein angemessener Umgang miteinander und eine gemeinsame Sprache. Deutschkenntnisse sind zur Teilhabe an unserem öffentlichen Leben unverzichtbar. Neue Begegnungen in unserer Stadt können dabei oft am ehesten in einem niedrigschwelligen und auch mehrsprachigen Umfeld gelingen, das unterschiedliche Menschen anspricht.

Ziel 4 Beteiligung an Entscheidungen ausbauen

Den gewählten Gremien als Repräsentanten einer heterogenen Bevölkerung und dem öffentlichen Dienst als Dienstleister des Gemeinwohls kommt besondere Verantwortung zu. Jede Demokratie ist auf gut informierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Aber nicht nur viele neu Zuziehende, weite Teile unserer Bevölkerung finden es generell schwierig, Entscheidungsabläufe und Themen kommunaler Politik zu verstehen oder sich regelmäßig mit ihnen zu befassen, sei es aufgrund ihrer Erwerbstätigkeit – z. B. durch Arbeits-

zeiten oder auch wegen Zweit- und Drittjobs zur Ergänzung des eigenen Lebensunterhalts –, aufgrund ihres Einsatzes für Familie, Freundeskreis und Nachbarschaft oder wegen einer anderen Lebenssituation.

Beteiligungsmöglichkeiten sowie Bürgersprechstunden von Mandatsträgern, Ämtern und Gremien sollen regelmäßig und gegenüber unterschiedlichen Gruppen aktiv kommuniziert werden. Nach Möglichkeit sollen Bürgerinnen und Bürger auch informell stärker einbezogen werden, z. B. in der Stadtteilarbeit, in Wohnquartieren oder in Bildungseinrichtungen, aber auch in der Ausarbeitung gesamtstädtischer Konzepte. Der Einsatz neuer Medien ist dabei ebenso zu verstärken wie eine aufsuchende Beteiligung.

Möglichkeiten von Kommunalpolitik ausschöpfen

Ziel 5

Niemand soll in Frankfurt durch soziale, politische oder rechtliche Rahmenbedingungen ausgegrenzt und an einer Beteiligung gehindert werden. Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Integrationspolitik werden dabei jedoch maßgeblich durch gesetzliche Rahmenbedingungen beeinflusst.

Integration findet immer ›vor Ort‹ statt. Den Kommunen kommt damit eine besondere Rolle zu – gerade auch bei der Beurteilung, welche Regeln sich im Alltag der Bürgerinnen und Bürger oder in der Verwaltungspraxis bewähren und welche nicht.

Die Stadt Frankfurt wird im städtischen Alltag sowie in abgestimmten Arbeitsprozessen mit anderen politischen Ebenen ihre kommunalen Befugnisse nutzen und verteidigen. Die Stadt Frankfurt wird Hindernisse für die Integration, ob einzelne Regelungen oder strukturelle Rahmenbedingungen, aktiv identifizieren und politisch thematisieren, um die zuständigen Gesetzgeber auf in der Praxis auftretende Probleme hinzuweisen. Die Stadtpolitik wird Handlungsspielräume und Möglichkeiten neuer, eigener Wege selbstbewusst und systematisch ausloten.

2.1.2 Gemeinsame Werte

Unsere Demokratie rechnet mit Unterschieden. Sie lebt von Meinungsunterschieden und der Möglichkeit, diese auszudrücken. Sie schützt die Freiheit des Einzelnen und von Gruppen.

Doch sie setzt ein Bekenntnis zu grundlegenden Werten dieser Gesellschaft ebenso voraus wie Gesprächsbereitschaft, eine gemeinsame Sprache und ein grundlegendes Verständnis für die Gesellschaftsordnung und internationale Stellung unseres Landes.

Gegenseitiger Respekt und Anerkennung

Jeder Mensch strebt nach einem selbstbestimmten Leben und nach der Achtung anderer. Doch unser Zusammenleben beruht auf Grundlagen, die für alle gleichermaßen verbindlich sind und die allen bekannt sein müssen: auf unserer politischen Kultur, die sich historisch entwickelt hat und die sich in unserer demokratischen Grundordnung ausdrückt.

In der staatlichen Gemeinschaft finden sich selbständige Individuen zusammen. Kern von Integrationspolitik sind die Rechte und Pflichten der Einzelnen, ihre Teilhabechancen und Gleichberechtigung.

Druck eingeschränkt werden. Umgekehrt hat jede und jeder neben den unterschiedlichen Lebenssituationen im Privatleben und Beruf – ob als Mutter, junger Mann oder Schwiegertochter, ob als Geschäftsinhaberin, Angestellter oder Künstler – auch die gleichberechtigte öffentliche Rolle und Verantwortung einer Einwohnerin oder eines Einwohners dieser Stadt. Diese Rolle wollen wir anerkennen, unterstützen, aber auch einfordern.

Integrationspolitik fördert die Befähigung jedes Einzelnen, in einer pluralen demokratischen Gesellschaft in freier Entscheidung als selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Mitglied zu handeln. Dafür sind Informationen bereitzustellen, Gelegenheiten zur Meinungsäußerung und Teilhabe zu bieten und, wo erforderlich, Hilfen zu leisten. Unsere Rechtsordnung nötigt niemanden dazu, sich öffentlich zu beteiligen, hält jedoch uns alle dazu an, die Grundlagen unseres Miteinanders und demokratische Entscheidungen mitzutragen sowie die gleichberechtigten Ansprüche anderer zu achten, auch wenn diese unsere eigene Meinung nicht teilen, einen anderen Lebensstil haben oder mit einem anderen Akzent sprechen.

Ziel 6 Würde des Einzelnen achten

Sein eigenes Leben leben zu können, ist das Versprechen der Moderne. Grundlage aller modernen Politik ist es, niemanden zu benachteiligen, weder aufgrund von Herkunft, Sprache, Überzeugung noch aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter oder Gesundheit. Der staatlichen Gemeinschaft kommt die Aufgabe zu, über diese Prinzipien auch im persönlichen Leben der Bürgerinnen und Bürger zu wachen. Die Auslegung dieser Werte, wie auch der Gleichberechtigung der Geschlechter, ist nicht abhängig von Herkunft und Kultur, sondern erfolgt im Sinne der Rechtsordnung.

Von Staat und Verwaltung können alle Einwohnerinnen und Einwohner Frankfurts erwarten, nicht in erster Linie als Arbeitskräfte und Leistungsträger, sondern unabhängig von Ressourcen und Fähigkeiten als gleichberechtigt angesprochen und behandelt zu werden. Jede Gemeinschaft lebt von der freien und kreativen, unternehmerischen und künstlerischen Entfaltung ihrer Mitglieder. Diese Freiheiten dürfen weder durch öffentliches Handeln noch durch unangemessenen sozialen

Zugehörigkeitsgefühle anerkennen

Unser sozialer Zusammenhalt verlangt Respekt für Identitäten und Zugehörigkeitsgefühle, die anderen wichtig sind. Menschen leben in Beziehungen, aus denen sie Kraft schöpfen und die vielleicht ihr Leben selbstgewählt bestimmen. Eltern wollen ihre Kinder nicht nur auf das Leben vorbereiten, sondern ihnen auch etwas weitergeben, z. B. ein Stück Familiengeschichte und Tradition. Respekt und Anerkennung erfordern daher mehr als einfache Gleichbehandlung, niemanden zu diskriminieren oder zu benachteiligen: Der respektvolle Umgang miteinander schließt ein, die gegenseitigen Stärken zu sehen, anzusprechen und zu fördern, anstatt Schwächen, abweichendes Verhalten oder körperliche Einschränkungen zu betonen.

Jede und jeder von uns spürt sehr schnell Vorbehalte anderer. Das Gespür für die Skepsis, die einem trotz aller Anstrengungen möglicherweise entgegengebracht wird, kann zur festen Erwartungshaltung werden, stets als Außenseiter behandelt zu werden. Dies hat oft Auswirkungen auf Integration in Bildungs- und Berufswegen.

Ziel 7

Ein ungenügender Ausdruck der Wertschätzung von dem, was anderen wichtig ist, kann Menschen, die sich integrieren wollen, erneut zu ›Fremden‹ machen, den Rückzug in die ›eigene‹ Gruppenbildung fördern und die Entstehung von ›Parallelgesellschaften‹ mit verursachen. Umgekehrt kann die Empfindung mangelnder Wertschätzung der lokalen Kultur und Geschichte Frankfurts zu einer Abgrenzung von ›den Migranten‹ führen.

Im Umgang miteinander ist jede und jeder nicht in erster Linie als Angehörige von ›Kulturen‹ oder Gruppen zu behandeln, sondern als handelndes und verantwortliches Individuum. Die Frankfurter Stadtpolitik wird nicht ›kulturalisieren‹, weder in Datensammlungen, noch in der Begründung von Entscheidungen, in Verlautbarungen oder im Zuschnitt von Maßnahmen. Bestehende Gemeinschaften und individuell kommunizierte Zugehörigkeitsgefühle sind dabei respektvoll als gleichwertige Teile der Stadtgemeinschaft zu betrachten.

Ziel 8 Freie Lebensgestaltung fördern

Es gehört zu jedem Zusammenleben, einen anderen Menschen, dem wir begegnen, nicht nur als Einzelperson, sondern als Teil und Mitglied von Gruppen und Milieus zu sehen. Gruppenbildungen und gegenseitige Wahrnehmungen gehören zum Alltag und sind objektiv ebenso feststellbar wie die Herausbildung von Stereotypen und falschen Vorstellungen von Kausalitäten.

Respekt voreinander bedeutet demgegenüber auch, jeden Menschen als Einzelfall zu sehen und zu behandeln, sowie die freie Entscheidung jeder und jedes Einzelnen anzuerkennen, zu fördern und nötigenfalls auch einzufordern. Alle Menschen in Frankfurt sollen als Subjekte eigener Verantwortung frei ihren Lebensentwurf, auch gegen Gruppenzwänge, wählen können. Sprache und Bildung sind ein Schlüssel zu Integration und zu gesellschaftlicher Teilhabe. Aber Leistungswille und Geschick reichen oft nicht. Menschen wägen genau ab: Einen Beruf oder Lebensweg in einer Gesellschaft muss man sich zutrauen können. Zum Sinn eigener Anstrengung gehört es, reale Aussichten auf Erfolg und auf einen anerkannten Platz in der Gesellschaft zu sehen.

Das Gefühl dazuzugehören entsteht ebenso durch eine freie, allgemein akzeptierte Lebensgestaltung wie auch durch Aufstiegsmöglichkeiten. Auf allen

Politikfeldern und im privaten Miteinander wird die Stadt Frankfurt sicherstellen, dass alle ihren Lebensentwurf frei wählen und verfolgen können, ob in Berufswahl, bei der Partnersuche oder Lebensgestaltung und im Ausdruck persönlicher Überzeugungen. Wer Chancen ergreifen will, muss auf angemessene, individuelle und fördernde Unterstützungsangebote zugreifen können, wenn nötig, auch gegen Gruppenzwänge. Frankfurt ist eine prosperierende Stadt, nicht zuletzt wegen der ihr eigenen Vielfalt. In der Stadtentwicklungsplanung ist weiterhin darauf zu achten, einer wachsenden Zahl unterschiedlicher Menschen reale Möglichkeiten zu eröffnen.

Niemanden überfordern

Ziel 9

Die moderne Welt bietet allen Einzelnen mehr Chancen als je, fordert von uns allen aber zugleich lebenslanges Lernen und persönliche Flexibilität – in manchen Berufen auch zusätzliche Mobilität. Dabei profitiert Frankfurt als Stadt in vieler Hinsicht von solchen Entwicklungen wie auch von der ›Globalisierung‹. Andererseits werden nicht nur Risiken und Krisen moderner Verflechtungen und Dienstleistungen in Frankfurt schneller offenkundig als andernorts. Es gibt in unserer Stadt auch Menschen, die sich angesichts der ökonomischen Entwicklungen oder der Konkurrenz mit Arbeitskräften aus anderen Teilen der Bundesrepublik oder aus anderen Ländern selbst als ›Verlierer‹ sehen. Wer in einem fremden Land lebt – oder auch innerhalb der gleichen Familie zwischen den Generationen unterschiedlichere Lebenswege und Erfahrungen erlebt als andere – sieht sich von verschiedenen Seiten z.T. divergierenden Erwartungen ausgesetzt.

Umgekehrt wird die Anwesenheit von Menschen unterschiedlicher Herkunft, das Leben in einer kosmopolitischen und schnelllebigen Stadt von anderen als Überforderung oder sogar als Bedrohung erlebt. Das Miteinander unterschiedlicher Lebensgestaltungen wie auch soziale Ungleichheit bergen gleichermaßen die Gefahr, dass Menschen sich auf Vertrautes und auf sich selbst zurückziehen, an sich oder an anderen zweifeln und sich vom öffentlichen Leben abwenden. Unsere Stadtgemeinschaft muss deshalb nicht nur neu Zugezogenen helfen, sondern auch denen, die seit längerer Zeit hier sind und beobachten, wie sich ›ihre‹ Frankfurt zusehends verändert.

Wir benötigen ein besseres Verständnis der sehr unterschiedlichen und einander beeinflussenden Integrationsverläufe und der Veränderungsprozesse der Gesellschaft. Die Stadt Frankfurt wird zu berücksichtigen haben, dass es kaum »Normallagen« von Integration gibt. Bei der Beurteilung der Situation, im Maßnahmenschnitt und in unserem Verhalten sind die realen Lebensbedingungen und die jeweilige soziale Lage ernst zu nehmen. Dies verlangt auch, Schwierigkeiten anzuerkennen und Menschen nicht zu überfordern. Zur gebotenen Solidarität miteinander gehört es auch, Menschen Zeit zu geben. Integration oder sozialer Aufstieg verlaufen nicht selten über mehrere Generationen und in Übergangsformen, die sich als Milieus ausprägen können und die nicht vorschnell als sich verfestigende »Parallelgesellschaften« zu beurteilen sind.

Unterordnungsverhältnis zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

In unserer Gesellschaft hat jede und jeder nicht nur individuelle Freiheitsrechte, sondern auch das Recht zu einem selbst gewählten gemeinsamen Leben. Dazu gehört das Recht, Gruppenidentitäten in informellen sozialen Beziehungen und in organisierter Form öffentlich Ausdruck zu geben. Im Falle anerkannter Minderheiten oder anerkannter Religionsgemeinschaften gilt ein besonderer Schutz und Freiraum. Dem gegenüber steht nicht nur der Primat des Rechtsstaates, sondern darüber hinaus auch die umgekehrte Anforderung an alle Gruppen, von sich aus die grundsätzliche Gleichberechtigung aller in einer pluralen Gesellschaft anzuerkennen und sich von der Öffentlichkeit nicht abzukehren. Migrantenvereine oder andere Selbsthilfegruppen und Interessenverbände können die Chance zur Selbstverwirklichung und Selbstbestätigung bieten und ggf. soziale Lücken schließen, aber sollen zugleich Kontakte zu anderen Netzwerken öffnen und dauerhaft unterhalten. Bei Führungspersönlichkeiten – ob als gewählte Vertretung oder durch eine besondere soziale oder religiöse Rolle – richtet die Gesellschaft besondere Erwartungen an ihr Verantwortungsbewusstsein und an ihr »Fingerspitzengefühl« im Umgang mit anderen und der allgemeinen Öffentlichkeit.

Offene und tolerante Gesellschaft

Der Aufforderung, einzelnen Gruppen mehr Raum zu gewähren, steht der Appell an jede dieser Gruppen gegenüber, auch selbst für Neues und für einander offen zu sein.

Unser Zusammenleben in Frankfurt ist auch dadurch geprägt, wie Menschen gemeinsam handeln und welche Wechselwirkung sich daraus innerhalb einer Gruppierung sowie zwischen mehreren entwickelt.

Unser Staat setzt nicht nur – z. B. mit der Anerkennung von Religionsgemeinschaften – die Existenz kollektiver Bindungen voraus, er gewährt Gruppen auch das Recht, sich selbst zu definieren und zu organisieren. Es besteht aber andererseits auch das berechnete Interesse der Gesellschaft an einem guten Miteinander: Gruppen sollen sich dem öffentlichen Leben weder verschließen noch auf ihre Mitglieder unangemessenen Zwang ausüben.

Integration ist keine »Einbahnstraße«. Bei der Politikgestaltung, der öffentlichen Selbstdarstellung und bei konkreten Handlungsplänen wird die Stadt Frankfurt berücksichtigen, dass sich Menschen in mehreren sowie in gemeinsamen Beziehungen sehen und je nach Religion, Zugehörigkeitsgefühl, Interesse oder Stilempfinden auch als Gruppe ein unterschiedliches öffentliches Verhalten äußern. Unsere Stadt ist ein gemeinsamer Rahmen für eine Vielzahl von Gruppenidentitäten, denen die Stadtpolitik Räume zur kreativen Entfaltung schaffen will, von denen wir alle aber auch eigene Beiträge zu einem besseren Miteinander erwarten.

Ziel 10 Vielfache Zugehörigkeiten anerkennen

Urbanität gibt es nicht ohne Vielfalt: Die Frankfurter Bevölkerung zeichnet sich durch eine Diversität und Ausdifferenzierung von Gruppen und Milieus aus, die für städtische Zentren typisch ist. Unsere Stadt wird durch das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in unterschiedlichen Gruppen und sozialen Netzwerken getragen. Auf der Grundlage unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung gibt es dabei kein Über- und

Abgrenzungen überwinden

Frankfurt ist als alte deutsche Stadt, als Einwandererstadt, als kleine Metropole und als kreatives und ökonomisches Zentrum in vieler Hinsicht eine Stadt des »Sowohl-als-auch«. Wir alle erleben immer wieder gegenläu-

Ziel 11

fige Tendenzen, einerseits die Herausbildung neuer ›kosmopolitischer‹ Mittelschichten sowie andererseits soziale Differenzierung oder gar Segregation, der die Stadtpolitik entgegenwirken soll.

Moderne demokratische Gesellschaften sind nicht nur durch eine Veränderung, sondern auch durch eine Zunahme unterschiedlicher kollektiv empfundener Identitäten und auch Interessenvertretungen geprägt. Mit der Zahl erkennbar auftretender Gruppen können auch Vorbehalte voreinander sowie offen formulierte Interessengegensätze wachsen. Das Verhalten in Gruppen und von Gruppen zueinander ist dabei nicht nur intern, sondern auch durch äußere Einflüsse und nicht zuletzt soziale Lagen bestimmt.

Integrationspolitik hat zu beachten, dass Integration sich nicht nur am Verhältnis von Mehrheit und Minderheiten entscheidet, sondern von den Beziehungen aller Gruppierungen zueinander abhängt. In einer gewachsenen internationalen Stadtbevölkerung haben es alle Einwohnerinnen und Einwohner mit mehr kulturellen Vorurteilen, religiösen Differenzen oder einem stärker divergierenden Geschichtsverständnis zu tun als andernorts. Um dem Problem entgegenzuwirken, dass verschiedene Gruppen sich stereotyp gegeneinander definieren und möglicherweise in anderen Teilen der Welt bestehende Vorbehalte beibehalten, sind mehr Begegnung und ein stärkeres Miteinander verschiedener Erfahrungsgemeinschaften, sozialer Schichten und Milieus untereinander zu fördern, mit dem Ziel, Vorbehalte abzubauen und Rahmenbedingungen für mehr Gemeinsamkeiten und dauerhafte Interaktion zu schaffen.

Ziel 12 Gruppenzwängen entgegenwirken

Durch verschiedene Rollen, Funktionen und Aspekte des Lebens leben alle Menschen – teils unbewusst, teils selbst gewählt – in einer Vielzahl von Beziehungen sowie wechselseitigen Abhängigkeiten. Nicht nur Politik und Verwaltung, sondern auch Familie, Umfeld oder Vereinsmitglieder haben diese Bezüge wahrzunehmen und zu berücksichtigen. Die Gesellschaft hat darauf hinzuwirken, dass der soziale Status einer Gruppe oder traditionelle Erwartungen einer Familie nicht Entwicklungschancen der Einzelnen gegen ihren Willen beeinträch-

tigen: Aufstiegsmöglichkeiten können auch Möglichkeiten einer Befreiung aus dominanten Gruppenzwängen bedeuten.

Das Problem, dass immer wieder verschiedene Gruppierungen einander fremd gegenüberstehen oder dass einige mit ›der Richtung‹ der Gesamtgesellschaft oder ›dem Verhalten‹ anderer Generationen nicht einverstanden sind, darf also nicht zu unangemessenem Druck auf Mitglieder oder zur Abwendung einer Gemeinschaft vom öffentlichen Leben führen. Es ist dabei Aufgabe der staatlichen Gemeinschaft, auch die Interessen derjenigen, die sich nicht organisiert äußern, oder der minderjährigen Bevölkerung gleichberechtigt abzuwägen sowie über die Erziehung und freie Religionsmündigkeit der Heranwachsenden zu wachen. Es kann dabei außerdem Aufgabe von Staat und Verwaltung sein, Vertretungsansprüche von Personen und Institutionen zu hinterfragen. Die Beeinflussung, Förderung oder Finanzierung von Gruppen durch andere Staaten ist ein Eingriff in unsere Gesellschaft, der nicht wünschenswert ist.

Die Stadt Frankfurt möchte nicht nur die öffentliche Repräsentation von Gruppen, sondern zugleich ihre Öffnung und Teilhabe an unserer Gesellschaft fördern. Erfolglosigkeit oder andere Enttäuschungen haben bei vielen Menschen, ob eingewandert oder nicht, zur Folge, dass sie sich in eine idealisierte eigene oder kulturelle Vergangenheit zurückziehen. Dem ist entgegenzuwirken: Gruppen haben zu akzeptieren, dass sie selbst und ihr Platz in der Gesellschaft veränderlich sind und dass nicht zuletzt jede Generation neue Ansprüche stellt. Religionsgemeinschaften haben zu respektieren, dass es keinen Bekenntniszwang gibt und dass unser gemeinsames öffentliches Leben zwar nicht wertfrei, aber weltanschaulich neutral ist. Insbesondere sollen ›Kulturen‹ oder Bekenntnisse nicht als Argument missbraucht werden, weder zur Diskriminierung noch zur Selbstrechtfertigung. Repressionen gegen Einzelne oder gar Gewalt in der Familie werden nach geltender Rechtslage verfolgt.

Ziel 13 Besondere Hilfestellungen leisten

Ein kollektives Verhalten ist nicht nur durch kulturelle Zugehörigkeitsgefühle oder ein in Generationen, Szenen oder Milieus übliches Verhalten bestimmt, sondern auch durch den sozialen Status und die Möglichkeiten ihrer Mitglieder. Gerade in Frankfurt haben sich die einzelnen typischen Milieus und Schichten jeder modernen Gesellschaft zunehmend internationalisiert. Von sozialer Benachteiligung, wachsender Unterschiedlichkeit, von Preisschwankungen auf dem Wohnungsmarkt oder von Konkurrenzdruck und wachsenden Anforderungen im Berufsleben sind einige jedoch mehr betroffen als andere, und zwar oft unabhängig von ihrer Herkunft oder Aufenthaltsdauer.

In allen Einwanderungsgesellschaften kommen verschiedene Nationalitäten zu unterschiedlichen Zeiten und aus unterschiedlichen Gründen an. Daher bedürfen manche dieser Gruppen unter Umständen besonderer Hilfen. Alle Menschen wünschen sich eine aussichtsreiche Zukunft – und Eltern wollen das Beste für ihr Kind – aber nicht alle haben die erforderlichen Ressourcen oder Erfahrungen, sich selbst oder anderen adäquat zu helfen. Der Wandel und die Internationalisierung unserer ökonomischen Grundlagen hat inzwischen fast alle Bevölkerungsteile Frankfurts erreicht, aber nicht alle können davon in gleicher Weise profitieren. Armutsriskiken haben sich verstärkt, und nicht alle finden sich in der neuen Realität einer ›Global City‹ Frankfurt zurecht.

Als Ballungszentrum ist Frankfurt ein Ort, an dem viele Menschen ›ihr Glück versuchen‹ und bleiben, auch Flüchtlinge. Viele Menschen bleiben in unserer Stadt ohne einen offiziellen Aufenthaltsstatus. Auch diese Gruppen bedürfen angemessener Hilfe.

Die übergeordneten Ziele von Gleichheit und Chancengerechtigkeit erfordern es, die sozialen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für Teilhabe und Integration ernst zu nehmen. Zum Erfolg wird keiner getragen, aber es gibt neben persönlichem auch strukturelles und institutionelles Versagen. Das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes anerkennt, dass einzelne Mitglieder besonderer Hilfe bedürfen, auf die sie in nicht diskriminierender Weise Anspruch haben. Die Stadt Frankfurt stellt sich außerdem humanitären Verpflichtungen – z. B. gegenüber Flüchtlingen oder Menschen ohne Aufenthaltsstatus, denen z. B. in ihren Zugangsmöglich-

keiten zu Gesundheitsleistungen oder zum Bildungssystem geholfen werden soll.

2.1.3 Demokratische Kultur

Nur wer die ›Spielregeln‹ einer Gesellschaft verstanden hat, kann in ihr den eigenen Werdegang gestalten. Unser Miteinander wird getragen durch das Werteverständnis des Grundgesetzes. Seine Prinzipien garantieren nicht nur Freiheit und Gleichberechtigung jeder und jedes Einzelnen, sondern richten Ansprüche an jeden von uns, auch für den Umgang mit Unterschieden und Konflikten.

Zu unserer politischen Kultur, die sich auch im Umgang in der Nachbarschaft, an Schulen oder im Arbeitsleben spiegelt, gehören außerdem die Regeln eines respektvollen Verhaltens und einer angemessenen Diskussionskultur.

Gemeinsame Entscheidungsfindung

In einer demokratischen Gesellschaft ist Freiheit immer auch die Freiheit der Andersdenkenden.

Diese Spannung auszuhalten – im Sinne eines guten Zusammenlebens – ist ein Wesenszug einer freien Gesellschaft und eine Grundlage für eine gleichberechtigte Gestaltung unseres guten Zusammenlebens in Frankfurt.

Demokratische Abläufe vermitteln

Demokratische Gesellschaften sind offen für Entwicklungen auf der Grundlage wechselnder Meinungen und Mehrheiten bei gleichzeitiger Verantwortung gegenüber Minderheiten. Auch gemeinsame Normen und Werte entstehen und gelten als eine Folge von gemeinsamem Erleben und gemeinsamem Gedächtnis. Auch die Errungenschaften und Grundsätze unserer Rechtsordnung entspringen historischen Erfahrungen – teils einer langen europäischen Tradition, teils erst der jüngeren Geschichte – und haben in den Jahrzehnten seit der Gründung der Bundesrepublik ein neues Verständnis des Staatsbürgers und der politischen Gemeinschaft ermöglicht.

Dieses Fundament kann nicht einfach vorausgesetzt werden, sondern muss für alle – und insbesondere für neue und junge Mitglieder unserer Gesellschaft – als eigener Bezugspunkt erfahrbar werden.

Wir alle müssen uns bewusst sein, dass wir Gemeinsamkeiten und unsere Identität als Gesellschaft

Ziel 14

nicht einfach vermitteln können, sondern ständig neu herstellen müssen. Jedes Zusammenleben verlangt nicht nur Verständnis für Minderheiten und andere Sichtweisen, sondern den aktiven Umgang mit unterschiedlichen Erwartungen an gegenseitiges Verhalten und an gemeinsam getragene Institutionen, wie z. B. die Schule oder Kultureinrichtungen. Man kann selten in allen Punkten Konsens finden, und Konflikte müssen ausgetragen werden. Es liegt an jeder und jedem Einzelnen, wechselseitige Positionen und Erwartungen klar zu benennen. Im Konfliktfall ist es wichtig zu wissen, aus welchen Voraussetzungen und Erfahrungen die oder der jeweils andere argumentiert.

Ziel 15 Mitsprache und Beteiligung sicherstellen

Jede Gemeinschaft benötigt die Beteiligung und den Zusammenhalt ihrer Mitglieder. Demokratie ist auf Demokraten und auf die Einhaltung demokratischer Verfahren angewiesen. Die Einbindung und Beteiligung einer möglichst großen Zahl von Einwohnerinnen und Einwohnern bei möglichst vielen Anlässen – z. B. bei Anhörungen, in Vereinen, Elternbeiräten und Nachbarschaften – ist das beste Mittel gegen die befürchtete Entstehung von ›Parallelgesellschaften‹. Dies erfordert immer wieder neue und andere Formen der Einladung, Ansprache und Diskussion sowie der Information. Auch die Medien sind hier gefordert sowie die eigene Bereitschaft aller Gruppen, sich auch selbst zu Wort zu melden und sich am öffentlichen Diskurs aktiv zu beteiligen.

Auch grundsätzlich empfundene Distanz kann oft überwunden werden, indem man über konkrete Dinge redet. Selbst Streitfälle deuten auf einen gemeinsamen Bezugspunkt und sind nicht von vornherein ein Zeichen scheiternder Integration. Unsere Demokratie rechnet mit Unterschieden und setzt zugleich Standards, wie mit Dissens umzugehen ist. Diese Standards sind allen Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln.

Die Stadt Frankfurt wird weiterhin eine offene Diskussionskultur pflegen. Konflikte sollen nicht übergangen werden, sondern sind respektvoll zu lösen. Dafür ist auch die politische Bildung zu verstärken und das allgemeine Verständnis für die Regeln und Anforderungen unserer Gesellschaft zu verbessern. Neue Bürgerinnen und Bürger, ob neu Zugezogene

oder Heranwachsende, müssen erleben können, woran sie sich orientieren sollen. Vorbilder müssen glaubhaft und erreichbar sein.

Offenheit für neue Einwohner und Mitglieder kommunizieren

Ziel 16

Frankfurt kann als Stadt nicht selbst darüber entscheiden, welche Menschen zu uns kommen. Möglichst alle Einwohnerinnen und Einwohner sind jedoch am öffentlichen Leben und an der Entscheidungsfindung zu beteiligen. Bei Kommunalwahlen sind Einwohnerinnen und Einwohner mit Unionsbürgerschaft deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern bereits gleichgestellt, unabhängig von ihrer Aufenthaltsdauer und ihren Sprachkenntnissen. Unsere Demokratie ist darüber hinaus offen für alle neuen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, gleich welcher Herkunft, Sprache, Überzeugung, welchen Geschlechts und Alters.

Integration ist keine ›Einbahnstraße‹. An die Menschen, die sich entschieden haben, hierherzukommen, darf unser Gemeinwesen Erwartungen richten. Aber auch umgekehrt hat unsere Gesellschaft die Erwartungen derer zu akzeptieren, die wir aufgenommen haben oder die hier geboren sind. Zu unserer Offenheit für neue Mitglieder gehört es, Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt auch dann im Alltag als gleichberechtigt oder als Deutsche anzuerkennen, wenn sie anders aussehen, heißen oder mit einem fremden Akzent sprechen. Wir können erwarten, dass sich neue Bürgerinnen und Bürger oder bislang geschlossen erscheinende Gruppen auf unsere Stadtgemeinschaft einlassen, wenn wir ihnen auch selbst offen begegnen.

Eine aktive Willkommenskultur zu pflegen, betrifft jede und jeden Einzelnen von uns. Dazu gehört, nicht zuerst nach der Herkunft, sondern nach der Persönlichkeit und den Fähigkeiten jeder und jedes Einzelnen zu fragen. Die Stadtpolitik betrachtet ausländische Einwohnerinnen und Einwohner als mögliche zukünftige Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, ermuntert sie zur Einbürgerung und leistet Einbürgerungswilligen Hilfestellungen. Jede Bürgerin und jeder Bürger Frankfurts soll nicht nur andere Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, sondern alle Einwohnerinnen und Einwohner als Mitglieder unserer Stadtgesellschaft ansehen.

Neutralität von Politik und Verwaltung

Wer anderen selbst Respekt zeigt, kann auch Respekt einfordern, zum Beispiel Respekt vor diesem Land und vor seinen Werten, vor dieser Stadt und ihrer Geschichte.

Wer für sich und seine Familie die Entscheidung trifft, in dieser Stadt zu leben, der muss unsere Werteordnung für sich annehmen und sie aktiv vertreten. Sofern diese Voraussetzung erfüllt ist, garantiert unsere Rechtsordnung Neutralität bei gleichzeitigem Vorrang des Gemeinwohls gegenüber Partikularinteressen, welcher Seite auch immer.

Ziel 17 Freiräume von Religion und Kultur anerkennen

Die Weltsicht von Religionen denkt über den säkularen Staat hinaus. Auch unsere Gesellschaft und Rechtsordnung steht in einer kulturhistorischen Tradition, die Staatsideologien skeptisch gegenübersteht. Unser Staat vertritt rechtsethisch selbst bestimmte Werte, verhält sich jedoch nicht nur religiös-weltanschaulich neutral, sondern ist darüber hinaus ›kulturoffen‹. Eine praktizierte Religion oder eine gelebte Kultur ist auch ein Ausdruck der Selbstvergewisserung darüber, was im Leben erstrebenswert, richtig oder angemessen ist. In der Fremde oder in einer sich schnell verändernden Welt gewinnen Glaube und Herkommen für viele Menschen neue Bedeutung als ein Halt oder Maßstab.

Die Pflege unterschiedlicher Kulturen oder Religiosität ist als ein Ausdruck selbstbestimmter Lebensführung anzusehen und anzuerkennen. In unserer Gesellschaft gelten jedoch nicht mehrere Ordnungen nebeneinander. Allen garantiert ist die Neutralität des Rechtsstaats und der Vorrang der geltenden Gesetze gegenüber jeder Glaubensgemeinschaft und Minderheit – z. B. in Fragen von Bildung und Erziehung. Das Grundgesetz gewährt dem Staat keine Mitsprache in der Bestimmung von Glaubensinhalten oder der inneren Organisation anerkannter Religionsgemeinschaften. Bis zur Religionsmündigkeit mit Vollendung des 12. bzw. 14. Lebensjahrs entscheiden die Eltern über die religiöse Erziehung ihrer Kinder, danach diese selbst. Stadt und Staat können von sich aus keinen interreligiösen Dialog führen.

Die Freiheit religiöser Überzeugungen ist in unserer Rechtsordnung nicht nur im Privatleben diskriminierungsfrei zu gewährleisten: Das Grundrecht der freien Religionsausübung – wie auch der negativen Religionsfreiheit – gilt auch im öffentlichen Leben. Unter besonde-

ren Voraussetzungen können Religionsgemeinschaften sogar als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt werden.

Grundlage von Integrationspolitik ist nach unserer Rechtsordnung die grundsätzlich gleiche Offenheit unseres Staates gegenüber allen Religionsgemeinschaften, auch neu entstehenden. Die Stadtpolitik wird eine positive Rolle der Religionsgemeinschaften fördern und einfordern sowie im öffentlichen Raum die gleichberechtigte Anerkennung und Ausübung religiöser Überzeugungen sicherstellen. Wir wollen das soziale Miteinander von Religionsgemeinschaften ermutigen und fördern. Menschen, die aus Ländern kommen, in denen eine strikte Trennung von Religion und öffentlichem Leben oder eine engere Verbindung einer bestimmten Religion mit Politik und staatlichem Handeln herrscht, ist die Rolle von Religionsgemeinschaften und öffentlich-rechtlichen Körperschaften in unserer Rechtsordnung zu vermitteln. Spirituelle Begleiter ihrer Gemeinden, die aus anderen Ländern kommen, sind in geeigneter Weise bei der Wahrnehmung ihrer öffentlichen Mittlerrolle zu unterstützen und die Öffentlichkeit über ihre Funktion genauer zu unterrichten. Wir wollen auch andere, nicht-religiöse Weltanschauungen gleichberechtigt achten und behandeln.

Gleiche Rechte akzeptieren

Ziel 18

An unserem Gemeinwesen wird sich nur konstruktiv beteiligen, wer im Rahmen des Grundgesetzes darauf vertrauen kann, dass der Staat seine Lebensweise und die Artikulation seiner Weltanschauung oder Religion schützt. Dieser Rechtsschutz beinhaltet jedoch nicht staatliche Maßnahmen zum Erhalt einzelner kultureller, geschichtlicher oder religiöser Milieus. Unser öffentliches Leben orientiert sich an einer gleichen neutralen Distanz zu allen Gruppen, Überzeugungen und Glaubensrichtungen, die auf dem Boden der Rechtsordnung stehen.

Toleranz bedeutet, wörtlich übersetzt, etwas ertragen, aushalten können – z. B. andere Blickwinkel und andere Meinungen. Unser Zusammenleben verlangt jedoch mehr als nur eine solche bloße Duldung anderer Lebensweisen. Unser Miteinander als Stadtgesellschaft entscheidet sich an regelmäßigen Beziehungen zueinander, die erst eine genauere gegenseitige Kenntnis und

Wertschätzung ermöglichen. Vorurteile, Missverständnisse und Benachteiligungen am Arbeitsplatz oder sonst im Alltag, falsche Einschätzung bei Prüfungssituationen und Entscheidungen haben verschiedene Ursachen. Nicht selten sind es Misstrauen und ungenügende Kenntnis, die aus fehlender Begegnung resultieren.

Die Stadt Frankfurt ist für alle gleichermaßen da. Auch Migrantinnen und Migranten sowie Drittstaatsangehörige, die keine Unionsbürgerschaft besitzen, werden durch Grundrechte geschützt. Auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gibt es keine Bevorzugung einzelner Gruppen. Dies muss allen klar sein. Die Stadtpolitik wird aber nicht nur dieses Fundament gleichberechtigter ›Anerkennung‹ vermitteln, sondern in allen Lebensbereichen Begegnung, wechselseitige Öffnung und ein genaueres Verständnis für andere fördern. Bei der Gestaltung offizieller Anlässe sollen die verschiedenen Gruppen unserer Stadtgesellschaft gleichermaßen angemessen berücksichtigt werden.

Ziel 19 Internationale Beziehungen berücksichtigen

Neben dem deutschen und dem europäischen Recht zur Förderung der Integration, zur Regelung der Zuwanderung und zum Schutz gegen Diskriminierungen binden unsere Stadt auch internationale Abkommen und Konventionen, wie z. B. solche des Europarates und der Vereinten Nationen zum Schutz von Kindern, Menschen mit Behinderung und Flüchtlingen oder zu Fragen der Antidiskriminierung und Integration. Auch die nationale Rechtsprechung sowie die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte setzen unserer kommunalen Politik klare Rahmenbedingungen.

Außenpolitische Beziehungen – auch solche fremder Staaten untereinander – sowie die Innenpolitik anderer Länder werden von vielen Frankfurter Bürgerinnen und Bürgern aufmerksam und zum Teil mit persönlicher Betroffenheit verfolgt. Internationale Konflikte sind immer wieder geeignet, auch unsere Nachbarschaften zu belasten. Jeder und jedem steht es frei, das Demonstrationsrecht auszuüben. Wir alle dürfen aber voneinander erwarten, in der Wortwahl einander nicht zu verletzen und externe Konflikte nicht in unsere Stadt zu tragen.

Als Stadt von weltweiter Bekanntheit soll Frankfurt in der Integrationspolitik internationale Maßstäbe erreichen und selbst setzen. Die Beziehungen der Frankfurter Bürgerinnen und Bürger in alle Welt sind auch dafür eine Grundlage. Die Stadt Frankfurt wird diese internationalen Beziehungen, gerade auch in ihre Partnerstädte, fördern und zu einem besseren Verständnis unseres Zusammenlebens nutzen. Die internationalen Erfahrungen unserer Einwohnerinnen und Einwohner sind ein Fundament an Wissen und Fähigkeiten für ein besseres Verständnis des Weltgeschehens, das viele Frankfurterinnen und Frankfurter sogar in ihrer eigenen Familie betrifft.

2.1.4 Frankfurter Stadtgesellschaft

Im Laufe der neueren Geschichte ist die Wahrscheinlichkeit, sein Leben am gleichen Platz zu verbringen, immer geringer geworden. Migration ist historisch jedoch kein außergewöhnlicher sozialer Prozess, auch wenn er biographisch oder gesellschaftlich immer wieder so erfahren wird. Deutschland war oft Einwanderungs- und Auswanderungsland, im Wechsel oder beides zugleich. Der Blick in die Geschichte, auch in die anderer Länder, zeigt nicht nur die Normalität, sondern auch die lange Dauer von Integrationsprozessen.

Städte waren immer schon Orte von Integration, andererseits von Antagonismen. Jede Stadt ist das Ergebnis von Wanderungsbewegungen. Einwanderung ist eine Lebensgrundlage von Städten, die ihren Einwohnerinnen und Einwohnern immer schon Schutz, Freiräume und neue Möglichkeiten boten.

Geschichte differenziert vermitteln

In Frankfurt zu Hause zu sein, heißt an einem Ort zu leben, der eine besondere Geschichte hat. Die Frankfurter Geschichte hat Raum für viele Traditionen.

In unserer Stadt und in unserem Land gibt es eine besondere Erinnerungskultur, die an bleibende Werte erinnert, aber auch Lehren aus der Geschichte zieht, die für alle gleichermaßen bindend sind.

Ziel 20 Traditionsbildung wahrnehmen

Nicht nur durch eine lange Geschichte als Marktort und durch die großen Frühjahrs- und Herbstmessen war das Bevölkerungswachstum unserer Stadt stets maßgeblich durch Zuwanderung bestimmt. Zu allen Zeiten prägten Frankfurt komplizierte Beziehungen verschiedener Gruppen, die ihre Anwesenheit und Tätigkeit aus ganz unterschiedlichen Rechten ableiteten. Aufgrund seiner zentralen Lage und seiner Rolle als überregionales Zentrum war Frankfurt immer schon für viele Menschen eine erste Anlaufstelle, um einen neuen Lebensabschnitt zu beginnen. Zumal nach 1945 fanden nicht nur viele Deutsche aus dem östlichen Europa, sondern auch die sog. ›Gastarbeiter‹ mit ihren Angehörigen in unserer Stadt eine neue Heimat. In den letzten Jahrzehnten kamen viele Menschen aus der ganzen Bundesrepublik und aus immer mehr Ländern in unsere Stadt.

Unsere Stadtgeschichte ist seit Jahrhunderten eine Geschichte stetig gewachsener Gemeinsamkeit, aber auch wiederholter religiöser, wirtschaftlicher und sozialer Spannungen. Zu unserer Geschichte gehört die lange Tradition bürgerlicher Selbstverwaltung und die allmähliche Überwindung einer hierarchischen Stadtgesellschaft. Die Frankfurter Geschichte kennt weitsichtige Entscheidungen wie auch die Erfahrung, dass immer wieder Chancen verschenkt wurden.

Die Pluralität von Geschichtsinterpretationen ist ein Teil unseres Lebens. Die Wahrnehmung von Geschichte – eigener und fremder – ist immer auch ein Ausdruck von Interpretation und Symbolisierung, die aufmerksam, aber auch respektvoll zu hinterfragen ist, im Sinne eines Bemühens um objektive Wahrheitsfindung. Die Stadt Frankfurt setzt es sich zur Aufgabe, in der geteilten Wahrnehmung ihrer Bürgerinnen und Bürger die verschiedenen Ansichten Frankfurts als Bürgerstadt, seine Kultur und Ökonomie als Zuwandererstadt und seine weltstädtischen Qualitäten als globales Zentrum zu berücksichtigen und zusammenzuführen. Dabei wird erwartet, dass sich auch neu Zuziehende mit der deutschen Geschichte und historischen Zusammenhängen auseinandersetzen.

Historische Verpflichtungen annehmen

Ziel 21

Integration heißt, an einem bestimmten Ort zuhause zu sein. Dies bedeutet, auch an seiner Geschichte und Erinnerungskultur teilzuhaben. Für die jetzt lebenden Generationen sind Erfahrungen von Diktatur, Krieg und Vertreibung, die fortdauernde Verantwortung für das Verbrechen des Holocaust und der Verfolgung von Minderheiten und Andersdenkenden wie auch die Aufnahme in die sog. westliche Wertegemeinschaft sowie Fragen nach einer neuen staatlichen Identität von großer Bedeutung.

Wer in unserer Stadt dauerhaft lebt, teilt diese Verantwortung und kann sich ihr nicht entziehen mit dem Hinweis, er selbst oder seine Familie komme nicht von hier. Durch Zuwanderung und den Wandel von Generationen werden aber auch andere historische Erfahrungen und die Erinnerungen neuer Einwohnerinnen und Einwohner integraler Teil unserer Stadtgesellschaft.

Bei aller Vielfalt von Erinnerung verpflichtet unsere städtische Geschichte und Kulturgeschichte zu Werten und zu historischer Verantwortung, die von allen anzuerkennen sind und die daher allen vermittelt werden müssen. Um diese zu einem Teil des Selbstverständnisses unterschiedlicher Menschen werden zu lassen, wird die Stadt dafür bei den verschiedenen Gruppen mit ihren unterschiedlichen Erfahrungen geeignete Anknüpfungspunkte schaffen. Dies verlangt eine Erinnerungs- und Verantwortungskultur, die ihrerseits auf Veränderungen und andere Sichtweisen immer wieder neu reagieren muss.

Traditionen vermitteln und hinterfragen

Ziel 22

In früheren Jahrhunderten hatte Frankfurt eine besondere Bedeutung als Krönungsstadt der deutschen Kaiser und als freie Reichsstadt in einem in viele unabhängige Territorien aufgesplitterten Land. Die Frankfurter Geschichte steht damit auch für eine gemeinsame Tradition regionaler und internationaler Unterschiede. Als bedeutendes historisches Zentrum und als durch Zuwanderung groß und reich gewordene Stadt kennt die Frankfurter Stadtgeschichte viele widersprüchliche Erfahrungen von Toleranz und Ausgrenzung, von Krieg und Frieden, verschiedene Wellen von Einwanderung und Auswanderung. Frankfurt hat die Aufklärung ebenso erlebt wie Nationalismus, Kolonialismus und Faschismus

sowie die sozialen Bewegungen und Bürgerrechtsbewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts.

Auch heute versammelt Frankfurt unterschiedliche historische Erinnerungen und Sichtweisen verschiedener Generationen, Religionen und Länder, die von Menschen auf ihre je eigene Weise gepflegt und tradiert werden. Wir wollen diese Erfahrungsgemeinschaften als Teil unserer gemeinsamen städtischen Geschichte ansehen und behandeln.

Die besondere historische Rolle unserer Stadt bietet viele Anlässe, sich mit anderen Sichtweisen auf die regionale und internationale Geschichte zu beschäftigen. Die Stadt Frankfurt wird weiterhin Gedenk- und Feiertage unterschiedlicher Gruppen im öffentlichen Leben wie auch im Alltag unserer Bildungseinrichtungen berücksichtigen und vermitteln. Auch widersprüchliche geschichtliche Erfahrungen anderer Länder sind durch die wachsende Bevölkerung ein Teil des historischen Bewusstseins unserer Stadtgesellschaft geworden. Das Verständnis für Kultur und Geschichte unserer Stadt schafft zugleich Voraussetzungen dafür, dass neue Bürgerinnen und Bürger diese mitgestalten und weiterentwickeln können.

Ziel 23 Bürgerengagement und Zivilgesellschaft fördern

Bis heute prägt Frankfurt eine besondere Tradition als Bürgerstadt, die dem persönlichen Engagement und Mäzenatentum seiner Einwohnerinnen und Einwohner und ihrer Unternehmen viel verdankt. Als Stadt der Paulskirche steht Frankfurt zugleich für eine parlamentarische Tradition, die auch in unserem Land erst errungen werden musste und die in weiten Teilen der Welt immer noch nicht selbstverständlich ist.

In seiner Tradition als Stadt steht Frankfurt zugleich für urbane Freiräume individueller Lebensgestaltung und verbindet heute eine Vielfalt an Kulturen, Subkulturen und Milieus, alle Generationen und Menschen mit unterschiedlichen Meinungen und Vorlieben, Lebenserfahrungen und Lebensformen. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung haben sich wiederholt zu einer Politik bekannt, die dieser in der Bevölkerung real bestehenden Vielfalt Rechnung trägt.

Frankfurt ist eine Stadt, die wie wenige andere vom Kommen und Gehen vieler Menschen, von der Arbeit

und den Biographien neu zugezogener Bürgerinnen und Bürger geprägt wurde. Die Frankfurter Stadtpolitik sieht in einer weltoffenen Politik eine wichtige Tradition der Frankfurter Geschichte und ein zentrales identitätsstiftendes Merkmal der Stadtgesellschaft als internationaler Bürgerstadt, das in der Darstellung unserer Stadtgemeinschaft vermehrt kommuniziert werden soll.

Kleinräumige Vielfalt bewahren

Die Frankfurter Stadtteile sind der engste und erste Bezugsraum unserer Bürgerinnen und Bürger und zugleich ein geographisches Mosaik ausgeprägt empfundener Identitäten. Das heutige Frankfurt ist aus verschiedenen Siedlungen entstanden und auch im Bewusstsein der einzelnen Stadtteile eine historisch gewachsene Stadt.

Die positive Bindung an ein eigenes, unverwechselbares Viertel ist eine besonders tragfähige Grundlage von Integration und Teilhabemöglichkeiten.

Parallelgesellschaften entgegenwirken

Ziel 24

Frankfurt ist heute eine Stadt, in der es keine von einzelnen ethnischen Minderheiten geprägten Stadtteile gibt. In jedem einzelnen Quartier besteht eine jeweils eigene Fülle an Beziehungen, nicht zuletzt aufgrund der Kleinteiligkeit und ausgeprägten Binnendifferenzierung der Frankfurter Einwanderungsgesellschaft, die in unserer Stadt vielfältiger ist als andernorts.

Menschen handeln auf der Basis ihrer Erfahrungen. Einmal erworbene Handlungsmuster oder Ansichten ändern sich nur noch selten. Eine Politik der Vielfalt zielt daher auf einen weiten Wahrnehmungshorizont unserer Bürgerinnen und Bürger. Stadtplanung, Wohnungspolitik und zahlreiche Einzelmaßnahmen tragen dazu bei, dass unterschiedliche Menschen schon seit frühester Kindheit in ihrem Alltag Verschiedenheit als Normalität begreifen und damit umzugehen lernen im Sinne wachsender Gemeinsamkeiten.

Die Stadt Frankfurt wird in Stadtplanung, Wohnungspolitik und begleitenden Maßnahmen die Vielfalt vor Ort weiter fördern. Ziel ist es, weder Parallelgesellschaften noch einen Gegensatz von ›Zentrum‹ und ›Peripherie‹ aufkommen zu lassen. Dazu bedarf es Stätten der Begegnung – ob in der Platzgestaltung, in Wohnungsanlagen, in Stadtteilzentren, in Form

von Elterncafés oder in gemeinsamen Veranstaltungen von Bürgerhäusern, Kultureinrichtungen, Vereinen oder Kleinkunstabühnen. Als Instrument eines niedrigschwelligen Zugangs zur Verwendung der deutschen Sprache und um ›Sprachlosigkeit‹ zu überbrücken, können auch mehrsprachige Angebote sinnvoll sein.

Ziel 25 Bestehende Strukturen nutzen und fördern

Die Stadtteile Frankfurts, vertreten durch die gewählten Ortsbeiräte, sind der erste politische Bezugspunkt unserer Bürgerinnen und Bürger. Das Engagement in politischen Parteien, Verbänden und Vereinen oder einfach in der Nachbarschaft steht allen offen, unabhängig von Nationalität, Herkunft oder Aufenthaltsdauer. Auch Migrantenorganisationen und Kulturvereine haben eine wichtige Brückenfunktion, wenn sie Anschluss finden an Netzwerke anderer Menschen im Stadtteil: Das Festhalten an Gewohntem stabilisiert und erleichtert den Umgang mit Fremdem. Umgekehrt wird sich das, was einem bislang vertraut war, im Laufe der Zeit und durch Begegnung verändern und um neue Aspekte erweitern.

Die Stadtteile sind das Umfeld von Bildungseinrichtungen und karitativen Institutionen, ein organisatorischer Bezugspunkt von privatem Engagement, von Vereinen, Bürgerinitiativen, Vereinigungen von Unternehmen, Hausbesitzern, von religiösen Gemeinden und ehrenamtlichem wie professionellem Engagement, z. B. von Wohlfahrtsverbänden und freien Trägern. Die privat übernommene Verantwortung und die persönlichen Netzwerke sind ein besonderer Reichtum Frankfurts und ein Erfahrungsschatz, den Politik und Verwaltung nutzen und fördern sollen.

Die Stadt Frankfurt betont und fördert die Bedeutung und Verantwortung von lokalen Initiativen. Vielfalt soll auch in der unmittelbaren Nachbarschaft grundsätzlich als ein Vorteil und als eine Bereicherung wahrgenommen werden. Dabei hilft es, wenn Vereine, Vereinsringe und Initiativen neue und andere Mitglieder aufnehmen oder verstärkt zusammenarbeiten. Dies erfordert von öffentlicher Seite eine Beratung in der Neuausrichtung von Strukturen, bei der Ansprache neuer Gruppen, der Umstellung von Abläufen und Angeboten sowie ggf. eine veränderte Förder- und Informationspolitik. Dies erfordert

umgekehrt die zu fordernde und zu fördernde Bereitschaft von Zielgruppen, von solchen Angeboten Gebrauch zu machen und an Initiativen teilzunehmen.

Veränderungen ernst nehmen

Ziel 26

Frankfurt ist eine Stadt der kleinen Wege und hat auch auf dem eigenen Stadtgebiet oft den Charakter einer Wegekreuzung. Nicht nur unser kulturelles Erbe und das architektonische Stadtbild sind international, auch in der engsten Nachbarschaft pflegen unsere Bürgerinnen und Bürger Beziehungen in andere Regionen und Länder. Frankfurt vereint in sich den Charakter einer Weltstadt mit kleinstädtischem Flair.

Die Frankfurter Stadtviertel haben ihre je eigene Geschichte. Diese Geschichte geht weiter: In einer vielschichtigen Wechselwirkung verändern wirtschaftlicher Wandel und die Arbeitsplatzsituation, neues Stilempfinden, Trends und Infrastrukturmaßnahmen, Zu- und Wegzüge sowie das Bevölkerungswachstum die Frankfurter Stadtviertel. Das enge Miteinander einer internationalen, hektischen Metropole mit einer typischen Skyline und einem ruhigeren Leben in unterschiedlichen Stadtteilen ist eine Besonderheit Frankfurts und bietet nicht zuletzt vielen unterschiedlichen Menschen unmittelbare Bezugspunkte, sich in unserer Stadt dauerhaft zuhause zu fühlen.

Veränderungsprozesse in den Frankfurter Stadtteilen werden erfasst, analysiert und begleitet. Die Kleinräumigkeit unserer Stadt kann dabei integrationspolitisch genutzt werden. Ein negatives ›Image‹ von Stadtvierteln kann eine eigene schlechte Dynamik auslösen. Dem soll durch Infrastrukturmaßnahmen, Projekte und verstärkte Öffentlichkeitsarbeit entgegengewirkt werden.

2.1.5 Das Ziel: eine lebendige Stadtgesellschaft

Grundlage kommunaler Integrationspolitik ist das Selbstverständnis, eine besondere Stadt zu sein, die sich von anderen Orten im In- und Ausland unterscheidet. Frankfurt soll eine solidarische vielfältige Stadtgemeinschaft sein, die schneller als andere in der Lage ist, über Unterschiede hinweg ein Ganzes herzustellen und besser auf Veränderungen zu reagieren, die auf uns alle zukommen.

Ziel von Integration ist nicht nur ein gutes Zusammenleben, sondern auch, die eigene Gesellschaft und die Welt besser verstehen zu lernen. Uns allen wird die Einsicht abverlangt, dass in einer sich stets verändernden Welt auch unsere Stadt Veränderungen unterliegt.

Ziel 27 Menschen zum Bleiben bewegen

Frankfurt befindet sich in einem unaufhaltbaren demographischen Wandlungsprozess. In den kommenden Jahren wird sich die Zusammensetzung der Stadtbevölkerung weiter diversifizieren. Der Anteil der Frankfurter, die eine Migrationsgeschichte haben, wird weiter zunehmen. Als alternde und schrumpfende Gesellschaft wird Deutschland in Zukunft auf Zuwanderung angewiesen sein. Wenn die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre in den Jahren nach 2020/30 aus dem Berufsleben ausscheiden werden, wird eine andere, zahlenmäßig kleinere Generation nachrücken mit vielen Migrantinnen und Migranten der zweiten und dritten Generation. Die Kinder unserer ›bunt gemischten Schulklassen‹ werden die Führungskräfte von übermorgen sein. Der ›Generationenvertrag‹ unserer Gesellschaft umfasst heute unterschiedlichere Gruppen als früher.

Abweichend von dem bundesweiten Trend ist Frankfurt auch in der mittelfristigen Prognose eine eher ›junge‹ und wachsende Stadt. Wie schon zu früheren Zeiten unserer Stadtgeschichte ist dies in erster Linie eine Folge von Zuwanderung und unserer Situation als einer im internationalen Städtewettbewerb erfolgreichen Metropole. Frankfurt ist jedoch keine Stadt mit einer Vielzahl junger Familien – 12 % der Haushalte sind Paare mit Kindern – und ist zugleich von hoher Fluktuation geprägt: Rund die Hälfte unserer Bevölkerung lebt seit weniger als 15 Jahren in Frankfurt. Im gleichen Zeitraum erreicht die Zahl der Zu- und Wegzüge die Zahl der Stadtbevölkerung, die sich auf diese Weise statistisch einmal austauscht. Für die kommunale Integrationspolitik, aber auch für Arbeitgeber, für Vereine und viele persönliche Beziehungen bedeutet dieser ständige Wechsel eine Belastung.

Es ist Ziel Frankfurter Politik, Menschen zum Bleiben zu bewegen und Abwanderung zu verhindern, ob junge Familien, Studierende, Auszubildende oder Menschen, die nur für einen Lebensabschnitt nach Frankfurt kommen. Die Stadt Frankfurt soll auch denen eine Heimstätte sein, die andernorts verfolgt werden und daher Asyl erhalten. Es gilt anzuerken-

nen, dass sich mit wechselnden Rahmenbedingungen auch Gesellschaften verändern. Dies wird in Frankfurt wahrscheinlich zu einer weiter zunehmenden Vielfalt führen, die uns alle immer wieder vor neue Situationen stellen wird, die jedoch durch viele Anknüpfungspunkte auch selbst integrativ wirken kann. Sie ist daher als Ressource der Stadtentwicklung zu sehen und zu nutzen.

Vielschichtigkeit anerkennen

Zu unserem Alltag als Stadt gehört die Erkenntnis, dass im Prozess einer fortschreitenden Integration neue Einwohner nicht nur Traditionen und Lebensweisen der bestehenden Stadtgesellschaft annehmen, sondern auch selbst durch ihre Erfahrungen und Eigenarten zur Weiterentwicklung der Stadtkultur beitragen. Unsere Stadt ist ein Lebensmittelpunkt, aber nicht der einzige Bezugspunkt der Menschen, die hier wohnen, für nicht wenige auch nicht die einzige Heimat. Viele Einwohnerinnen und Einwohner haben Familie in anderen Ländern und teilen ihre Zeit zwischen mehreren Orten auf. Zunehmend haben Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt mehrere Staatsangehörigkeiten. Durch binationale Eheschließungen und das Staatsbürgerschaftsrecht gibt es auch innerhalb ein und derselben Familie zunehmend verschiedene Nationalitäten.

Vielfältige Lebenswege und Beziehungen wirken im Alltag unserer Stadt aufeinander ein. Menschen stellen sich je unterschiedlich auf sie ein, beeinflussen einander: Wir alle verändern uns neben- und miteinander. Bei genauerem, vorurteilsfreiem Hinsehen oder in Folge von Begegnungen werden wir bemerken, dass es anderen, die uns zunächst fremd schienen, auf ihre eigene Weise vielleicht durchaus ähnlich geht wie uns selbst. Was die verbindlichen Grundlagen unseres Miteinanders und die geltende Rechtslage anbelangt, wird die Stadt Frankfurt keine Grauzonen zulassen. Gleichwohl wird unser Miteinander sowie bereits die Vielzahl rechtlicher und sozialer Lagen immer wieder zu Situationen führen, die nicht so gleich eindeutig einzuschätzen sind und daher einer genauen Einzelfallprüfung bedürfen, an deren Ende vielleicht nur eine pragmatische Übergangslösung gefunden werden kann.

Ziel 28

Alle Einwohnerinnen und Einwohner sollen Frankfurt als den Ort erleben, an dem sie zuhause sind. Aber wir alle haben zugleich anzuerkennen, dass es auch andere Bindungen und Zugehörigkeitsgefühle gibt, aufgrund familiärer Beziehungen, durch Freundschaften, als Folge eines beruflichen Lebenswegs, eines religiösen Bekenntnisses oder privater Interessen. Im vielfältigen Alltag einer lebendigen Metropole finden wir in vielen Bereichen ein ›Sowohl-als-auch‹ – und zunehmend empfinden auch einzelne Bürgerinnen und Bürger so. Die vielfachen und zum Teil engen Bezüge unserer Nachbarn in alle Welt sollen für unsere Stadt und für unser gemeinsames Selbstverständnis als Frankfurterinnen und Frankfurter produktiv werden können.

2.2 Leitlinien von Integrationspolitik

Unser Ziel ist eine demokratische Gesellschaft, die niemanden diskriminiert und in der sich niemand abschottet. Für unser Miteinander gibt es klare Grundlagen gleicher Rechte und Pflichten, über die alle informiert sein müssen.

Integrationspolitik ist als Querschnittsaufgabe eine der Kernaufgaben unserer Stadtentwicklung. Integrationspo-

litik ist dabei weder eine ›Ausländerpolitik‹ noch eine ›Problempolitik‹. Es geht auch nicht um die ›Liebe zu Ausländern‹ oder zueinander, sondern einfach um unser gutes Zusammenleben mit allen Gemeinsamkeiten und Unterschieden, ›Ecken und Kanten‹ – bei Gleichberechtigung und Chancengleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger.

2.2.1 Diversitätsmanagement und Antidiskriminierung

Die Wertschätzung des Einzelnen ist eine lange und besondere europäische Tradition, oft von religiösen, später von sozialen und ethnischen Minderheiten angestoßen. Jede und jeder soll in dieser Stadt nicht nur Anerkennung erfahren, sondern auch andere anerkennen sowie die gemeinsamen Regeln unseres Zusammenlebens.

Niemand soll benachteiligt werden. Deswegen müssen wir manchen Menschen besondere Hilfen anbieten und Angebote für eine unterschiedliche Bevölkerung so gestalten, dass sie tatsächlich genutzt werden können. Dabei ist die öffentliche Verwaltung nicht der einzige Akteur, steht jedoch in besonderer Verantwortung und soll anderen als Vorbild dienen.

dass möglichst viele Menschen sie gleichermaßen nutzen können. Andererseits kann es im Sinne einer echten Politik der Gleichberechtigung aber auch geboten sein, die Menschen entsprechend ihrer Verschiedenheit unterschiedlich zu betreuen und ihnen dementsprechend einen passenderen Zugang zu eröffnen. Das Ziel ist dabei nicht eine Zunahme besonderer Einzelmaßnahmen, sondern in erster Linie eine strukturelle Öffnung regulärer Angebote.

Nicht nur die städtische Politik und Verwaltung haben sich im Sinne der Chancengleichheit und eines effektiveren Handelns auf einen systematischen Diversitätsansatz zu verständigen. Die Stadt Frankfurt wird auch ihren städtischen Partnern gegenüber die Grundsätze und Vorgehensweise dieses Konzepts vermitteln, um neben einer genaueren Zuwendung zugleich die gemeinsame Umsetzung zu fördern. In diesem Sinne ist den unterschiedlichen Gruppen der Zugang zu unseren Einrichtungen zu erleichtern und insbesondere die Partizipation selten beteiligter Gruppen zu erhöhen. Diese Prinzipien – sowie die Möglichkeiten und die Bereitschaft unterschiedlicher Zielgruppen zur Partizipation – sollen auch als Förderkriterien und als Grundlage städtischer Kooperationen Anwendung finden.

Ziel 29 Mit Vielfalt professionell umgehen

In einer kleinteiligen Stadt mit vielen wechselnden Trends und Subkulturen, mit einer hohen Binnenmobilität und einer in Biographie und Lebensweise unterschiedlichen Bevölkerung wäre es von vornherein unrealistisch, Gemeinsamkeiten unter der Perspektive einer ›monokulturellen‹ Gesellschaft fördern zu wollen, weil dabei die über lange Zeiträume gewachsene Vielfalt übersehen würde.

Diversitätsmanagement arbeitet im Spannungsverhältnis, dass alle gleichberechtigt und gerade deswegen einige differenziert zu behandeln sind. Die grundlegenden Ziele von Chancengleichheit und Gleichberechtigung erfordern es, bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben jeweils zu prüfen, wie den unterschiedlichen Bedürfnissen und dem Gemeinwohl einer vielfältigen Bürgerschaft am besten entsprochen werden kann. Wir haben unsere Strukturen und Angebote so zu gestalten,

Bürgerkontakt ausweiten

Die überwiegende Zahl öffentlicher Dienstleistungen, z. B. die gesamte alltägliche Daseinsfürsorge, wird von den Kommunen erbracht. Zur Kundenorientierung der öffentlichen Dienste gehört die Kenntnis sowohl der realen sozialen Vielfalt wie auch der Möglichkeiten, mit diesen Unterschieden konstruktiv umzugehen.

Ziel 30

Wir haben daher nicht nur darauf zu achten, dass diese Angebote wirklich alle Bürgerinnen und Bürger erreichen, sondern sollten die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt schon bei der Gestaltung von Maßnahmen beteiligen, damit Produkte, Strukturen und Prozesse so niedrigschwellig wie möglich wahrgenommen werden können. Dazu gehört es auch, Fremdsprachenkenntnisse von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu fördern und zu nutzen, wenn dadurch Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern effizienter behandelt werden können. Dies gilt nicht nur für dringende Hilfeersuchen in Konfliktfällen oder sozialen Notlagen, sondern auch beim regelmäßigen Kundenkontakt.

Die Stadt Frankfurt erweitert auf allen Politikfeldern den Kreis der Beteiligten und gewinnt in der Kooperation mit der städtischen Öffentlichkeit neue Partner. Politik und Verwaltung gehen auf Menschen, die bislang schwer zu erreichen waren, oder auf Gruppen, die unbeteiligt oder gar abgeschottet erscheinen, auf eine ansprechende Weise zu. Politik und Verwaltung werden in Zusammenarbeit mit den Institutionen Maßnahmen und Möglichkeiten anbieten, die zu einer höheren Vertrauensbildung und Identifikation mit unserer Stadt beitragen.

Ziel 31 Gleichberechtigte Teilhabe sicherstellen

Nach nationalem und europäischem Recht haben öffentliche Stellen heute auch eine Verantwortung für den Schutz vor Diskriminierung in privaten Lebensbereichen. Nicht nur in öffentlichen Bildungseinrichtungen und städtischen Behörden wollen wir Gleichbehandlung sicherstellen; wir wollen auch dazu beitragen, dass im Arbeitsumfeld, bei der Wohnungssuche und in der Nachbarschaft, bei Gesundheits- und Dienstleistungen oder auch in der gewünschten Freizeitbeschäftigung niemand Benachteiligung ausgesetzt ist. Dabei ist nicht nur offen auftretendem Rassismus, Antisemitismus oder herabwürdigenden Äußerungen entgegenzutreten. Es ist außerdem zu beachten, dass auch formale Schwierigkeiten und Anforderungen, Öffnungszeiten, finanzielle Hürden oder Fristenregelungen benachteiligend und ausgrenzend wirken können. Ein Poster aufzuhängen oder einen Prospekt auszulegen, reicht oft nicht. Was einigen nebensächlich erscheinen mag, ist für andere ein Hindernis, über das sie nicht zu sprechen wagen. Nicht alle können

muttersprachlich gewandt die Leitung einer Versammlung übernehmen, ein Protokoll führen oder eine Beschwerde formulieren. Wir haben uns alle auf einander einzustellen und auch Gewohntes und Bewährtes unserem Miteinander so anzupassen, das jede und jeder mitmachen kann.

Die Stadt Frankfurt hat bereits im Jahr 2003, noch vor der Bundesgesetzgebung, eine Antidiskriminierungsrichtlinie verabschiedet und eine Antidiskriminierungsstelle eingerichtet: Beschäftigte und Nutzer öffentlicher Dienstleistungen haben ein fundamentales Recht auf Nicht-Diskriminierung. Der Abbau bestehender Vorurteile und die Aufgabe, Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, dass Vielfalt uns alle voranbringt, ist ein langer Prozess, der gemeinsam mit allen Beteiligten von verschiedenen Seiten aus begleitet werden muss. Vernetzungspolitik zielt darauf ab, möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern durch persönliche Begegnung eine bessere Einschätzung ihnen unbekannter Menschen und Milieus zu ermöglichen – z. B. auch bei Übergangsempfehlungen im Schulbereich bzw. bei der Beurteilung von Bewerbungen – oder durch gemischte Teams Diskriminierungen strukturell entgegenzuwirken.

Die städtischen Ämter und Betriebe sollen in geeigneter Weise für unterschiedliche Formen von Diskriminierung sensibilisiert werden. Selbsthilfepotenziale der Bürgerinnen und Bürger sind zu fördern. Durch bessere Angebote und Vernetzung von Beratungsstellen sollen Betroffene schnell und kompetent durch eine mit einem entsprechenden institutionellen Mandat ausgestattete städtische Antidiskriminierungsstelle unterstützt werden. Diese soll zugleich Fälle dokumentieren, einordnen und jährlich berichten.

2.2.2 Vernetzung und Beteiligung

Integrationspolitik beruht zu großen Teilen auf Überzeugungsarbeit: dass es sich auszahlt, sich zu engagieren, dass es sich lohnt, das eigene Verhalten zu überprüfen, dass es nützt, bestehende Strukturen zu verändern.

Für unser Zusammenleben in Frankfurt brauchen wir gemeinsame Bezugspunkte und Beziehungen, Anlässe und Mittel, die es ermöglichen, unsere Bevölkerung als ein Gan-

zes, aber auch in ihren Verschiedenheiten wahrzunehmen und zu verstehen.

Nicht nur das komplexe soziale Geflecht unserer Stadt, auch die Vielzahl öffentlicher Angebote und privater Initiativen sind schwer zu überblicken. Durch ständige Kooperation und Vernetzung sollen Maßnahmen stärker auf tatsächliche Bedürfnisse wie auch aufeinander ausgerichtet werden.

Einsatzes neuer Kommunikationsmedien sollen auch die Menschen informiert und zusammengebracht werden, die sich durch ihr Berufsleben, andere Verpflichtungen oder durch eingeschränkte Bewegungsmöglichkeiten daran gehindert sehen, an Veranstaltungen teilzunehmen. Auf »vielfalt-bewegt-frankfurt.de« können neue Möglichkeiten für eine vermehrte Bürgerbeteiligung über das Internet geschaffen werden: als aktuelle Informationsquelle wie auch als Möglichkeit zur schnellen gegenseitigen Vernetzung.

Ziel 32 Information und Begegnung erhöhen

Die Qualität unseres Zusammenlebens entscheidet sich für viele Bürgerinnen und Bürger im alltäglichen Umgang miteinander und beim Kontakt mit städtischen Stellen. Die Förderung von Eigeninitiative vor Ort und der Beteiligung an Entscheidungsfindungen setzt ein transparentes und zugleich ein auf solche Beteiligung ausgerichtetes Handeln der Verwaltung voraus – aber auch eine über Sachverhalte und Möglichkeiten gut informierte Öffentlichkeit. Dies erfordert nicht zuletzt eine angemessene politische Bildung, die Vertrautheit mit Grundlagen und Abläufen unserer Demokratie sowie mit den Zielen und dem jeweiligen Umsetzungsstand dieses Konzepts.

Selbst regelmäßige und leicht zugängliche Informationen über gesellschaftliche Entwicklungen und kommunalpolitische Maßnahmen können häufige persönliche Kontakte der in Frankfurt lebenden verschiedenen Bürgerinnen, Bürger und Gruppen nicht ersetzen. Erst sie setzen uns dazu instand, Situationen und gegenseitiges Verhalten genauer einzuschätzen, Handlungsbedarf zu erkennen, zu berichten oder auch Dinge eigenverantwortlich zu regeln. Eine solche engere Zusammenarbeit sollte sich nicht nur auf persönliche Kontakte und kleine Initiativen in der Nachbarschaft erstrecken, sondern auch auf die Kooperation mit Fachleuten verschiedener Institutionen und der Stadtverwaltung. Ziel von Integrationspolitik ist ein besser informiertes und abgestimmtes Arbeiten auf den verschiedenen Ebenen unseres Miteinanders sowie öffentlicher Dienstleistungen.

Die Stadt Frankfurt fördert Anlässe und schafft Räume für Kontakte und regelmäßige Begegnungen. Zugleich soll der Zugang zu Informationen erleichtert und auch der Bekanntheitsgrad geltender Richtlinien und Gesetze erhöht werden. Wir wollen Kooperationen und Kontakte in den Stadtteilen und zwischen einzelnen Vierteln fördern. Mit Hilfe des

Gemeinsamkeiten betonen

Gemeinsame Kommunikation trägt nicht nur dazu bei, sachgerechter zu handeln, Probleme eher zu bereinigen und Situationen besser anzugehen. Sie hilft Menschen sowohl dabei, sich selbst zu verorten und zu organisieren, als auch gemeinsame Erfahrungen und Interessen zu erkennen und zusammen zu handeln. Wir wollen allen Gruppen gleichermaßen Repräsentation und Partizipation ermöglichen. So können am ehesten soziale Schranken, Vorurteile und mangelndes Vertrauen zu einander überwunden werden.

Integrationspolitik hat auch darauf zu setzen, dass in Nachbarschaften und in Institutionen gemeinsame Anliegen und Bezugspunkte erkannt und zur Grundlage des Zusammenlebens bzw. der Kooperation werden und solche Beziehungen zu einem größeren Verständnis füreinander führen. Wir sind alle aufeinander angewiesen.

Wir wollen verstärkt übergreifende Themen finden, zur Diskussion stellen und zum Anlass für Treffen machen, die verschiedene Gruppen und Menschen gleichermaßen betreffen und so ihr Engagement herausfordern. Die Stadt Frankfurt wird die Anerkennung der gesellschaftlichen Vielfalt in demokratischer Weise auch bei der Auswahl von Kooperationspartnern sowie in der qualifizierten Zusammensetzung städtischer Gremien, Kommissionen und Jurys spiegeln. Auch bei privaten Netzwerken in den Stadtteilen sollten gemeinsame Repräsentation und Entscheidungsfindung unterschiedlicher Gruppen unterstützt werden.

Ziel 33

Ziel 34 Konflikte verhindern und nutzen

Allgemeiner Konsens ist im Miteinander von Menschen die Ausnahme. Auch innerhalb von scheinbar homogenen Gruppen gibt es immer wieder Kontroversen: Konflikte gehören zu jedem Miteinander und sind in einer großen Spannweite zu beobachten, von einfachen Missverständnissen bei Begegnungen bis hin zu handfesten Interessen und Verteilungskonflikten im politischen Raum. Sowohl in der Beurteilung einer Situation oder von Kompetenzen wie auch bei der Durchsetzung von Entscheidungen können Konflikte entstehen. Oft haben selbst schwerwiegende Konflikte einfache oder sogar banale Ursachen, bisweilen sind mangelnde Informiertheit oder Vorurteile ein Grund. Konflikte müssen nicht notwendigerweise destruktiv wirken, sondern dienen der Klärung von Sachverhalten oder unterschiedlichen Sichtweisen und führen oft auch zu einem guten dauerhaften Ergebnis.

Durch eine Politik der Antidiskriminierung, die Beteiligung vieler Menschen und häufige Begegnungen lässt sich Konflikten vorbeugen oder entstehendes Konfliktpotenzial früher erkennen. Sofern die öffentliche Verwaltung in ihrer Regularbeit oder in besonderen Situationen mit Interessenausgleich befasst ist, hat sie mit Blick auf das Gemeinwohl stets auch Zielkonflikte und die Wertigkeit verschiedener Rechtsgüter abzuwägen.

Die gut vernetzte Präventions- und Mediationsarbeit, insbesondere in den Frankfurter Stadtteilen, wird unterstützt und soll dazu beitragen, in Spannungen die sachliche Dimension von der emotionalen zu trennen und Konflikte handhabbar zu machen. Jede und jeder ist aufgefordert, durch ein offenes und zuvorkommendes Verhalten Missverständnissen vorzubeugen. Alle Bürgerinnen und Bürger sind gefordert, durch frühzeitige und transparente Information denen entgegenzutreten, die Gerüchte streuen oder Ängste schüren. Im Konfliktfall werden von allen Beteiligten klare Worte, ein verständnisvoller, fairer Umgang miteinander und eine sachliche Begründung bzw. vollständige Klärung gegenseitiger Vorwürfe erwartet.

3. Eine Querschnittsaufgabe für ganz Frankfurt

Dieses Konzept ist als strategischer Gesamtrahmen für die Arbeit von Politik und Verwaltung und für die Kooperation und Vernetzung mit Freien Trägern, Verbänden, Vereinen und bürgerschaftlichen Initiativen gedacht. Darüber hinaus gibt es Anstöße und Anregungen für den Dialog mit der Öffentlichkeit.

In Frankfurt konnte in den vergangenen Jahrzehnten eine differenzierte Netzwerkstruktur aufgebaut werden. Damit existiert eine gute und ausbaufähige Grundlage für vielfältige Kooperationen und neue Handlungsansätze.

Wichtige Mittel von Integrationspolitik als Politik von Vielfalt und Vernetzung sind nicht nur gute, dauerhafte Beziehungen von Menschen, sondern eine Ausrichtung der Arbeit von Fachleuten und Initiativen auf gemeinsame Ziele und eine entsprechend abgestimmte Umsetzung.

Ziel dieses Konzepts ist eine strategisch orientierte und vernetzte kommunale Integrationspolitik mit mehr Verbindlichkeit, Kohärenz und Systematik der Arbeit und Zusammenarbeit.

Diversitätsmanagement einführen

Integrationspolitik in Frankfurt hat von der gewachsenen Vielfalt in der Bevölkerung auszugehen. Vielfalt darf nicht nur als unerwünschte Komplikation angesehen werden. Wenn sie stattdessen zusätzlichen Nutzen bringen soll, sind Unterschiede zum gemeinsamen Besten fruchtbar zu machen. Eine offene Gesellschaft, die auf der Grundlage unserer Rechtsordnung einzelne Bevölkerungsgruppen nicht als anzupassende Minderheiten, sondern als Teilhabende betrachtet und ihnen eine Vielzahl geeigneter Anknüpfungspunkte bietet sowie Möglichkeiten einräumt, fördert am ehesten den sozialen Zusammenhalt und Gemeinsinn.

Ziel von ›Diversitätsmanagement‹ ist es daher, Unterschiede ernst zu nehmen und produktiv aufzugreifen. Effizientes Diversitätsmanagement ist dabei weder als Zusatzaspekt zu bisherigen Abläufen zu begreifen noch einfach durch ergänzende Maßnahmen umzusetzen, sondern soll als integraler Bestandteil von Aufgabenbeschreibung und Aufgabenerfüllung an jedem Arbeitsplatz unserer Stadtverwaltung wirksam werden. Dem öffentlichen Dienst kommt in Organisation, Tätigkeit, Personalentwicklung und Kooperationen eine Vorbildrolle zu.

Kooperationen ausbauen

Die Vielfalt der Bevölkerung ist in Frankfurt über das gesamte Stadtgebiet verteilt. In einzelnen Stadtteilen und Quartieren bestehen dabei je besondere Verhältnisse. Überall unterscheiden sich Menschen nicht nur nach Herkunft oder Sprache, sondern ebenso in ihrem sozialen Status, Berufsleben, Alter, Geschlecht und in ihrer sexuellen Orientierung. Menschen verändern sich mit ihren Überzeugungen und gewählten Lebensformen, und mit ihnen verändern sich unser Zusammenleben und wir selbst.

Gleichbehandlung ist daher nicht einfach durch zentrale, einheitliche Angebote zu gewährleisten, sondern ist auch durch strukturelle Änderungen, aufsuchende Arbeit oder besondere Zugänge zu ermöglichen. Dazu bedarf es ergänzend zur Arbeit des öffentlichen Dienstes der besonderen Arbeitsweise, der Kontakte und auch des Fachwissens von Wohlfahrtsverbänden und Freien Trägern oder Stiftungen sowie der Arbeit von Multiplikatoren an vielen Stellen der Gesellschaft, z. B. in Eltern-, Mieter-, Eigentümer- und Belegschaftsversammlungen, in Vereinen und Vereinsringen und Gemeinden. Fachleute sowie Bürgerinnen und Bürger haben die unterschiedlichen Fähigkeiten der anderen zu berücksichtigen, Stärken zu nutzen und Schwächen auszugleichen.

Menschen und Organisationen vernetzen

Unterschiede ernst zu nehmen, heißt auch, unterschiedliche Kompetenzen anzuerkennen und bei allen Formen der Zusammenarbeit, ob in einer Arbeitsgruppe oder im Elternbeirat einer Schule, die Fähigkeiten anderer zu sehen und zu nutzen. Integrationspolitik fördert den Austausch fachlicher Meinungen oder persönlicher Ansichten, den Ausgleich unterschiedlicher Vorstellungen und Interessen.

In einer Zusammenarbeit werden natürlich eher Meinungsunterschiede deutlich als bei einer Trennung von Aufgaben. Im Zusammenleben entstehen eher Konflikte als bei getrennten Lebenswelten. Doppeltes oder isoliertes Arbeiten ist indes nicht erstrebenswert. ›Parallelgesellschaften‹ in unterschiedlichen Vierteln widersprechen unserer Vorstellung von städtischer Gemeinschaft. Es ist wichtig, andere Sichtweisen und Fähigkeiten kennenzulernen, zu verstehen, zusammenzuführen und zu nutzen, wenn Teilhabe und Integration gelingen sollen.

3.1. Umsetzung auf mehreren Ebenen

Als Querschnittsaufgabe hat Integrationspolitik auf verschiedenen Ebenen anzusetzen: In Stadtpolitik und öffentlicher Verwaltung sind auf der Grundlage dieses Konzepts mittelfristige und jährliche Ziele und Prioritäten abzustimmen sowie zur Erreichung dieser Ziele koordinierte Abläufe sicherzustellen.

Bei Fördermaßnahmen und in der Vergabe öffentlicher Mittel – auch von Landes- und Bundesmitteln – an Auf-

tragnehmer bedarf es darüber hinaus an vielen Stellen einheitlicher Zielbeschreibungen und Bewertungskriterien. Partner von Integrationspolitik sind die Stadtöffentlichkeit, viele Initiativen, unsere Nachbarschaften und jede und jeder Einzelne.

3.1.1 Diversitätsmanagement als stadtweites Querschnittsthema

Integrationspolitik zielt über Einzelprojekte und Modellvorhaben hinaus auf eine gemeinsame und genauere Ausrichtung der Regeldienste auf die tatsächliche Vielfalt der Stadtbevölkerung.

Grundlage des Verwaltungshandelns – auch gegenüber Kooperationspartnern – sollen klare Zielbeschreibungen der Stadtpolitik sein, aus denen sich Kriterien für Arbeit, Zusammenarbeit und Förderung sowie Jahresziele und Zwischenergebnisse ableiten lassen.

Alle städtischen Stellen werden über Grundsätze und Ziele dieses Konzepts informiert, um auf ihrer Grundlage in Projektgruppen – und in Kooperation Maßnahmen abzustimmen und zu operationalisieren. Dabei sollen zugleich Aussagen über erforderliche Ressourcen getroffen werden. Es soll außerdem dargestellt werden, wie durch Vernetzung bessere Ergebnisse und ein besserer Mitteleinsatz erzielt werden können. Die Leitlinien dieses Konzepts sollen auch bei der Umsetzung städtischer Maßnahmen, bei der Förderung Dritter und bei drittfinanzierten Modellprojekten berücksichtigt werden.

Ziel 35 Abgestimmte Handlungspläne erarbeiten

Dieses Konzept bildet den Rahmen für eine stadtweite Umsetzung von integrations- und diversitätspolitischen Maßnahmen. Wir benötigen außerdem und auf dieser Grundlage aufeinander abgestimmte Handlungsansätze der Fachverwaltungen, eine Verständigung über Ressourcen und zeitweilige Prioritäten. Das Fachwissen der jeweiligen Ressorts ist dabei genauso unabdingbar wie deren spezifische Praxiserfahrungen.

Abgestimmte Handlungspläne können daher nur als ressort- und institutionenübergreifende Gemeinschaftsaufgabe regelmäßig formuliert werden. Für die öffentliche und politische Verständigung darüber, was getan werden soll, sollten im interdisziplinären Dialog der Fachrichtungen und der Stadtgesellschaft abgestimmte Entscheidungsvorlagen und, wo möglich, auch gemeinsame Umsetzungsberichte erarbeitet werden. Dabei sollten, im Sinne einer genaueren Überprüfung von Handlungszielen, diese (soweit möglich und sinnvoll) auch quantifizierbar gemacht werden.

Kriterien für Kooperation und Förderung standardisieren

Ziel 36

Schon heute ist die Frankfurter Stadtverwaltung nicht der einzige Akteur im Bereich integrationspolitischer Maßnahmen. Viele Initiativen engagieren sich, teils ehrenamtlich, teils mit öffentlichen oder mit privaten Mitteln. Auch in der Stadtverwaltung verteilen sich Zuständigkeiten und Haushaltsmittel auf verschiedene Dienststellen, die neben ihrer Regalarbeit auch vertiefende Studien in Auftrag geben oder Modellprojekte in Gang bringen. Auch private Initiativen unterscheiden sich in ihrer Ausrichtung und verfolgen je unterschiedliche Ziele.

Die Arbeitsteilung der öffentlichen Verwaltung entsprechend unterschiedlicher Sachzusammenhänge kann sinnvoll sein, macht aber eine ständige Abstimmung erforderlich. Alle Dienststellen können Nutzen aus der Zusammenarbeit mit privaten Initiativen und ihren unterschiedlichen Sichtweisen und Arbeitsweisen ziehen. Auch eine Abstimmung über solche Kooperationen ist jedoch sinnvoll. Auch dort, wo keine öffentlichen Gelder an

Auftragnehmer oder Geförderte direkt verausgabt werden, ist eine klare Zielsetzung im Sinne dieses Konzepts sowie eine systematische und effiziente Aufgabenteilung wünschenswert, die der Rollenverteilung zwischen öffentlichem Dienst und privaten Einrichtungen entspricht.

Die Abstimmung verschiedener Dienststellen untereinander, der Austausch und die Herausgabe von Informationen über Kooperationen, Förderungen und Projekte, werden durch das Amt für multikulturelle Angelegenheiten als koordinierendes Fachamt unterstützt. Auf der Grundlage dieses Konzeptes können in Abstimmung mit den Fachämtern und Betrieben Kriterien für Zielvereinbarungen und Förderkriterien vereinbart werden, die zugleich Definitionen von Zielerreichung und Erwartungen an ein angemessenes Berichtswesen formulieren. Bei Modellprojekten sollten von vornherein Voraussetzungen für ihre Übertragbarkeit auf andere Fälle oder für die Zwecke einer flächendeckenden Versorgung berücksichtigt werden.

le dieses Konzepts und einzelner Handlungspläne bezogen und als Entscheidungsgrundlage verwendbar ist. Bei der zielorientierten Abfrage, Auswertung und Bewertung von Angeboten und Aktivitäten und bei der Erhebung von Indikatoren und Datensätzen sind nicht nur kurzfristige oder »verwertbare« Ergebnisse, sondern auch langfristig fortzuschreibende Entwicklungen zu beachten.

In dreijährigem Turnus koordiniert und redigiert das Amt für multikulturelle Angelegenheiten eine ämterübergreifende Integrationsberichterstattung, die über erzielte Erfolge und fortbestehende Aufgaben informiert sowie ggf. auf notwendige Änderungen in Zielsetzungen und Organisation hinweist. Die Integrationsberichterstattung sollte als Entscheidungsgrundlage für die Fortschreibung oder Neufassung von Handlungsplänen dienen können. Ein jährlicher Zwischenbericht, der vom Amt für multikulturelle Angelegenheiten auf der Grundlage des Protokolls der Lenkungsrunde der Amtsleiter erstellt wird, informiert über zwischenzeitliche Zielsetzungen, Entwicklungen und möglicherweise erforderlichen Abstimmungsbedarf.

3.1.2 Abgestimmte Berichterstattung

Gesellschaftliche Veränderungen sind komplex und nicht einfach zu erfassen, zu verstehen oder gar zu beeinflussen. Dennoch sollen regelmäßige Informationen Stadtpolitik und Öffentlichkeit eine klare Einschätzung der Situation in Frankfurt ermöglichen.

Die Erhebung und die differenzierte Auswertung von Daten, das Überprüfen von Hypothesen und Arbeitsansätzen sind nicht allein Aufgabe kommunaler Verwaltung. Wichtig ist deshalb auch, stadtweit Berichte und Untersuchungen zu vereinheitlichen und die Datenerhebung mit anderen Ebenen der öffentlichen Verwaltung sowie privaten Partnern abzustimmen.

Ziel 37 In regelmäßigem Turnus berichten

Eine systematische und koordinierte Arbeitsteilung wird durch einen abgestimmten Rhythmus von Zielsetzungen, Maßnahmen und Berichterstattungen erleichtert. Städtische Vorhaben, Kooperationen und Fördermaßnahmen sind sinnvollerweise im gleichen Rhythmus auf evaluierbare Zwischenergebnisse hin anzulegen.

Im gleichen Turnus sollte eine aussagekräftige Berichterstattung erfolgen, die auf die Grundsätze und Ziele

Berichterstattung der städtischen Ämter abstimmen

Ziel 38

Eine aussagekräftige Integrationsberichterstattung ist eine komplexe gesamtstädtische Aufgabe, die sowohl in ihrer Konzeption wie auch in ihrer Umsetzung in hohem Maße einer ämterübergreifenden und interdisziplinären Zusammenarbeit bedarf. Für eine zeitnahe Berichterstattung sollte diese Kooperation kontinuierlich und parallel zur Umsetzung koordiniert werden.

In Abstimmung mit den städtischen Ämtern und Betrieben findet der Umgang mit Integration und Diversität auch in den Einzelberichterstattungen und Magistratsberichten Berücksichtigung.

Eine vom Amt für multikulturelle Angelegenheiten organisatorisch koordinierte Arbeitsgruppe begleitet mit Unterstützung der städtischen Fachämter und Betriebe eine einheitliche Konzeption, Weiterentwicklung und zentrale Dokumentation des städtischen Berichtswesens. Dies gilt auch für Kooperationen und Fördermaßnahmen. Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten ist für das stadtweite Informationsmanagement im Bereich Integration und Diversität zuständig, mit dem Ziel, Ver-

gleichbarkeit herzustellen, und dem Auftrag, auftretende Lücken zu schließen.

bei, den Datenbestand zusammenzuführen, statistische Erhebungen und Auswertungen zu verbessern und zu vereinheitlichen sowie ggf. sozialräumlich aufzubereiten.

3.1.3 Abgestimmtes Monitoring und Studien

Integration verlangt, Komplexität ernst zu nehmen und auch im Einzelfall genau hinzusehen. Gesellschaftlicher Wandel ist nicht einfach zu messen. Beobachtete Veränderungen können viele Gründe haben.

Indikatorenbezogene statistische Daten bieten eine objektive Informationsgrundlage. Statistiken sind jedoch stets differenziert auszuwerten. Daher ist ihre Ergänzung um Einzelstudien, qualitative Analysen oder sozialraumbezogene Analysen unerlässlich.

Ziel 39 Ergänzendes Monitoring einführen

Die Integrationsberichterstattung wird durch ein Integrationsmonitoring ergänzt, das anhand ausgewählter, statistisch erfassbarer Kriterien Daten zusammenführt und aufbereitet. Diese systematische Erfassung und Beobachtung setzt gemeinsame Definitionen und vergleichbare Daten voraus, die den strengen Erfordernissen des Datenschutzes genügen müssen. Einige Ämter und Einrichtungen erheben für ihre Arbeit regelmäßig selbst Daten, weitere integrationspolitisch relevante Daten werden auf Landes- oder Bundesebene erhoben.

Bereits die Erhebung von Daten zur Beobachtung von Veränderungen anhand definierter Indikatoren bedarf daher einer institutionalisierten ämterübergreifenden Kooperation, die das Spezialwissen und die technischen Möglichkeiten der jeweiligen Ressorts zusammenführt. Dies gilt erst recht für die Auswertung gewonnener Daten zur Einschätzung von Entwicklungen, möglicher Ursachen und möglichen Handlungsbedarfs. Veränderungen, z. B. beim Schulerfolg, im Gesundheitsstand, bei der Beteiligung am Erwerbsleben oder auch veränderte Wanderungsbewegungen können sehr verschiedene Ursachen haben.

Die Integrationsberichterstattung der Stadt Frankfurt wird durch ein Monitoring anhand ausgewählter Indikatoren ergänzt, das, soweit möglich und sinnvoll, die Anschlussfähigkeit zu Datensätzen von Land und Bund herstellt. Im Rahmen einer ämterübergreifenden Zusammenarbeit trägt das Amt für multikulturelle Angelegenheiten koordinierend dazu

Vertiefende Studien durchführen

Ziel 40

Ziel der Frankfurter Integrationspolitik ist es, in einem transparenten Turnus aus Zielsetzung und Umsetzungsberichterstattung zu arbeiten. Einer evaluierenden Berichterstattung, die Ziele, wo möglich und sinnvoll, zu quantifizieren versucht, wird besondere Bedeutung beigemessen. Entwicklungen in unserer durch Vielfalt geprägten Stadt können jedoch weder durch eine evaluierende Umsetzungsberichterstattung noch durch ein statistisches Integrationsmonitoring allein in der wünschenswerten Tiefe abgebildet und analysiert werden.

Je nach Zuständigkeit und Bedarf führen städtische Ämter regelmäßig und unabhängig voneinander selbst Studien durch oder geben Untersuchungen und Gutachten in Auftrag, die integrationspolitisch relevant sein können. Die zentrale Erfassung von Studien und ggf. die Zusammenfassung von Ergebnissen ist sinnvoll, um Doppelungen oder methodische Widersprüche zu vermeiden und verbleibende Dunkelfelder und offene Fragen festzustellen. Auch die Abstimmung mit privaten Partnern und Fördermittelempfängern ist sinnvoll, ebenso die regelmäßige Verständigung mit Hochschulen und Forschungsinstituten, die zu Fragen von Integration und Diversität im Rhein-Main-Gebiet arbeiten.

Die Frankfurter Fachämter und Betriebe sollten die Ziele und Grundsätze dieses gesamtstädtischen Konzepts berücksichtigen. Eine abgestimmte und nach Möglichkeit gemeinsame Konzeption kann methodisch und inhaltlich Anschlussfähigkeit sicherstellen. Unter Federführung des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten werden im Rahmen einer organisatorisch koordinierten ämterübergreifenden Zusammenarbeit Studien und Gutachten gesammelt und gemeinsam auf Vergleichbarkeit und inhaltliche Lücken hin bewertet. Als zentrales Fach- und Informationsamt zu integrationspolitischen Fragestellungen fungiert das Amt für multikulturelle Angelegenheiten zugleich als zentrale Schnittstelle zur wissenschaftlichen Arbeit des Landes und des Bundes sowie anderer Einrichtungen.

3.1.4 Stadtweiter Erfahrungsaustausch

Die Vielfalt der Frankfurter Stadtbevölkerung spiegelt sich in einer Vielzahl unterschiedlicher Blickwinkel, unter denen unser Zusammenleben insgesamt wie auch einzelne Entwicklungen, politische Entscheidungen, Maßnahmen der Verwaltung oder private Initiativen beurteilt werden können.

Es ist Ziel von Integrationspolitik, verschiedene Sichtweisen für ein besseres Verständnis des Lebens in unserer Stadt zusammenzuführen und in der Umsetzung von Maßnahmen zu nutzen. Zugleich erfüllt eine Politik der Vielfalt damit auch einen demokratischen Auftrag: Es gilt, im Sinne des Gemeinwohls einen Ausgleich herzustellen in der Gemengelage von Erfahrungen, Stimmungen und Interessen in den einzelnen Stadtteilen und bei den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen.

Ziel 41 Stadträumlichen Ansatz vermitteln

Kommunale Integrationspolitik unterscheidet sich von Ansätzen auf Landes- oder Bundesebene durch einen ausgeprägten sozialräumlichen Bezug. Das Zusammenleben in unserer großen, vielgestaltigen Stadt beurteilen viele Menschen aus der Perspektive ihnen nah vertrauter Räume: wie diese sich entwickeln, welche Nachbarn in welchen Beziehungen neben ihnen leben. Integration beruht auf Vertrauen und muss entstehenden Vorurteilen und Gerüchten entgegenwirken.

Ein häufiger Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern in den Stadtteilen soll nicht zuletzt den abstrakten Anspruch einer querschnitthaft angelegten Politik der Vielfalt und Vernetzung lebensnah erfahrbar werden lassen. Die öffentliche Verwaltung kann und sollte nicht überall oder jederzeit präsent sein. Daher bedarf es für die kleinräumigen Kontakte allgemein bekannter Anlaufstellen und bestimmter, regelmäßiger Formen.

Die Stadt Frankfurt wird in den Stadtteilen bestehende Veranstaltungs- und Teilnehmungsformen weiter intensivieren und neue Möglichkeiten, bei unterschiedlichen Gruppen Interesse zu wecken, aktiv erproben und untersuchen. In Kooperation mit dem jeweiligen Ortsbeirat sollen Stadtteilkonferenzen unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zusammenbringen, aktuelle Themen aufgreifen, die Selbstorganisation und das Zusammengehörigkeitsgefühl im Stadtteil fördern, Missverständnisse und mög-

liche Konflikte abbauen sowie Leistungen und Veränderungen positiv vermitteln.

Zentrale Veranstaltungen organisieren

Ziel 42

Größere Veranstaltungen von symbolischer Strahlkraft können unser Bewusstsein für die Ansprüche schärfen, die das Zusammenleben in Frankfurt an uns stellt, und zum Zusammengehörigkeitsgefühl in der Stadt beitragen. Dabei gilt es nicht nur, ohnehin professionell und ehrenamtlich Engagierte, sondern auch bislang weniger einbezogene Gruppen und insbesondere die jährlich vielen tausend neuen Bürgerinnen und Bürger anzusprechen, für die Vielfalt in unserer Stadt zu sensibilisieren und auf Beteiligungsmöglichkeiten hinzuweisen.

Auf zentralen Veranstaltungen kann am ehesten stadtweit ein Bewusstsein für den Zusammenhang einzelner Viertel sowie für übergreifende Themen in einer durch Vielfalt geprägten Metropole vermittelt werden. Dabei kann die breite Öffentlichkeit über öffentliche und private Angebote und Initiativen mit entsprechender Werbung und geeigneter medialer Begleitung informiert werden.

Ein jährlich vom Amt für multikulturelle Angelegenheiten veranstalteter und umfassend angelegter ›Dialogtag‹ der Stadt Frankfurt soll sich in Anhörungen, Präsentationen und öffentlichen Angeboten dem Zusammenleben in unserer Stadt widmen, die Vernetzung der beteiligten Institutionen und ihren Kontakt zur Öffentlichkeit fördern sowie das Bewusstsein für Zusammenhänge und wechselseitige Abhängigkeiten in unserer Stadt stärken. Vertreterinnen und Vertreter von Politik und Verwaltung, die Freien Träger, Verbände, Vereine und bürgerschaftlichen Initiativen sind eingeladen, über Handlungsziele, Selbstverpflichtungen, Erfolge und Erfahrungen zu informieren.

Kooperation mit Hochschulen ausbauen

Ziel 43

Auch als Wissenschaftsstandort ist Frankfurt von der Globalisierung betroffen: Hochschulen und Forschungsinstitute befinden sich in einem weltweiten Wettbewerb und sind in internationale Netzwerke eingebunden. Die Frankfurter Hochschulen und Institute sind darüber hinaus selbst Orte, an denen eine wachsende Diversität von Mitarbeitenden, Studierenden und Lehrenden Alltag

wird. Die zahlreichen Gastwissenschaftler und Studierenden, die aus aller Welt zu uns kommen, können unser Zusammenleben bereichern und nach ihrer Rückkehr als »Botschafter« unserer Stadt positiv wirken. In Frankfurt besteht eine besondere Tradition gesellschaftswissenschaftlicher Forschung und der Beschäftigung mit Kulturen und Bildungsverläufen, deren Ergebnisse integrationspolitisch relevant sind. Zugleich bietet die besondere Situation in Frankfurt ein wichtiges Untersuchungsfeld von internationaler Relevanz.

Die Frankfurter Politik findet in ihrem näheren Umfeld nicht nur zahlreiche Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen, die sich in Forschung und Lehre mit Migration, Demographie und sozialen Veränderungen befassen. An Hochschulen für Kunst und Gestaltung wird die kreative Auseinandersetzung mit unserer Gegenwart gefördert. Auch weitere Einrichtungen, Verbände, Unternehmen und Kompetenznetzwerke beschäftigen sich mit Entwicklungen in unserer Region.

Die Zusammenarbeit mit Frankfurter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, z. B. durch gemeinsame Forschungsprojekte, Studienkollegs und die Unterstützung von Studienvorhaben, kann die Arbeit der Stadtverwaltung unterstützen. Auch in Fachkonferenzen können lokale Entwicklungen in einem internationalen Bezug bewertet und Frankfurter Erfahrungen und Erfolge der internationalen Fachöffentlichkeit vermittelt werden. Die Stadtpolitik wird darauf hinwirken, dass Frankfurter Universitäten und Institute die Zusammenarbeit mit städtischer Politik und Verwaltung in ihren internen Leistungsbeurteilungen angemessen würdigen. Wir wollen ein regionales Kompetenznetzwerk aufbauen, nutzen und fördern, das geeignet ist, die Frankfurter Stadtentwicklung sowie die Umsetzung und Weiterentwicklung dieses Konzepts beratend zu begleiten.

3.2 Arbeitsstruktur und Organisation

Ressortübergreifende Zusammenarbeit sowie eine gute Kooperation und Vernetzung sind wichtige Voraussetzungen für die erfolgreiche Arbeit aller Institutionen, Organisationen und Personen, die sich um die stadtgesellschaftliche Integration bemühen.

Die öffentliche Verwaltung ist nach Sachzuständigkeiten

gegliedert. In den einzelnen Aufgabenbereichen ist jeweils eine Vielzahl von Interessen und Sachzwängen abwägend zu berücksichtigen. Integrationspolitische Zielsetzungen sind als Querschnittsaufgabe daher bereits organisatorisch eine besondere Herausforderung.

3.2.1 Systematisierung und Verbindlichkeit

Die querschnittshafte Umsetzung integrationspolitischer Ziele in der Stadtverwaltung erfordert eine vermehrte problem- und projektbezogene Zusammenarbeit der städtischen Ämter und Betriebe.

Die Entwicklungsplanung zahlreicher Fachressorts, ob in Stadtplanung und Bauverwaltung, Sport, Bildung und Kultur, in sozialen Angelegenheiten und Wirtschaftsförderung, ob in Fragen öffentlicher Sicherheit oder in verwaltungsinternen Angelegenheiten, berührt immer auch integrationspolitische Fragestellungen.

Ziel 44 Ämterübergreifende Kooperation strukturieren

Eine frühzeitige und laufende Information und Einbeziehung des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten unterstützt seine koordinierende Querschnittsfunktion und ermöglicht ein zentrales und stadtweites Informationsmanagement in Fragen von integrationspolitischem Diversitätsmanagement.

Auf eigenen Fortbildungen und Standardisierungstreffen können die Grundsätze der städtischen Integrationspolitik erörtert, Verfahrensabläufe geklärt, weiterentwickelt und nötigenfalls formalisiert sowie Qualitätskriterien erarbeitet werden, um Doppelstrukturen zu vermeiden und um Sachkenntnisse, Ressourcen und Kontakte der städtischen Verwaltung bestmöglich zu nutzen.

Die Fachämter und Betriebe sollen vermehrt interdisziplinär und ämterübergreifend arbeiten, die Kompetenzen des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten bei allen Berichten, Angelegenheiten und Modellversuchen, die den Umgang mit Integration und Diversität betreffen, nutzen und seine Beteiligung sicherstellen. Das Amt für multikulturelle

Angelegenheiten berät in seiner Querschnittsarbeit Fortbildungsveranstaltungen und thematische Tagungen sowie den Erfahrungsaustausch der Stadtverwaltung mit anderen Einrichtungen.

Konferenz der Amtsleiterinnen und Amtsleiter nutzen

Ziel 45

Ein gemeinsamer Turnus der Zusammenarbeit mehrerer Dienststellen in abgestimmter Zielsetzung und paralleler Umsetzung setzt ein funktionierendes Informationsmanagement von Analyse, Zielsetzungen, Berichterstattung und gemeinsamen Standards voraus.

Gefordert ist insbesondere eine einvernehmliche Abstimmung auf der Ebene der Amtsleitungen. Die wechselnden und unterschiedlich häufigen persönlichen Kontakte im Alltag kann eine formale Struktur zusätzlich unterstützen.

In einer jährlichen Konferenz der Amtsleiter können strategische Ziele der einzelnen Fachämter und Betriebe, vorhandene Ressourcen, geplante und laufende Kooperationen und Fördermaßnahmen abgestimmt werden. Dabei können auch Jahresvorhaben und Berichte von Projektgruppen beraten werden, mit dem Ziel, einen gemeinsamen Jahresbericht an die Stadtverordnetenversammlung vorzubereiten. Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten leistet in Abstimmung mit den Fachämtern und Betrieben die Vor- und Nachbereitung und dokumentiert offene Fragen.

Ziel 46 Projektgruppen der Fachämter und Betriebe einrichten

Die Querschnittsarbeit von Integrationspolitik erfordert eine gemeinsame Umsetzung in vielen Einzelaspekten der täglichen Arbeit einer Stadt. Von verschiedenen Ämtern und Dienststellen vorgebrachte Aspekte sind differenziert abzuwägen. Auch die Beurteilung möglicherweise bestehender Doppelstrukturen oder sinnvoller Effizienzgewinne durch eine andere Aufgabenverteilung kann nur in Abstimmung dauerhaft erfolgreich sein.

Ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch und eine gemeinsame Konzeption und Überprüfung von Maßnahmen und Erfolgskriterien führen zu einem besseren Verständnis der jeweiligen Kompetenz und des unterschiedlichen Beitrags einzelner städtischer Stellen für eine übergreifende gemeinsame Politik der Vielfalt und Vernetzung, die auch private Initiativen strukturell einbezieht.

Handlungsfeldbezogene Projektgruppen der Stadtverwaltung sollen regelmäßig tagen und bei Bedarf externe Partner und Fachleute einbeziehen. Die strukturierte und ständige Kommunikation der verschiedenen Ämter sollte in einen kurzen Jahresbericht jeder Gruppe an die Lenkungsrunde der Amtsleiterinnen und Amtsleiter münden, der neben Erfolgen insbesondere auch offene und zu entscheidende Fragen beinhaltet. Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten übernimmt als zentrale Geschäftsstelle der Frankfurter Integrationspolitik die Koordination und führt die Berichte fachlich zusammen.

Plattform, die in Teilen auch für externe Partner und die Öffentlichkeit zugänglich sein kann (z.B. auf www.vielfalt-bewegt-frankfurt.de), soll die Kooperation und Koordination durch das Amt für multikulturelle Angelegenheiten unterstützen. Die Maßnahmen städtischer Ämter und Kooperationspartner sollen dabei zentral und einheitlich dokumentiert werden. Die fachliche Abstimmung über die Kriterien kann in der Lenkungsrunde auf Amtsleitungsebene erfolgen.

Stadtweite Breitenwirkung sicherstellen

Eine Politik der Vielfalt und Vernetzung muss sich vor allem im Alltag auswirken. Nicht nur von den Fachleuten, die an Arbeitsgruppen teilnehmen, sondern von jeder und jedem Einzelnen in der öffentlichen Verwaltung ist ein Verständnis verlangt für die besondere Situation Frankfurts als einer von Vielfalt geprägten Stadt. Die städtischen Institutionen haben sich auf allen Ebenen auf die veränderten Verhältnisse auszurichten. Sie haben bei ihrer Arbeit nach außen die Vielfalt der Frankfurter Bevölkerung zu berücksichtigen und es ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu ermöglichen, ihre individuellen Erfahrungen und Fähigkeiten in den Arbeitsprozess einzubringen.

Für die nötige Umsetzung der Grundsätze dieses Konzepts als einheitliche Kriterien für den Umgang mit Diversität in den einzelnen Dienststellen sollen die Fachämter und Betriebe für sie geeignete organisatorische Maßnahmen und Verfahren entwickeln und regelmäßig überprüfen. In seiner koordinierenden Querschnittsfunktion berät und unterstützt das Amt für multikulturelle Angelegenheiten die Fachämter und Betriebe, wertet ihre Erfahrungen aus und berichtet darüber im Rahmen der Integrationsberichterstattung.

Ziel 47 Effiziente transparente Abläufe ermöglichen

Um den erforderlichen Koordinationsaufwand so gering wie möglich zu halten, ist eine zeitnahe, einfach aufbereitete umfassende Information sowie die Möglichkeit schneller dezentraler und gebündelter Kommunikation mit allen Beteiligten zu unterstützen und sicherzustellen. Dazu gehört es auch, die vielfältigen Angebote städtischer Ämter und Einrichtungen mit ihren zum Teil sehr unterschiedlichen Aufgaben- und Angebotsstrukturen einheitlich, übersichtlich und allgemein verständlich abzubilden und, z. B. in einer datenbankähnlichen Struktur, einfache Abfragemöglichkeiten zu schaffen. Dabei sollten zum Vergleich auch die vielen wichtigen privaten Initiativen erfasst werden.

Eine effiziente technische Unterstützung zur Information und Dokumentation, z.B. eine Intranet-

Ziel 48

3.2.2 Das AmkA als Koordinations- und Informationsstelle

Die Ausrichtung der Frankfurter Stadtverwaltung auf Realität und Ansprüche einer sehr unterschiedlichen Bevölkerung betrifft die gesamte Tätigkeit und sämtliche Kooperationen der Stadt, insbesondere solche Stellen, die unmittelbar mit der Bevölkerung Kontakt haben.

Mit der Einrichtung des bundesweit ersten eigenen Dezernats und Amts für Integrationspolitik besitzt die Stadt Frankfurt eine neutrale Koordinations- und Informationsstelle mit gleichem Abstand zu verschiedenen Handlungsfeldern städtischer Politik.

Ziel 49 AmkA als Querschnittsfachamt

Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten bündelt wissenschaftliche und praktische Sachkompetenzen und wirkt als ein Ansprechpartner im integrativen Umgang mit Diversität. Die Grundsätze dieses Konzepts sollen jedoch im Alltag aller Fachabteilungen selbstverständlich werden. In seiner koordinierenden Querschnittsfunktion ist das Amt für multikulturelle Angelegenheiten auf die Arbeit und Expertise anderer Verwaltungsstellen angewiesen. Es soll diese nicht ersetzen, sondern ergänzen und zugleich die systematische Ausrichtung auf eine Politik der Vielfalt und Vernetzung sicherstellen.

Integration lässt sich nicht verordnen; die Arbeit des Amts für multikulturelle Angelegenheiten beruht zu großen Teilen auf Beratung und Überzeugungsarbeit. Die Umsetzung einer Querschnittsaufgabe benötigt jedoch abgestimmte und verbindliche Abläufe, z. B. in einem übergreifenden Informationsmanagement.

Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten ist die koordinierende Fach- und Informationsstelle bei Fragen der Integration und Diversität mit einer koordinierenden Querschnittsfunktion. Es ist daher sinnvollerweise frühzeitig und umfassend zu informieren. Seine Arbeit mündet in die Koordination und Herausgabe des Integrations- und Diversitätsberichts als Berichterstattung über die Umsetzung dieses Konzepts. Durch eigene befristete Projektarbeit und Pilotverfahren erprobt das Amt neue Ansätze mit dem Ziel, Erfahrungen und Ergebnisse in die Regelinrichtungen zu überführen.

Querschnittsarbeit und Planung

Ziel 50

Integrationspolitik ist keine Nischenpolitik und beschränkt sich nicht auf Sonderprojekte oder Einzelaspekte: Es sind die Regelinstitutionen, in deren Arbeit Erkenntnisse und Maßnahmen fruchtbar werden müssen. Dies setzt in vielen Fällen Veränderungsbereitschaft voraus. Zur effizienten Wahrnehmung einer Querschnittsfunktion gehören die vorausschauende Planung und die Möglichkeit, Veränderungsprozesse im Rahmen eines Prozesses in Abstimmung mit den zuständigen Fachämtern und Betrieben anzustoßen. Die vom Amt für multikulturelle Angelegenheiten koordinierte regelmäßige Zusammenarbeit der Dienststellen soll die politische Entscheidungsfindung unterstützen.

In Umsetzung seiner koordinierenden Querschnittsfunktion bei Fragen der Integration und Diversität berät und unterstützt das Amt für multikulturelle Angelegenheiten die Fachämter und Betriebe bei der Planung, Organisationsentwicklung und Aufgabenerfüllung. Es unterstützt organisatorisch und fachlich Projektgruppen und Sitzungen der Amtsleitungen zur Abstimmung von Vorhaben, von gemeinsamen Zielvereinbarungen und von Ressourcen. Das Amt unterbreitet dem Magistrat bei Bedarf und in Abstimmung mit den zuständigen Zentralämtern Vorschläge zur Ausgestaltung neuer Verwaltungsverfahren oder zur Veränderung bestehender Strukturen.

Zentrale Clearing- und Ombudsstelle

Ziel 51

Die Kommunalverwaltung ist in fast allen Alltagsfragen der erste Ansprechpartner einzelner Bürgerinnen und Bürger. Eine Politik der Vielfalt und Vernetzung betrifft auch das Verhältnis unserer Bürgerinnen und Bürger zu öffentlichen Stellen. Bürgerämter bündeln Angebote der jeweils zuständigen Fachverwaltungen; die Einrichtung einer einheitlichen Behördenrufnummer bietet eine zentrale Auskunftsstelle. Auch in vielen Fragen, die Integration und Diversität betreffen, z. B. bei Konfliktfällen in der Nachbarschaft oder bei einer empfundenen Benachteiligung durch öffentliche oder private Stellen, ist eine für die Öffentlichkeit klar erkennbare, zentrale Stelle von großem Nutzen.

Die Einrichtung eines ersten eigenen Dezernats ist ein sichtbarer Ausdruck der ernst gemeinten Vorreiterrolle

Frankfurts in Fragen der Integrationspolitik. Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten, das auch die Aufgabe der städtischen Antidiskriminierungsstelle übernommen hat, ist eine weithin bekannte Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Selbsthilfeorganisationen sowie für Fachleute und andere Verwaltungsstellen aus dem In- und Ausland. Als ›AmKA‹ hat das Amt auch in seiner Öffentlichkeitsarbeit und Fördertätigkeit beinahe den Charakter einer eingeführten ›Marke‹.

Mit seinen Fachleuten für verschiedene Sachfragen, Bevölkerungsgruppen und Religionsgemeinschaften ist das Amt für multikulturelle Angelegenheiten eine zentrale Anlaufstelle für neu zugezogene Bürgerinnen und Bürger. Das Amt betreibt zudem als Antidiskriminierungsstelle Aufklärungsarbeit in der Öffentlichkeit und geht gemeldeten Fällen von Diskriminierung nach. Mit neuen und zielgruppengerechten Formen der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, wie Hearings und kulturellen Veranstaltungen, leistet das Amt Beiträge zur Information der Bürger und zum Selbstverständnis Frankfurts als einer internationalen Bürgerstadt.

3.2.3 Kooperationen der Stadt Frankfurt

Als regionales Zentrum und Pendlerstadt mit täglich mehreren hunderttausend Ein- und Auspendlern, als größte Stadt und wirtschaftliches Zentrum des Landes Hessen, als Weltstadt und ›Global City‹ steht Frankfurt in einer Vielzahl regionaler, nationaler und internationaler Beziehungen und Abhängigkeiten.

Wir wollen durch unsere Politik und Praxis beispielhaft wirken, zum weiteren Fachaustausch anregen und zu politischer Kooperation einladen.

Ziel 52 Regionale Kooperationen vertiefen

Frankfurt ist in vielerlei Hinsicht mit seinem direkten Umland verflochten. Die Lebenswirklichkeit der Menschen, ihre Arbeitswelt, ihre persönlichen Beziehungen und ihre Freizeitgestaltung reichen über die Stadtgrenzen hinweg. Gerade mit einer auf Vielfalt ausgerichteten kulturellen, sozialen und technischen Infrastruktur kann Frankfurt eine zusätzliche Ausstrahlung und zunehmende Anziehungskraft entwickeln. Die Stadt Frankfurt teilt mit vielen öffentlichen und privaten Partnern das Bemü-

hen, als weltoffene Metropolregion international attraktiv zu sein.

Als oberste Landesbehörde übt die Landesregierung die Kommunalaufsicht aus. Auch viele für die Integration wichtige Politikfelder sind Landesangelegenheit. Dazu gehören z. B. alle curricularen Fragen des Bildungssystems, die Ausbildung von Lehrkräften und Pädagogen sowie die Zulassung von Unterrichtsmaterial. Im Ausländerrecht wird der Umgang mit Flüchtlingen, mit Geduldeten und Menschen ohne offiziellen Aufenthaltsstatus sowie mit Härtefällen auf staatlicher Ebene geregelt. Wichtige Sicherheitsbehörden sind Dienststellen des Landes. In Fragen der Einbürgerung und zahlreichen anderen Angelegenheiten ist das Regierungspräsidium Darmstadt zuständige Mittelbehörde. Es bleibt Interesse und Anspruch der Stadt Frankfurt, im Fall landespolitischer Pilotvorhaben oder bei neuen Maßnahmen, die Auswirkungen auf unsere Stadt haben, von Beginn an als Partner beteiligt zu werden.

In den regelmäßigen Arbeitskontakten mit benachbarten Kommunen und Landkreisen soll ein eventueller Abstimmungsbedarf in integrationspolitischen Fragen früh erkannt werden. Die Gremien regionaler Kooperation und der kommunalen Interessenvertretung im Land Hessen wollen wir weiterhin für die wechselseitige Information und die Anliegen Frankfurts nutzen. Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten wird die Kooperation mit Landesbehörden und dem Landesamt für Verfassungsschutz in Arbeitskreisen weiter intensivieren, um Erfahrungen auszutauschen und Regelungsbedarf wechselseitig anzumelden.

Auf Bundesebene engagieren

Im Rahmen der föderalen Struktur der Bundesrepublik werden unterschiedliche Ansätze in Landesangelegenheiten auf regelmäßigen Treffen der zuständigen Landesminister und Senatoren besprochen und teilweise vereinheitlicht. Integrationspolitisch wichtige Rahmenbedingungen werden auf Bundesebene gesetzlich festgelegt oder in Initiativen der Bundesregierung angestoßen.

Durch die Zuwanderungsgesetzgebung werden maßgebliche Voraussetzungen für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern festgelegt, die im Nationalen Integrationsplan in Form von Selbstverpflichtungen

Ziel 53

der Länder und Kommunen sowie privater Träger und Körperschaften des öffentlichen Rechts weiter ausgestaltet werden. Wesentliche Voraussetzungen erfolgreicher Integration werden durch die Gesetzgebung des Bundes geschaffen. Dazu gehören Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, aber auch Fragen des Aufenthaltsrechts, der Einbürgerung und von Wahlrechten. Das für Frankfurt bedeutsame Flughafenverfahren bei Asylanträgen wird auf Bundesebene geregelt. Auch bei der Einschätzung und Anerkennung ausländischer Abschlüsse ist die Hilfe des Bundes erforderlich. Für die internationale Bevölkerung Frankfurts und für Frankfurt als Standort vieler Auslandsvertretungen ist die auswärtige Politik des Bundes von größerer Bedeutung als für manche andere Stadt. Nicht zuletzt bestimmt die Steuergesetzgebung des Bundes die Gestaltungsspielräume kommunaler Haushalte. Tarifverhandlungen mit Beamtenbund und Gewerkschaften treffen Regelungen zu Ausbildung und Beschäftigung im öffentlichen Dienst.

Wir wollen unsere Beteiligung an der Arbeit des Deutschen Städtetages nutzen, um integrationspolitische Erfahrungen und Anliegen zu kommunizieren. Fachliche Angebote und Arbeitsgruppen kommunaler Gemeinschaftseinrichtungen, wie der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) in Köln und des Instituts für Urbanistik in Berlin, wollen wir verstärkt nutzen und mitgestalten. Auch die Kooperation mit Forschungsinstituten und Universitäten aus dem ganzen Bundesgebiet trägt dazu bei, Frankfurter Positionen und Erfolge nach außen zu vermitteln. Integrationspolitische Hindernisse, die durch eine Gesetzgebung des Bundes oder eine veränderte Verwaltungspraxis der Bundesbehörden überwunden werden könnten, wollen wir identifizieren und thematisieren.

Ziel 54 Interessen auf europäischer und internationaler Ebene vertreten

Neben der Landes- und Bundesregierung wirkt die Europäische Union auch in der Integrationspolitik zunehmend gestaltend, insbesondere im Hinblick auf die Außengrenzen der Union, die Grundfreiheiten im Binnenmarkt und im Verbot von Diskriminierungen. Auch internationale Konventionen, z. B. der Vereinten Natio-

nen oder des Europarats, setzen kommunaler Integrationspolitik klare Aufgaben und Rahmenbedingungen.

Die Stadt Frankfurt wird ihre integrationspolitischen Erfahrungen und kommunalpolitischen Interessen in den Gremien und Netzwerken kommunaler Selbstverwaltung vertreten. Der Erfahrungsaustausch mit unseren Partnerstädten und in internationalen Städtenetzwerken soll gestärkt und für die eigene Arbeit genutzt werden. Wir wollen die internationale Rolle und Bekanntheit Frankfurts als weltoffenen Standort stärken und vermitteln.

Institutionelle Partner einbeziehen

Ziel 55

Wichtige ständige Ansprechpartner kommunaler Integrationspolitik sind auf mehreren Ebenen organisiert, nehmen die Anliegen ihrer Mitglieder abgestimmt wahr und unterhalten selbst ständige Beziehungen ins Ausland. Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Sozialverbände, Wirtschaftsvereinigungen und Kammern, Dachverbände von Vereinen und Interessenvertretungen, die öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften und andere Religionsgemeinschaften machen aus ihrer jeweiligen Sicht auf Entwicklungen aufmerksam und leisten wichtige praktische Arbeit mit unmittelbaren Auswirkungen auf die Nachbarschaften und die Lebensqualität der Frankfurter Bürgerinnen und Bürger. Eine gewichtige Rolle bei der öffentlichen Meinungsbildung und unserer gegenseitigen Wahrnehmung spielen die Medien, deutsche wie fremdsprachige, die zu einem großen Teil in unserer Stadt oder in der näheren Umgebung gedruckt werden. Frankfurt ist ein Sitz zahlreicher ausländischer Korrespondentenbüros und ausländischer Vereinigungen.

Die Zusammenarbeit mit diesen Ansprechpartnern ist eine wesentliche inhaltliche Bereicherung und eine wichtige Grundlage für eine gute Arbeitsteilung. Ihre Erfahrungen und Kontakte in ihren unterschiedlichen Arbeitsgebieten tragen nicht zuletzt dazu bei, die Außenwahrnehmung Frankfurts als eines Vorreiters in der Integrationspolitik zu stärken und weithin zu vermitteln. Auch die Mitwirkung Frankfurts in Gremien kommunaler Selbstverwaltung und in internationalen Städtenetzwerken trägt dazu bei, die eigene Arbeit zu verbessern und unsere Interessen als Kommune erfolgreich zu vertreten.

Die Stadt Frankfurt wird die institutionelle Zusammenarbeit mit privaten Partnern weiter vertiefen und in einem regelmäßigen Erfahrungsaustausch verstetigen. Die ständige Zusammenarbeit mit Verbänden, Kammern und Religionsgemeinschaften soll auch dazu dienen, allen bewusst zu machen, dass es im öffentlichen Raum der Stadt Frankfurt nicht Auftrag der öffentlichen Verwaltung ist, das gesamte Leben der Bürgerinnen und Bürger zu regeln und zu prägen. In der Zusammenarbeit mit deutschen und fremdsprachigen Medien wollen wir eine transparente Informationspolitik fortsetzen und auf eine ausgewogene Berichterstattung hinwirken.

4. Handlungslinien (HL) für Projektgruppen und Berichterstattung

Dieses Konzept formuliert dauerhafte Absichten und Herausforderungen, die uns langfristig beschäftigen werden. Veränderungen in der Welt und in unserer Stadt, aber auch eigene Erfolge werden uns immer wieder vor neue Einzelaufgaben stellen, auf die in und zwischen den einzelnen Fachressorts sowie in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern angemessene Antworten zu finden sind.

Integration ist ein kontinuierlicher, gesamtgesellschaftlicher Prozess. Die Grundsätze und Handlungslinien dieses Konzepts sollen als dauerhafte und übergeordnete Arbeitsansätze zu einer einheitlichen Zielbeschreibung und zur Systematisierung von Abläufen beitragen, die in der Fachverwaltung und ihren vielfachen Kooperationen dezentral erfolgen. Auf dieser Basis sollen abgestimmte Ziele in Handlungsplänen operationalisiert werden, die turnusgemäß zur Grundlage einer systematisierten Berichterstattung werden. Die gemeinsame Steuerung erfolgt in einer Arbeitsstruktur, die dieses Konzept ebenfalls formuliert. Die Dezernate stellen dafür übergreifende Arbeitsgruppen zusammen und steuern die kommunale Organisationsentwicklung. In der ihm übertragenen koordinierenden Querschnittsfunktion hat das Dezernat für Integration die Rolle eines Impulsgebers und Katalysators mit dem Ziel, zu einer abgestimmten, systematischen, verbindlichen Umsetzung beizutragen.

Frankfurt wird als ein Vorreiter in der Integrationspolitik wahrgenommen. Viele Maßnahmen haben andere Städte von uns übernommen. Wir wollen auch weiterhin selbstbewusst neue Wege gehen, vorbildhaft wirken und Handlungsspielräume ausloten. Veränderte Rahmenbedingungen und der Wandel in unserer Gesellschaft machen es erforderlich, die Wirksamkeit auch bislang erfolgreicher Ansätze regelmäßig zu untersuchen, sie mit neuen Erkenntnissen weiterzuentwickeln oder zu ersetzen. Dieses Konzept soll auf der Grundlage erfolgreicher Erfahrungen vieler Fachverwaltungen und privater Initiativen stadtweit eine einheitliche Zielbeschreibung, gemeinsame Standards und eine systematische, verbindliche Umsetzung sicherstellen.

Erfolgreiche Integration lässt sich nicht zentral oder durch einzelne Vorhaben steuern, sondern muss jeden Tag an vielen Stellen gelingen. Die Zielsetzungen dieses Konzepts sollen daher durch übergeordnete Grundsätze eine dauerhafte Grundlage schaffen für die Vereinheitlichung und Abstimmung der Verwaltungspraxis und städtischer Kooperationen mit anderen Partnern und der Öffentlichkeit.

Integration als Querschnittsaufgabe

Ziel einer strategisch ausgerichteten Politik der Vielfalt sind nicht punktuelle Maßnahmen, sondern ein professionelles Diversitätsmanagement in allen städtischen Dienststellen und Kooperationen. Grundsatz unserer Politik muss es sein, alle dabei zu unterstützen, einen angemessenen Platz in der Gesellschaft oder im Berufsleben zu finden. Dabei sind individuelle Bedürfnisse, Fähigkeiten und Schwierigkeiten gegen strukturelle Hürden abzuwägen.

Integrationsleistungen einer pluralen Gesellschaft

Vielfalt braucht eine klare Grundlage und faire Bedingungen. Einzelne und Gruppen haben auf dem Boden unserer Rechtsordnung nicht nur den Anspruch, keine Benachteiligung zu erleiden, sondern sollen gleichermaßen und wechselseitig eine angemessene Anerkennung als Mitglieder unserer Stadt erfahren. In einer pluralen Gesellschaft und in einem modernen Arbeitsleben sollen Unterschiede in Chancen und Lebensbedingungen nicht in erster Linie durch soziales Umfeld, kulturelle Zugehörigkeitsgefühle oder einen anderen Lebensstil bestimmt werden.

Integration durch Beteiligung und Vernetzung

Wir wollen Gemeinsinn und Integration in Frankfurt fördern, indem unterschiedliche Menschen unsere Stadt als einen gemeinsamen Ort erleben können, für den wir alle gleichermaßen verantwortlich sind. Wir teilen Probleme und müssen auch Chancen teilen. Ziel der besseren Vernetzung von Maßnahmen ist es nicht zuletzt, diese gegenseitig abzuwägen, zu verbessern und eine flexible Arbeitsteilung zu erleichtern. In vielen Bereichen ist die Stadtpolitik auf die Unterstützung anderer Organisationen angewiesen: auf Vereine und Verbände, auf Arbeitgeber und Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften und internationale ›Communities‹, aber auch auf die Zusammenarbeit mit benachbarten Kommunen und Kreisen oder mit der Landespolitik und Landesbehörden.

4.1 Leitbild: eine vernetzte Stadt

Die in diesem Konzept beschriebenen Grundsätze und Erwartungen an Einzelne und an Gruppen sollen auf allen Handlungsfeldern kommunaler Politik unterschiedliche Menschen und Organisationen in einen regelmäßigen Kontakt bringen. Unser Ziel ist eine bürgernahe, weltoffene Stadtpolitik und Verwaltung in guter Kooperation mit vielen Partnern und der Öffentlichkeit.

Indem wir Frankfurts urbane Vielfalt sichtbar machen und nutzen, wollen wir zugleich die stadtweite und über-

regionale Anziehungskraft unserer Stadt stärken. Als unser Selbstverständnis wollen wir das einer internationalen, dynamischen Bürgerstadt mit vielen unterschiedlichen Stärken kommunizieren. Unsere einzelnen Fachpolitiken sollten sich daran ebenso orientieren wie unsere Außen- darstellung und unser Stadtmarketing.

HL 1 Menschen zusammenbringen.

Zwischen den beteiligten Ämtern und Kooperationspartnern werden Maßnahmen, Förderungen und Kooperationen regelmäßig daraufhin überprüft, inwiefern sie die Vielfalt unserer Stadt, ihr öffentliches Leben und ihre Geschichte als gemeinsamen Bezugspunkt für unterschiedliche Erfahrungen sichtbar werden lassen. Auf allen Politikfeldern werden als übergeordnetes Ziel Begegnungen und gemeinsame Gestaltungsmöglichkeiten verschiedener Gruppen und Generationen gefördert und zwar stets unter Bedingungen von Gleichberechtigung sowie mit dem Ziel, gemeinsame Grundlagen zu betonen und zu formulieren. Dafür sind in jedem Ressort wie auch in ämterübergreifender Abstimmung auch neue Wege zu prüfen, die geeignet sind, Menschen zu informieren und zu erreichen. Offizielle Veranstaltungen und Feiern, Repräsentation und Verlautbarungen, Stadtteilstefen und ähnliche Anlässe sind daraufhin auszurichten, ein gemeinsames Selbstverständnis und gegenseitiges Verständnis unterschiedlicher Gruppen dauerhaft zu fördern mit dem Ziel, ein-ander respektvoll und vorurteilsfrei zu begegnen.

treffen und die daher geeignet sind, ein gemeinsames Engagement oder ein geteiltes Selbstverständnis als weltoffene Stadt zu fördern. Es soll ein grundlegender Ansatz für städtische Maßnahmen und Kooperationen werden, Probleme und Sorgen einzelner Gruppen anderen zu vermitteln und zu einem gemeinsamen Anliegen aller zu machen: Dabei ist von allen Beteiligten zu berücksichtigen und als Ansatz von Integrationspolitik zu nutzen, dass soziale ›Gruppen‹ nicht geschlossen, sondern offene Beziehungsgeflechte sind, an denen Menschen aufgrund von Interessen und Überzeugungen, Lebensweg, Alter, Geschlecht und sexueller Orientierung, sozialer Situation oder Familiengeschichte in einer Vielfalt von Bezügen teilhaben. Die offizielle Repräsentation unserer Stadt und einzelne Kampagnen können hier ansetzen, um integrativ zu wirken. Wir wollen umgekehrt darauf hinwirken, dass alle Bevölkerungsgruppen sich von Vorurteilen, Fundamentalismus und Rassismus abgrenzen, in Zweifelsfällen und Konflikten von sich aus das Wort ergreifen und auf Gemeinsamkeiten hinarbeiten.

Abstimmung mit anderen Akteuren.

Den Charakter Frankfurts als weltoffene und durch viele regelmäßige Begegnungen lebendige Stadt zu betonen, fördert das Zusammenleben und erleichtert zugleich die Identifikation mit unserer Stadt. In der Aktivierung vieler unterschiedlicher Gruppen ist die Stadtverwaltung allein jedoch überfordert: Es bedarf des Zusammenwirkens mit vielen Vereinen und persönlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Solche Kooperationen sind zu fördern und

HL 2 Gemeinsame Themen und Interessen formulieren.

In allen Politikfeldern sind Maßnahmen und Entwicklungsplanungen danach zu beurteilen, inwiefern sie neben der Erfüllung von Sachaufgaben eine Beteiligung und ein städtisches Zusammengehörigkeitsgefühl unterschiedlicher Menschen tatsächlich ermöglichen. Dafür sind übergreifende Themen hilfreich, welche unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in gleicher Weise be-

positiv zu kommunizieren. In der Außendarstellung Frankfurts ist die Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden und Kammern, für die eine erfolgreiche Politik der Vielfalt und Integration ein wichtiger Standortfaktor ist, zu vertiefen. In der Zusammenarbeit mit der Landesregierung wollen wir auch in den Außenbeziehungen des Landes Hessen die besondere Rolle Frankfurts betonen.

4.2 Begegnung: eine Willkommenskultur

Dieses Konzept akzeptiert Zuwanderung als historische Lebensgrundlage jeder Stadt und berücksichtigt die besondere Situation Frankfurts als Wegekreuzung, Bürgerstadt und internationaler Metropole.

Frankfurt ist im Gegensatz zum Landes- und Bundestrend eine wachsende Stadt und profitiert davon. Unsere Stadt hat in ihren Verwaltungsstrukturen und Dienstleistungen Bedingungen geschaffen, die eine Integration von neu Zuziehenden fördert. Dabei müssen wir mit glei-

chen Standards unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, ihren Erfahrungen, Interessen und Bedürfnissen gerecht werden. Wer in Frankfurt lebt, ob dauerhaft oder vorübergehend, ist Teil unserer lokalen Identität und soll sich ihr verbunden fühlen können. Wir wollen nicht nur das Einleben in unsere Stadt erleichtern, sondern Menschen zum Bleiben ermuntern und Abwanderung verhindern.

HL 3 Maßnahmen für neu Zuziehende ausbauen.

Es gilt sicherzustellen, dass Menschen sich in Frankfurt schnell zurechtfinden und rasch gute Kontakte finden. Dafür haben die beteiligten Fachverwaltungen in abgestimmten Einzelmaßnahmen, Materialien und Veranstaltungen zielgruppenspezifische Angebote zu unterbreiten, für Arbeitnehmer und privat Zuziehende, für Studierende, Wissenschaftler und Künstler. Nicht nur die Anmeldung in Frankfurt muss zu einer Geste des Willkommens werden, es kann auch hilfreich sein, Informationen und Kontakte für Menschen bereitzustellen, die erst noch erwägen, in unsere Stadt zu ziehen. Die direkte Ansprache kann am ehesten am Arbeitsplatz, in Kooperation mit dem Arbeitgeber oder im Stadtteil, z. B. in Kooperation mit dem Ortsbeirat, gelingen, während zentrale Veranstaltungen Aufmerksamkeit und Informationen bündeln können. Aus Regelmaßnahmen des Bundes, z. B. den sog. Integrationskursen oder dem Verfahren für Flüchtlinge und Asylbewerber, sollen bessere Übergänge ins städtische Leben vermittelt werden.

HL 4 Information und Zugänge vereinfachen.

Frankfurt will eine attraktive und dynamische Stadt sein. Wir haben uns daher auch an den Erwartungen derer zu orientieren, die zu uns kommen wollen. Maßnahmen und Informationspakete sind ein guter Anfang, sie sind aber ebenso wie die Kommunikationskanäle auf die jeweiligen Zielgruppen zuzuschneiden. Dabei sind seitens der Verwaltung und in Partnerorganisationen besondere Zugänge zu ermöglichen, ggf. Öffnungszeiten anzupas-

sen oder auch Informations- oder Thementage zu organisieren. Auch Angebote im Wohnumfeld, die über den Stadtteil, seine Infrastruktur und Angebote sowie über Möglichkeiten zu privatem Engagement informieren, sollten die faktische Heterogenität der Zielgruppen berücksichtigen.

Gegenseitige Wertschätzung einfordern.

HL 5

Die Anerkennung neu Zuziehender als gleichberechtigte Partner setzt umgekehrt auf ihrer Seite die gleiche Wertschätzung unserer Stadtgesellschaft und ihrer gemeinsamen Geschichte und Werte voraus. Die gemeinsame Beteiligung von Bürgern verlangt Respekt gegenüber unterschiedlichen Weltanschauungen und Lebensweisen ebenso wie den Schutz vor Benachteiligung. Nicht nur bei der Ankunft von neuen Einwohnerinnen und Einwohnern haben Politik und Verwaltung vorbildhaft eine Kultur der Wertschätzung zu pflegen, sondern dauerhaft und zwar sowohl Einzelnen wie auch gemeinsamen Zugehörigkeitsgefühlen gegenüber. Die Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern hat dies zu berücksichtigen. Wertschätzung kann dann auch darin bestehen, in einer in Frankfurt bislang wenig bekannten Sportart oder kulturellen Tradition Unterstützung und öffentliche Aufmerksamkeit zu erfahren. Gleiches gilt für die Würdigung von Feiertagen und Gedenktagen. Ehrenamtlicher Einsatz oder besondere Leistungen sollen gewürdigt und kommuniziert werden, um als Vorbilder und Anregung wirken zu können. Wertschätzung besteht gleichermaßen darin, Menschen nicht in erster Linie als Mitglieder von Gruppen mit vermuteten kollektiven Eigenschaften,

sondern als gleichberechtigte Individuen zu sehen, sowie darin, soziale Probleme, Sorgen im Alltag und Ängste ernst zu nehmen und die Öffentlichkeit transparent zu informieren.

Abstimmung mit anderen Akteuren.

Um genauer zu wissen, wer zu uns kommt, und auf Erwartungen und Bedürfnisse besser einzugehen, wollen wir mit Arbeitgebern zusammenarbeiten, aber auch mit Partnerorganisationen in den einzelnen ›Communities‹, Religionsgemeinschaften, Sportvereinen und Sozialverbänden. Wir möchten diese Partner für den Aufbau einer Willkommenskultur sensibilisieren und bestehende Ansätze in ein umfassendes Netzwerk integrieren. Die Kooperation mit den Medien ist auszubauen.

4.3 Grundsatz: Teilhabe und Mitwirkung

Übergeordnete Ziele dieses Konzepts sind Chancengleichheit, Gleichberechtigung, Begegnung und Teilhabe. Dabei werden Handlungsansätze in einem gemeinsamen Zusammenwirken von Stadtverwaltung, privaten Akteuren, Gemeinden und der allgemeinen Öffentlichkeit beschrieben.

Im Sinne der Grundsätze und Ziele dieses Konzepts haben wir sicherzustellen, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Weltanschauung sowie unter-

schiedlicher Biographie und Lebenssituation gleichwertige Möglichkeiten zur Teilhabe am öffentlichen Leben haben. Dafür haben wir nicht nur Angebote zu schaffen, sondern auch das Verständnis füreinander zu fördern. Für eine produktive Beteiligung unterschiedlicher Gruppen bedarf es neuer Maßnahmen der Bürgerinformation und der politischen Bildung.

HL 6 Bestehende Strukturen nutzen und öffnen.

Eine Stadt lebt von vielfachen Netzwerken, organisierten und informellen – in Vereinen, im Geschäftsleben oder auch in der Freizeit – sowie vom Engagement in Nachbarschaften und Gemeinden. Wir haben unsere Förderstrukturen, Kooperationen und eigenen Projekte daraufhin zu untersuchen, inwiefern sie solche Netzwerke stärken und vergrößern, indem neue Mitglieder angesprochen, integriert werden und selbst Gelegenheit zur Mitgestaltung erhalten. Daher ist nicht nur die Selbstorganisation und Öffnung von Organisationen zu unterstützen. Wir möchten vielmehr insbesondere solche Maßnahmen anstoßen, die geeignet sind, ein Nebeneinander von Organisationen zugunsten gemeinsamer Mitgliedschaft oder gemeinsamer Vorhaben zu überwinden. Dabei sind auch Migrant*innenorganisationen weiter zu fördern und ihr Beitrag als Brückenbauer sichtbar zu machen.

inwiefern es dienlich ist, Maßnahmen Anhörungen vorzugehen zu lassen, und dann darauf achten, dass dabei nicht nur einzelne Gruppen, sondern eine breite Öffentlichkeit erreicht wird. In Frankfurt engagieren sich viele gut organisierte Netzwerke, zum Teil in Form von »runden Tischen«. Um diese Potenziale zu nutzen, wollen wir den Austausch solcher Initiativen weiter unterstützen, insbesondere zu Themen, die verschiedenen Gruppen gleichermaßen wichtig sind. In der Nachbarschaft oder in Organisationen, z. B. in Vereinen oder Rettungsdiensten, gilt es, das Ehrenamt zu unterstützen und dafür zu werben. Die einheitliche Behördenrufnummer könnte ggf. zu einem umfassend im Umgang mit Diversität geschulten Informationszentrum ausgebaut werden, das Anregungen entgegennimmt und weiterleitet. Die Beteiligung der Bürger über das Internet und die Förderung von Austausch und Information im virtuellen Raum verdient besondere Beachtung.

HL 7 Neue Beteiligungsformen schaffen.

Die meisten Bürgerinnen und Bürger bringen sich gerne bei Maßnahmen ein, von denen sie betroffen sind. Viele brauchen dafür aber direkte Ansprache und erwarten gerade anfangs Unterstützung. Wir wollen in Sachfragen, die die Öffentlichkeit betreffen, neue Anspracheformen finden, die eine breitere Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen ermöglichen. Bei der Berufung von Beiräten, Gremien und Jurys sollte z. B. darauf geachtet werden, die Zahl von Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen sowie von Fachleuten zu erhöhen, die in der Lage sind, Bedürfnisse unterschiedlicher Gruppen zu beurteilen. Die Fachverwaltungen sollten grundsätzlich prüfen,

Politische Beteiligung erhöhen.

Demokratie braucht Demokraten und jede Stimme. Eine stärkere Einbindung von Migrant*innen und Migrant*innen in stadträumliche und weitergehende politische Entscheidungen ist geboten. Wir wollen den Willen zur Einbürgerung nicht nur bei Jugendlichen, sondern auch bei älteren Ausländerinnen und Ausländern fördern. Das damit verbundene Wahlrecht ist nur eine Möglichkeit der politischen Partizipation neben der Mitarbeit in Initiativen, Parteien oder Gewerkschaften, Dachverbänden oder Gemeinden. Es ist offen zu diskutieren, welche unterschiedlichen politischen und verfassungsrechtlichen Argumente für oder gegen ein allgemeines kommunales Wahlrecht

HL 8

vorgebracht werden, über das auf Bundesebene entschieden werden muss. Auch deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sowie Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, auch diejenigen, die nur mit der Aussicht auf einen vorübergehenden Lebensabschnitt nach Frankfurt kommen, sind verstärkt anzusprechen und für ihren Stadtteil und diese Stadt zu interessieren. Durch Ansprache und Information ist sicherzustellen, dass Unionsbürgerinnen und -bürger, denen volle kommunale Beteiligungsrechte bereits zustehen, diese auch vermehrt wahrnehmen.

einen gemeinsamen Bezugspunkt hinweisen und nicht von vornherein als ein Zeichen scheiternder Integration zu werten sind. In der Zusammenarbeit mit Gruppen, die sich kulturell oder religiös definieren, wollen wir dies respektieren, zugleich jedoch vermitteln, dass mangelnde Begegnung Vorurteile und Missverständnisse begünstigt und einem guten Miteinander entgegensteht. Es gilt, aktuelles Wissen über unsere moderne Gesellschaft und ihre Möglichkeiten für jede und jeden Einzelnen zu vermitteln und die Öffnung anderen gegenüber anzumahnen und zu fördern.

HL 9 Information und politische Bildung ausbauen.

Unsere demokratische Rechtsordnung ist nicht nur ein System von Rechten und Pflichten, sondern beschreibt auch Standards für Verfahren und Entscheidungsfindungen. Eine erfolgreiche Mitwirkung setzt das Wissen voraus, worum es geht, wie man sich engagieren kann und was aus Vorschlägen wird. Beteiligung verlangt von jeder und jedem – und zumal von neu Zuziehenden – außerdem, zu überprüfen, inwiefern bisherige Erwartungen und Verhaltensweisen für das urbane Leben Frankfurts angemessen sind und der politischen Kultur unseres Landes entsprechen. Die Stadt Frankfurt möchte in allen Handlungsfeldern die Öffentlichkeit über Entwicklungen, Maßnahmen und anstehende Entscheidungen sachgerecht so informieren, dass möglichst unterschiedliche Gruppen erreicht werden. Wir wollen gewählte oder faktische Repräsentanten als Multiplikatoren zusammenbringen und in der Zusammenarbeit schulen. Die Stadt Frankfurt wird gegen Organisationen oder informelle Gruppen, die dem gesellschaftlichen Zusammenhalt entgegenwirken, alle juristischen und politischen Möglichkeiten nutzen.

Abstimmung mit anderen Akteuren.

Eine aktive politische Partizipation aller Einwohnerinnen und Einwohner Frankfurts ist wünschenswert. Eine mögliche Ausweitung von Bürgerbegehren, die Einführung eines allgemeinen kommunalen Wahlrechts, vereinfachte Einbürgerungsverfahren und die vermehrte Hinnahme von Doppelstaatlichkeit sowie Beteiligungsrechte von Geduldeten und Flüchtlingen werden auf Bundesebene geregelt. In der Zusammenarbeit mit Landes- und Bundesbehörden wird die Stadt Frankfurt Entscheidungsspielräume ausloten und nutzen. Wir wollen in ausgewogener Weise deutsche und fremdsprachige Medienpartner gewinnen, um unseren Einwohnerinnen und Einwohnern bessere Informationsmöglichkeiten und Artikulationschancen zu vermitteln. Dachverbände und Vereinsringe wollen wir ermutigen, neue und andere Mitgliedsorganisationen aufzunehmen. Der Rat der Religionen Frankfurt ist für uns das zentrale Gremium für einen unabhängigen interreligiösen Dialog sowie für die Zusammenarbeit in Alltagsfragen, die unterschiedliche Bekenntnisse betreffen.

HL 10 Veränderungsbereitschaft unterstützen.

Die Stadt Frankfurt erkennt an, dass in einer modernen, vielfältigen Stadtgesellschaft auf allen Seiten ein Festhalten an vertrauten Strukturen – lokalen, regionalen wie auch an anderen Traditionen – helfen kann. Auch das Praktizieren eines religiösen Bekenntnisses kann bei der gesellschaftlichen Standortbestimmung jeder und jedes Einzelnen helfen. Wir wollen Sorgen und Ängste identifizieren und ernst nehmen. Im Ausgleich widerstreitender Interessen wird die Stadtpolitik verstärkt kommunizieren, dass auch Konflikte und Streitfälle auf

4.4 Planung: eine integrierte Stadtentwicklung

Dieses Konzept beschreibt Integrationspolitik nicht als ein Bündel von Einzelmaßnahmen für besondere Gruppen, sondern in erster Linie als eine grundlegende Ausrichtung des städtischen Lebens und öffentlicher Dienste auf die reiche Vielfalt der Bevölkerung.

Frankfurt hat viel geleistet. Wir wollen als Stadt weiterhin offen und attraktiv sein für unterschiedliche Lebenssituationen und Generationen, Interessen und Berufsbilder.

Wir wollen auch in unserer kommunalen Integrationspolitik das Leitbild einer Stadt mehrerer Pole und Stadtviertel mit je eigenem Charakter, aber gleicher Lebensqualität verfolgen und uns daran orientieren, welche Stadtviertel besonderer Unterstützung bedürfen. Wir wollen öffentliche Räume schaffen, die Begegnung fördern und identitätsstiftend wirken können.

HL 11 Gesamtstädtische Strategien verfolgen.

In Frankfurt werden Entwicklungen früher sichtbar und wirksam als andernorts. Die Stadt Frankfurt wird integrationspolitische Aspekte der Stadtentwicklung in Demographie, Wirtschaftsstruktur und Raumentwicklung in fortlaufenden Studien und Stadtentwicklungsberichten in öffentlicher Information und für die gemeinsame Entscheidungsfindung aufbereiten. Wir wollen das Leitbild des Netzwerkgedankens durch eine abgestimmte Formulierung von Strategien einzelner Politikfelder verfolgen. Ob in Stadtplanung und Wirtschaftsförderung, in der Verkehrspolitik, bei Infrastrukturmaßnahmen oder im Umweltschutz, bei sozialen Maßnahmen oder bei kulturellen Angeboten – es ist stets das übergeordnete Gesamtbild der Einheit einer vielfältigen Stadt zu berücksichtigen und die Zumessung von Ressourcen an den unterschiedlichen Bedürfnissen einer vielfältigen Bevölkerung auszurichten.

HL 12 Stadtteile als gemeinsamen Raum fördern.

Wir wollen in den einzelnen Stadtteilen die Vielfalt und das gemeinsame Verantwortungsbewusstsein der Bewohnerinnen und Bewohner fördern. Dabei ist es das Ziel der Stadtpolitik, bestehende Projekte zu vernetzen und Doppelstrukturen entgegenzuwirken. Einer einseitigen Wahrnehmung von Stadtteilen sowie einem möglichen Gefühl, ein Ungleichgewicht an Lasten tragen zu müssen, soll entgegengewirkt werden. Im Rahmen politischer Möglichkeiten in einem freien Miet- und Wohnungsmarkt wollen wir darauf achten, dass sich unterschiedliche Gruppen gleichermaßen auf die Stadtteile verteilen oder dass besondere Maßnahmen ausglei-

chend wirken. Die Frage sakraler Neubauten oder von Versammlungsräumen größerer Gruppen, insbesondere von Moscheen, erfährt oft besondere Aufmerksamkeit und Ablehnung. Das legitime Recht der Bauherren ist verstärkt in einem allgemein bekannten, transparenten und geordneten Verfahren zu behandeln, das zugleich berechnete Anliegen der Nachbarn berücksichtigt und den Bauantrag im näheren Siedlungsumfeld wie auch im gesamtstädtischen Kontext beurteilt. Durch Aufklärung und Hilfestellungen wollen wir dafür sorgen, dass Gemeinden und Nachbarn sich als Gesprächspartner auf Augenhöhe akzeptieren und begegnen können.

Öffentliche Räume gestalten und nutzen.

Der Charakter einer internationalen Bürgerstadt mit vielen Lebenslagen kann sich in öffentlicher Kunst, durch die Benennung von Räumen und Gebäuden sowie durch eine einladende Gestaltung ausdrücken, die im raschen Alltag und Nebeneinander zum gemeinsamen Verweilen einlädt. Unsere Straßen, Plätze und Grünanlagen, aber auch öffentliche Gebäude, sind nicht nur Bewegungsraum und Aufenthaltsraum, sondern auch identitätsstiftende Symbole unseres Gemeinwesens. Sie können zugleich Begegnung und Selbstdarstellung unterschiedlicher Gruppen fördern und ausdrücken. Um das Heimatgefühl und Sicherheit empfinden aller zu bewahren und zu fördern, haben alle Seiten nicht nur rücksichtsvoll zu agieren, sondern gemeinsame verbindliche Rahmenbedingungen anzuerkennen.

HL 13

HL 14 Entwicklung von Stadtteilen fördern.

Stadtviertel, deren Bewohnerinnen und Bewohner geringere finanzielle Möglichkeiten haben, in denen es Anzeichen dafür gibt, dass soziale und ethnische Segregation, Benachteiligungen und eine geringe Bildungsbeteiligung zusammenkommen, benötigen besondere Infrastrukturangebote im Wohnumfeld, in Schulen, Kindertagesstätten, Beratungs- und Begegnungszentren. Modellprojekte sollen dort bevorzugt eingesetzt und Fördermaßnahmen dort begonnen werden. Wir wollen die Vielfalt der Gewerbestruktur als einen zentralen Bestandteil des lokalen Wirtschaftslebens zur positiven Imagebildung nutzen. Die wahrgenommene öffentliche Sicherheit und Ordnung beeinflussen die Lebensqualität in allen Stadtteilen. Daher wollen wir in Zusammenarbeit mit städtischen Partnern die Netzwerkarbeit zur Prävention besonders fördern.

che Regelungen informieren. In Zusammenarbeit mit Land und Bund wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, das Wohnungseigentum weiterer Gruppen zu fördern. Schlichtungsstellen in Mietangelegenheiten wollen wir in Fragen interkultureller Kommunikation unterstützen.

HL 15 Wohnungspolitik anpassen.

Die stadträumliche Verteilung unserer Bevölkerung verläuft nicht entlang von Herkunftsgruppen, sondern in erster Linie aufgrund ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit und sozialen Mobilität. In der Wohnungspolitik sind vielfältige und auch als unkonventionell angesehene Bedürfnisse unserer Bevölkerung zu berücksichtigen sowie gemeinschaftliches, generationenübergreifendes Wohnen zu fördern. Mit dem ›Frankfurter Vertrag‹ hat die Stadt Frankfurt frühzeitig ein Instrument für eine sozial verträgliche Belegungspolitik entwickelt, dessen Anwendung fortlaufend angepasst wird. Im stadt-eigenen Wohnungsbestand wollen wir weiterhin durch geeignete Modernisierung das Zusammenleben fördern. In der Zuweisung von Wohnungen wollen wir das Kriterium einer ›angemessenen Wohnung‹ differenziert und auf unterschiedliche Bedürfnisse angepasst anwenden.

Abstimmung mit anderen Akteuren.

Bauherren und Architekten, die für Bauten und öffentliche Platzgestaltungen ein Urheberrecht geltend machen können, sind für unterschiedliche Sichtweisen und Ansprüche zu sensibilisieren. In Kooperation mit Eigentümervereinen und Mietervertretungen wollen wir unterschiedliche Bevölkerungsgruppen über Wohngelegenheiten, unterschiedliche Stadtteile, aber auch rechtli-

4.5 Stadtteile: ein gutes Zusammenleben

Dieses Konzept beschreibt Integrationspolitik als eine Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer Aufenthaltsdauer. Das Konzept betont dabei die Bedeutung vertrauter Räume, kurzer Wege und von Strukturen und Anlässen für Begegnung, Integration und Sicherheitsempfinden. Neben einem erfolgreichen Lebensweg ist die gute Verbundenheit mit der eigenen Nachbarschaft die wichtigste Voraussetzung für gute Integration.

Für die Umsetzung dieser Ziele wollen wir in den einzelnen Quartieren wichtige Initiativen und das große private Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger unterstützen, die politische und bürgerschaftliche Partizipation vor Ort erhöhen, soziale und ethnische Segregation verhindern und unsere Stadtteilarbeit so anlegen, dass sie gesamtstädtische Bedeutung gewinnt.

HL 16 Anlaufstellen schaffen.

Es ist sicherzustellen, dass sich Menschen schnell und wohnortnah informieren und beteiligen können. Dafür wollen wir in Kooperation mit Ortsbeiräten, ehrenamtlichen Engagierten und Stadtteilinitiativen gemeinsame Anlaufstellen in den Stadtteilen an öffentlichen und oft besuchten Orten ausbauen, die eine regelmäßige Ansprache gewährleisten, im Bewusstsein der Einwohnerinnen und Einwohner präsent, gut erreichbar und angemessen ausgestattet sind. Dafür sind geeignete Orte in den Stadtvierteln zu identifizieren, an denen Menschen sich regelmäßig und auf Augenhöhe begegnen können, solche Plätze auszugestalten, in Maßnahmen verstärkt zu nutzen und auch anderweitig zu fördern. Auch die barrierefreie virtuelle Kommunikation und Information gilt es verstärkt zu ermöglichen, die nicht nur für jüngere Generationen, sondern auch für Berufstätige oder für Menschen mit eingeschränkten Bewegungsmöglichkeiten wichtig ist. In der Kommunikation der Stadtpolitik mit der Öffentlichkeit kommt den Ortsbeiräten, ihren Bürgersprechstunden und öffentlichen Sitzungen eine besondere Bedeutung zu. Auch die öffentliche Rolle von Stadtbezirksvorsteherinnen und Stadtbezirksvorstehern als Ehrenbeamte des Magistrats sowie die bestellter Schiedspersonen ist zu stärken; unterschiedliche Menschen sind für solche Ämter zu gewinnen. Ergebnisse einer sozialräumlich ausgelegten Datenerhebung und Forschung sind geeignet, die Willensbildung vor Ort zu unterstützen.

Segregation entgegenwirken.

Viele Themen bieten Gelegenheit, dafür zu sorgen, dass in Stadtteilen und bei allen Einwohnerinnen und Einwohnern das Bewusstsein gemeinsamer Verantwortung entsteht, in der jede und jeder mit Respekt am Leben der Nachbarn Anteil nimmt. Wahrgenommene und tatsächliche ›Parallelgesellschaften‹ sollen verhindert werden. Dabei ist zwischen selbst gewählter und unfreiwilliger Segregation zu unterscheiden: Sog. ›ethnische‹ Segregation ist häufig nicht die Ursache, sondern eine Auswirkung sozialer Benachteiligungen oder eine Folge der Lage auf dem Wohnungsmarkt. Menschen suchen sowohl die Nähe derjenigen, die ähnliche Erfahrungen teilen, wie auch ihren eigenen Lebensweg und beruflichen Aufstieg in die Gesellschaft, der sie aus dem eigenen Umfeld weg führen kann. In der Planung gestalterischer Ansätze oder politischer Einzelmaßnahmen und Projekte wollen wir mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern zusammenarbeiten und dabei unterschiedliche Gruppen zur gleichberechtigten Teilnahme ermuntern. Viele Menschen sehen in unterschiedlichen Religionszugehörigkeiten eine besondere Hürde oder Belastung des gemeinsamen Zusammenlebens. Information und die Unterstützung von Begegnung können dazu beitragen, dass andersgläubige Menschen einander offen begegnen und sich nicht in verschlossene Räume zurückziehen. Von den Religionsgemeinschaften erwarten wir Respekt gegenüber einem andersgläubigen Umfeld und dem neutralen öffentlichen Raum und seiner gewachsenen sozialen Struktur und Geschichte. Da Begegnungen in der Nachbarschaft weitergehende Kontakte oft nur bedingt befördern oder beeinflussen, haben wir diese Arbeit gezielt um ge-

HL 17

samtstädtische Ansätze in allen Handlungsfeldern zu ergänzen. Eine erwiesenermaßen zentrale Rolle spielt ein gemeinsamer Besuch von Eltern-Kind-Gruppen, Kindertagesstätten, Schulen und Freizeitangeboten, die wir dabei unterstützen werden, sich ihrerseits an der gewachsenen Vielfalt im Familienleben zu orientieren.

HL 18**Netzwerke stärken und bilden.**

Wir wollen anerkennen und abwägen, welche produktive Rolle traditionelle oder ethnische Netzwerke in Integrationsprozessen spielen können. Verwandtschaft, Freunde und langjährige Bekannte bieten Gefühle der Geborgenheit und Anerkennung. Vereine und Netzwerke sind jedoch zu ermuntern, neue und andere Mitglieder aufzunehmen und ihre Angebote, Aktivitäten und Strukturen entsprechend weiterzuentwickeln. Durch die Zahl ihrer Mitglieder und ein viele Menschen ansprechendes Angebot haben die Sportvereine eine besondere Rolle, die wir weiter fördern wollen. Aber auch im Sport ist Diskriminierungen wegen Herkunft, sozialem Status, Religion oder sexueller Orientierung entgegenzuwirken. Auch nicht vereinsgebundene Sportarten und Individualsportarten kleinerer Gruppen sind in ihrer gemeinschaftsbildenden Funktion zu unterstützen. Auch beliebte Sportarten aus anderen Ländern sollten bei der Suche nach Spielflächen, in Nutzungskonflikten, durch Veranstaltungen und öffentliche Anerkennung unterstützt werden.

Abstimmung mit anderen Akteuren.

In der Stadtteilarbeit sind organisierte Interessen auch mit den Anliegen derer abzuwägen, die sich nicht äußern. Gerade Gruppen oder Menschen, die sich verunsichert auf sich selbst zurückziehen, finden oft nicht den Weg zu Beratungsstellen oder zu städtischen Einrichtungen. Die Arbeit der vielen Verbände, Gemeinden und Stadtteilinitiativen, Elterngruppen und Kulturzentren, der Präventionsräte und nicht zuletzt der Polizei ist für unser Zusammenleben als Unterstützung und Informationsquelle unverzichtbar. Aber auch Mieter- und Eigentümervereine, Ladeninhaber und Arbeitgeber, Gastronomie und Freizeiteinrichtungen können wichtige Unterstützung leisten. Zum Wohle unserer Stadtteile haben wir alle gemeinsam Gerüchten oder von Vorurteilen geprägter Aufregung sachlich entgegenzutreten.

4.6 Verständigung: Sprache und Kommunikation

Eine gemeinsame Sprache, angemessene Ausdrucksfähigkeiten und die Akzeptanz anderer Akzente und Sprachverwendung sind die wichtigsten Voraussetzungen für gegenseitiges Verständnis und einen erfolgreichen Lebensweg in unserer Stadt. Die Kenntnis anderer Sprachen vermittelt Zugänge in alle Welt und zusätzliche Chancen. Sprachen sind als Ausdruck von Identität anzuerkennen. Die von allen geteilte deutsche Sprache ist ein besonderes Zeichen von Gemeinsamkeit.

Erfolgreicher Spracherwerb hat viele Voraussetzungen, die in der Zusammenarbeit verschiedener Fachverwaltun-

gen und städtischer Partner gelegt werden müssen. Es gilt aber auch, die Kommunikationsfähigkeiten aller Bürgerinnen und Bürger, insbesondere ihre Deutschkenntnisse, zu fördern und Räume und Anlässe zu schaffen, Sprachkenntnisse gemeinsam anzuwenden: Sprachen müssen gesprochen werden. Die Kommunikation mit Menschen anderer Muttersprachen ist eine besondere Sprechsituation, für die städtische Einrichtungen, aber auch die Öffentlichkeit sensibilisiert werden sollten.

HL 19 Frühe Deutschförderung ausbauen.

In der Frühförderung reichen Einzelmaßnahmen nicht aus; es bedarf vielmehr eines ganzheitlichen Ansatzes. Spracherwerb, zumal der von Deutsch als Zweitsprache, kann nicht allein durch Unterrichtsstunden gelingen, sondern muss das Lebensumfeld und die Umgebungssprachen der Kinder berücksichtigen. Früher Deutscherwerb anderssprachiger Kinder ist daher durch die Förderung deutschsprachiger Kontakte in ihrer Umgebung zu ergänzen. Spracherwerb wird durch eine stabile und harmonische Lebenssituation gefördert sowie durch natürliche Lernsituationen. Wir wollen daher auch übergreifende Formen wie z. B. Eltern- und Kind-Kurse, Nachmittagsgruppen und Spiel- oder Lesegruppen fördern, Erziehungsberechtigte und Familien stärken und auch selbst fortbilden.

HL 20 Spracherwerb begleiten.

Der Erwerb einer fremden Sprache fordert von den Lernenden große Anstrengungen und verlangt geeignete Unterstützung. Spracherwerb ist daher fortlaufend zu begleiten. Dabei sind in der Konzeption von Maßnahmen und Angeboten Übergangssituationen in der Bildungs- und Berufsbiographie besonders zu berücksichtigen. Die Stärkung berufsbezogener Deutschkenntnisse für einen erfolgreichen Übergang zwischen Schule und Ausbildung bzw. Schule und Beruf muss unsere besondere Aufmerksamkeit finden. Für Kinder und Jugendliche können Patenschafts- und Ferienprojekte den Zugang zu Spra-

chen verstetigen und intensivieren. Besondere Aufmerksamkeit erfordert der weitere Spracherwerb von Erwachsenen mit einer unterbrochenen Bildungsbiographie; in besonderen Fällen gehören dazu auch Alphabetisierungskurse. Frauen, die nach einer längeren Kindererziehung neue Kontakte oder den Weg zurück ins Berufsleben suchen, verdienen unsere besondere Unterstützung. Bei der berufsbezogenen Sprachförderung wollen wir berücksichtigen, dass in vielen Berufen – und zumal in Frankfurt – Fremdsprachenkenntnisse erforderlich oder hilfreich sind. Auch die ältere Generation, die in einem langen Arbeitsleben keine Gelegenheit hatte, ihre Deutschkenntnisse auszubauen, wollen wir durch neue Angebote unterstützen.

Mehrsprachigkeit berücksichtigen.

Angesichts der Frankfurter Realität wollen wir den unverzichtbaren Deutscherwerb und die faktische Mehrsprachigkeit einer wachsenden Zahl von Frankfurter Familien nicht als Gegensatz betrachten oder gar argumentativ gegeneinander ausspielen. Muttersprachen sind kostenlose Bildung. Mit den Sprachen, die Eltern am besten können, vermitteln sie erzieherische Autorität, kulturelle Bildung und intellektuelle Werte. Angemessene Deutschkenntnisse sind ein wesentlicher Schlüssel zu Erfolg und Teilhabe an unserer Gesellschaft. Zum erfolgreichen Deutscherwerb gehört, zumal wenn das Erlernen der deutschen Sprache spät einsetzt, die Begleitung eines kontinuierlichen Lernprozesses. In Frankfurt gehört

HL 21

dazu aber auch oft die Aufgabe, einen Sprachwechsel behutsam und verständnisvoll so zu gestalten, dass der bisherigen Sprache und der mit ihr verbundenen Identität Anerkennung widerfährt. Mehrsprachigkeit gelingt nicht von allein, im Schulalter ist zumal der Schrifterwerb eine zusätzliche Belastung. Kinder, die mehrere Muttersprachen nicht richtig erwerben, bedauern dies oft später im Leben als verpasste Chancen, können das Versäumte aber nicht mehr ausgleichen. Bildungsstand und Sprachvermögen, Engagement, finanzielle Möglichkeiten und die verfügbare Zeit von Eltern beeinflussen den Erfolg ebenso wie eine geeignete oder fehlende Unterstützung durch die Umgebung und das Bildungssystem. Unerfahrene Eltern sehen in Mehrsprachigkeit nicht nur einen Schatz, sondern auch eine Belastung in der Sorge, etwas falsch zu machen. Erziehungsberechtigte sind daher in der Förderung mehrsprachiger Kinder früh zu unterstützen. Kindertageseinrichtungen und Schulen sind auf einen kompetenten Umgang mit Mehrsprachigkeit vorzubereiten.

HL 22 Differenziertes Deutschkursangebot sicherstellen.

Die Stadt Frankfurt setzt sich dafür ein, dass es in der Stadt ausreichend und qualitativ hochwertige Angebote an Deutschunterricht für Erwachsene gibt. Sie unterstützt die Durchführung der Integrationskurse des Bundes und ergänzt Information und Beratung für eine Teilnahme. Für einige Zielgruppen sind diese Angebote in Niveau und Teilnehmergruppen oder aufgrund besonderer Lernerfahrungen und Lebensbedingungen nicht direkt zugänglich. Für diese Gruppen sind die erfolgreichen Angebote städtischer und privater Träger weiterzuentwickeln. Interessierte wissen bisweilen wenig über existierende Angebote. Viele, die Unterstützung im Deutscherwerb benötigen würden, haben Schwierigkeiten, ihr Leben auf die Ansprüche eines anstrengenden Unterrichts einzustellen oder können sich entsprechende Fortbildungen nicht leisten. Informationen über Sprachkurse und mögliche Unterstützung sind daher so zu gestalten, dass sie die Zielgruppen erreichen und ansprechen.

HL 23 Deutschkenntnisse sicherstellen.

Ausreichende Kenntnisse in der Sprache des Bildungssystems sind eine entscheidende Voraussetzung für den Schulerfolg. Es ist sicherzustellen, dass alle Kinder bei der Einschulung über angemessene Deutschkenntnisse ver-

fügen. Wir wollen dafür auch Methoden, Instrumente und einen guten Zeitpunkt für mögliche altersgerechte Sprachstandsmessungen für alle Kinder prüfen, die der Vielgestaltigkeit individuellen Spracherwerbs, dem sozio-ökonomischen Hintergrund und der sprachlichen Herkunft Rechnung tragen. Es ist insbesondere zu prüfen, inwiefern punktuelle Tests durch eine ganzheitliche und längerfristige Beobachtung und Dokumentation der Kommunikationsfähigkeit ergänzt werden müssen. Für Kinder, die einen besonderen Sprachförderbedarf aufweisen, müssen geeignete und nicht diskriminierende Fördermaßnahmen vorhanden sein.

Räume für Kommunikation schaffen.

HL 24

Sprachen müssen gesprochen werden, zumal zwischen Muttersprachlerinnen bzw. Muttersprachlern und Lernenden. Dies erfordert manchmal Geduld und Verständnis sowie die Akzeptanz anderer Akzente und Ausdrucksweisen. Wir wollen sicherstellen, dass Kommunikation tatsächlich stattfindet und dass sich zumal Deutschlernenden dafür ausreichend Bezugspunkte und Gelegenheiten bieten, bei denen sie sich wohl, gleichberechtigt und ernst genommen fühlen. Aktivitäten im Stadtteil, Bürgerversammlungen oder die Angebote öffentlich subventionierter Kulturinstitutionen bieten dafür viele Gelegenheiten, sind aber auch daraufhin auszurichten, ggf. mit gezielten, respektvollen Hilfestellungen. Räume und Anlässe für Mehrsprachigkeit sollen zugleich niedrigschwellige Zugänge zum Gebrauch der deutschen Sprache fördern. Durch praktische Handreichungen und Fortbildungen kann die Sensibilität der Bevölkerung für besondere Lernsituationen im Spracherwerb gefördert werden.

Abstimmung mit anderen Akteuren.

Spracherwerb gelingt letztlich nicht in Unterrichtszimmern oder Lerngruppen, sondern im wirklichen Miteinander. Dafür wollen wir Initiativen und Institutionen im Umfeld der Lernenden vernetzen und Anlässe zum kontinuierlichen Spracherwerb von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen schaffen: Sprachen lernt man am besten gemeinsam. Wir benötigen daher die Hilfe von Vereinen, sprachlichen ›Communities‹, von Vermietern und Arbeitgebern, um dafür zu sorgen, dass auch im sozialen Umfeld von Lernenden, ihren Freunden und Verwandten die anspruchsvolle Lernsituation akzeptiert

und unterstützt wird. Wir wollen für die Bedeutung des deutschen Spracherwerbs als fächerübergreifendes Prinzip werben, uns dafür einsetzen, dass Lehrpläne, Studiengänge, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen darauf ausgerichtet werden und dass abgestimmte Lernmaterialien weiterentwickelt werden.

4.7 Bildung: Zukunftschancen für die Einwanderungsgesellschaft

Dieses Konzept verwendet einen umfassenden Bildungsbegriff, der die allgemeine Bildung und berufliche Ausbildung, kulturelle Bildung, die Kenntnis von Entwicklungen in der Stadt und das Wissen um demokratische Verfahren und Diskussionskultur sowie von Beteiligungsmöglichkeiten umfasst.

Auch der Erwerb schulischer und beruflicher Bildung hängt von vielen Faktoren ab, nicht zuletzt von sozialen Kontakten und institutionellen Netzwerken im Umfeld, aber auch von den Rahmenbedingungen, die eine Gesellschaft bietet, in der man sich Erfolg selbst zutraut. Daher gilt es, die Kooperationen verschiedener Fachverwaltungen in Bildungsfragen fortzusetzen, zusammenzuführen und zu verstetigen. Die Stadt Frankfurt wird im Rahmen des Projekts ›Lernen vor Ort‹ eine Systematisierung des kommunalen Bildungswesens befördern und etablieren, die in dezernatsübergreifender Zusammenarbeit umgesetzt wird. Mit der Zusammenfassung in einer einheitlichen Steuerungsstruktur werden Bildungsprozesse systematisiert und verbessert.

Frankfurt ist in vielen Bereichen von Frühförderung, Schulbesuch und Schulerfolg erfolgreicher als der Landes- oder Bundesdurchschnitt. Neben engagierten Fachkräften helfen uns ausgebildete Multiplikatoren und Impulse privater Initiativen. Wir wollen zu einem für alle Bürgerinnen und Bürger verständlichen und transparenten Bildungssystem beitragen, Zugänge zu Aus- und Weiterbildung erleichtern, die Bildungsstätten in unserer Stadt auf unterschiedliche Erwartungen und Bedürfnisse ausrichten und die einzelnen Stationen in der Bildungsbiographie unserer Einwohnerinnen und Einwohner beratend begleiten.

Bildung ist ein Schlüssel für die erfolgreiche Teilhabe an unserer Gesellschaft. Wir wollen durch verstärkte Netzwerk- und Informationsarbeit aber ebenso sicherstellen, dass Absolventinnen und Absolventen ihre Qualifikationen in unserer Stadt auch wirklich verwenden können und nicht Opfer von Benachteiligung werden.

HL 25 **Kommunales Steuerungsmodell umsetzen.**

Der Frankfurter Öffentlichkeit steht eine Vielzahl an Bildungs- und Kultureinrichtungen zur Verfügung. Viele von ihnen sind öffentlich finanziert oder subventioniert. Auch das Schul- und Ausbildungssystem ist stark differenziert und erscheint vielen unübersichtlich. Im Rahmen der Umsetzung von ›Lernen vor Ort‹ wird der Aufbau und die nachhaltige Verankerung eines kooperativen Steuerungsmodells in Frankfurt entwickelt. Ziel ist es, die vorhandenen Steuerungsmöglichkeiten zu einer bedarfsgerechten und abgestimmten Angebotsstruktur für eine wachsende Bildungsbeteiligung weiter zu entwickeln. Insbesondere die oftmals kritischen Übergänge zwischen Bildungseinrichtungen sowie die Übertragbarkeit erfolgreicher Modellvorhaben in die Fläche ist zu untersuchen. Dabei ist auch zu klären, inwiefern Bildungs- und Beratungsstätten und die Unterstützung von Netzwerken tatsächlich Inklusion fördern, alle erreichen und auf das gesellschaftliche und berufliche Leben vorbereiten. Ein wichtiges Ziel im Rahmen der ämterübergreifenden

Zusammenarbeit ist es, dass ein Aufstieg durch Bildung nicht nur in Einzelfällen geschieht, sondern dass jede Begabung angemessen strukturell gefördert wird.

Zugänge erleichtern.

Für einen erfolgreichen Weg im Bildungssystem sind von allen Lernenden besondere Adaptionsleistungen erforderlich. Lernende, in deren sozialem Umfeld es wenig Bildungserfahrung gibt, haben besondere Anstrengungen zu erbringen und müssen sich oft besonders beweisen. Eine angemessene Förderung für einzelne besondere Zielgruppen und die Gruppe der sog. ›Seiteneinsteiger‹ kann schwierige Zugänge zum Bildungssystem erleichtern und dafür sorgen, dass Bildungswege bekannt sind. Ziel aller Maßnahmen ist die erfolgreiche Heranführung der Teilnehmenden an den Regelunterricht. In der Frühförderung ist insbesondere der gemeinsame Kindergartenbesuch oder die gemeinsame Erziehung in Nachbarschaftszentren und Eltern-Kind-Gruppen weiter zu unterstützen. Informations- und Vorbildkampagnen,

HL 26

die zugleich über Zugangsmöglichkeiten informieren, sollen weiter ausgebaut werden. Die Stadt Frankfurt bekennt sich zu der humanitären Verpflichtung, auch Flüchtlingen und Kindern von Eltern ohne offiziellen Aufenthaltsstatus die Teilnahme am Regelschulunterricht zu ermöglichen, über die von der Landesregierung entschieden wird.

HL 27 Familien unterstützen.

Eltern sind die wichtigsten Kooperationspartner des Bildungssystems. Ihnen sind notwendige Hilfestellungen zu geben und, wo erforderlich, ihre Motivation und Kooperationsbereitschaft zu fördern. Durch geeignete Netzwerkarbeit vieler Beteiligten ist dafür zu sorgen, dass eine möglicherweise geringere eigene Bildungserfahrung und der soziale Status einer Familie nicht die Bildungsentwicklung eines Kindes dominieren. Eltern sind dabei in ihren Fähigkeiten und Rechten ernst zu nehmen. Dazu gehört nicht nur, ihnen eine gute Kenntnis der Leistungsanforderungen von Schulen und der Notwendigkeiten, die sich daraus ergeben, zu vermitteln, sie über Karrierewege in Schule und Arbeitsmarkt zu informieren, sondern ihnen darüber hinaus auch die Möglichkeit zu geben, eigene Erwartungen und Ansprüche zu formulieren. Wir wollen daher dazu beitragen, die Abstimmung und Kooperation zwischen Bildungseinrichtungen und Erziehungsberechtigten zu verstärken. Durch integrative Maßnahmen ist die aktive Partizipation in Elternbeiräten und bei Aktivitäten im Umfeld des Unterrichts zu erleichtern. Beratungsstellen für Lernphasen und Lebenssituationen werden besonders dann angenommen, wenn sie in den Stadtteilen leicht erreichbar sind, unabhängigen Rat geben können und im Umgang mit Diversität professionell geschult sind. Für einen gelingenden Start ins Leben können solche Koordinationsstellen zugleich die existierenden Präventionsketten von frühen Hilfen, Schulverbänden und Familienzentren unterstützen.

HL 28 Institutionen vernetzen.

Bildung ist nicht abstrakt, sondern soll auf das Leben und unsere Gesellschaft vorbereiten. Bildung soll Spaß machen und als sinnhaft erfahren werden. Bildungserfolge sind daher auch vom Umfeld der Lernsituation abhängig. Es soll geprüft werden, wie einzelne Bildungsstätten zu Stadtteilzentren ausgebaut werden können, z. B. durch die Einrichtung und Förderung von Elterncafés und

Elterntreffs, durch Kooperationen im Stadtteil und über die Vernetzung mit Projekten und der interkulturellen Arbeit der Stadtteilbibliotheken. Damit kann auch ein Beitrag zum Ausbau von Ganztagsangeboten geleistet werden. Zur bestmöglichen Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Lernschwierigkeiten, sozialen oder persönlichen Problemen sind die Fachkenntnisse und die Arbeit von Unterrichtenden, Schulsozialarbeit, Therapeuten und Familienarbeit zu vernetzen.

Mit Vielfalt umgehen.

Unsere Bildungsstätten sind in der Erfüllung ihres Auftrags den gesellschaftlichen Veränderungen besonders ausgesetzt und sehen sich bisweilen in einem täglichen Krisenmanagement, das neue Kompetenzen und Strukturen erfordert, um Vorurteilsfreiheit zu fördern und eine Lernsituation zu schaffen, die unterschiedliche Lernende gleichermaßen berücksichtigt, fordert und ihnen Anerkennung zollt. Es kann wichtig sein, hohe Feiertage oder Gedenktage verschiedener Gruppen in der Ausgestaltung des Schulalltags und bei Prüfungsterminen angemessen zu berücksichtigen. Es ist Ziel der Frankfurter Stadtpolitik, darauf hinzuwirken, dass Pädagoginnen und Pädagogen auf unterschiedlichere Gruppen, Erwartungshaltungen und Sprachkenntnisse und auf soziale Unterschiede besser vorbereitet werden und selbst geeignete Unterstützung erfahren. Dies kann in Kooperation mit wohnortnahen niedrigschwelligen Beratungsstellen dazu beitragen, Bildungsabbrüche zu vermeiden.

HL 29

Soziale Bildung vermitteln.

In begleitenden Maßnahmen verschiedener Fachverwaltungen wollen wir die Schulen darin unterstützen, dass von allen Schülerinnen und Schülern nicht zuletzt die in unserer Gesellschaft geltenden Regeln des Sozialverhaltens erfahren werden. Anzeichen von Ressentiments bzw. Rassismus muss entschieden entgegengetreten werden. Die Stadt Frankfurt wird entsprechenden Hinweisen und ihrer Entstehung aktiv nachgehen. Unsere Frankfurter Bildungseinrichtungen sollen dabei nicht zuletzt vermitteln, wie durch individuelles Handeln und durch die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen Integration und ein gutes Zusammenleben gefördert werden können. Die Stadt Frankfurt wird lehrplanbegleitende Projekte fördern, in denen die Vielfalt, die Traditionen

HL 30

und die Gemeinsamkeit der Frankfurter Stadtbevölkerung vermittelt werden. Schulaustausch und Klassenfahrten, z. B. in unsere Partnerstädte und in die Herkunftsländer der Lernenden, können dazu beitragen, die tatsächlichen Lebensverhältnisse dort näher kennenzulernen. In Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen und privaten Partnern ist auch die Kooperation verschiedener Schulen, z. B. allgemeinbildender und beruflicher Schulen, weiter anzuregen und zu fördern.

HL 31 **Miteinander fördern.**

Unsere Bildungsstätten sollen auf das Zusammenleben in einer vielfältigen Stadtgesellschaft vorbereiten. Dem steht bisweilen nicht nur die faktische sozialräumliche Trennung einiger Bevölkerungsgruppen entgegen, sondern auch eine Aufteilung auf Schulen und Schultypen. In leicht erreichbaren Beratungsstellen und in aufsuchender Familienarbeit sollen Eltern angesprochen und über die Vorteile einer wohnortnahen Einschulung für das Zusammenleben im Stadtteil informiert werden. Eine ausgeglichene Verteilung von Schülerinnen und Schülern deutscher Muttersprache auf einzelne Schulklassen bleibt auch in Zukunft eine politisch wichtige Frage. Die Bedeutung einer gemeinsamen Teilnahme an Klassenfahrten und besonderen Unterrichtsfächern, wie z. B. Sport oder Sexualkunde, ist den Erziehungsberechtigten gegenüber besonders herauszustellen. Durch Information, abgestimmte Maßnahmen und mit der Hilfe von Multiplikatoren wollen wir im Bereich der Frühförderung das Miteinander in gemischten Eltern- und Kind-Gruppen fördern und Eltern, die ihre Kinder lieber bei sich erziehen, dazu ermutigen, den Übergang in die Schule durch einen Kindergartenbesuch zu erleichtern. Auch in der Erwachsenenbildung sollte bei Bedarf sichergestellt sein, dass sich unterschiedliche Bevölkerungsgruppen gleichermaßen beteiligen können. In den Schulferien und in Kooperation mit den öffentlichen Kultureinrichtungen sollten vermehrt gemeinsame Angebote entwickelt und durchgeführt werden. Die Stadt Frankfurt möchte in allen städtischen Bildungseinrichtungen vermehrt Lehrende und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit unterschiedlichen Erfahrungen und Kontakten zu verschiedenen Bevölkerungsgruppen beschäftigen.

Übergänge erleichtern.

Übergangsbereiche zwischen Bildungseinrichtungen sowie zwischen Schule und Beruf sind in Frankfurt unterschiedlich ausgebaut, organisiert und koordiniert. Übergreifendes Ziel der Arbeit aller beteiligten Fachverwaltungen und Partner soll es sein, durch Beratungsleistungen und durch die Vernetzung der betreffenden Institutionen dazu beizutragen, Übergänge im Bildungssystem – z. B. zwischen Kindergarten und Grundschule, Schule und Berufsausbildung sowie zwischen verschiedenen Schulformen – zu erleichtern. Aus einer hohen Kooperationsbereitschaft aller Beteiligten können viele innovative und praktische Ansätze entstehen. Während bei Kindern zunächst die Eltern wichtige Ansprechpartner und Entscheidungsträger sind, beeinflussen später auch ihr Umfeld und gleichaltrige Freunde die Wahl für eine bestimmte Schule oder Ausbildung. Die Stadt Frankfurt wird auch an dieser Stelle städtische Hilfen und Betreuungsangebote durch verstärkte Zusammenarbeit effizienter gestalten, um durch die richtige Schul- und Berufswahl nicht nur eine gut verlaufende Bildungskarriere zu erleichtern, sondern auch eine Stärkung des Selbstwertgefühls und der Identitätsbildung zu unterstützen. In Kooperation mit Wirtschaftsverbänden und Arbeitgebern wollen wir auf eine bessere Verwertung von Schulabschlüssen hinarbeiten: ›Warteschleifen‹, die auch als ›Sackgassen‹ empfunden werden können, tragen zu Bildungs- und Ausbildungsabbrüchen bei.

HL 32

Erwachsenenbildung gestalten.

Die Stadt Frankfurt wird die vielfachen städtischen Angebote zur Erwachsenenbildung – ob in der Volkshochschule, in Kulturinstitutionen, Vortragsreihen oder Veranstaltungen vieler städtischer Einrichtungen – weiter vernetzen, bei unterschiedlichen Gruppen noch weiter bekannt machen und sie auf die reale Vielfalt der Bevölkerung ausrichten. Bei den vielen Stellen, die solche Programme anbieten, ist beratend darauf hinzuwirken, verstärkt integrative Programme zu entwickeln und anzubieten, sowohl für die Vermittlung von Kenntnissen gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse, die unsere Stadt prägen, als auch zum Spracherwerb in Kompetenzstufen des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens. Durch gemeinsame Anstrengung wollen wir mit Blick auf die reale Heterogenität der Frankfurter Bevölke-

HL 33

rung die existierenden Angebote zur nachholenden Bildung, insbesondere von Schulabschlüssen, intensivieren.

Abstimmung mit anderen Akteuren.

Eine umfassende und erfolgreiche Bildung können wir als Stadt nicht allein sicherstellen. Wir sind z. B. in der Entwicklung geeigneter Lehrpläne, die auf die Situation in einer vielfältigen Gesellschaft Bezug nehmen, auf die Bildungspolitik des Landes angewiesen. Dies gilt auch für Veränderungen in der Lehrerausbildung und -fortbildung, die vermehrt auf Diversität und Inklusion vorbereiten sollte. Auch die Erhöhung des Anteils von Lehrerinnen und Lehrern aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ist Landesangelegenheit, ebenso die Einrichtung von Ganztagschulen, die Schulzulassung besonderer Gruppen (wie z. B. von Kindern ohne Aufenthaltsstatus), die stärkere Förderung der Eigenverantwortlichkeit von Schulen, die Erhebung und Publikation von Schulstatistiken sowie die Einführung neuer Fächer – wie z. B. eines konfessionsgebundenen Religionsunterrichts weiterer Glaubensrichtungen. Gleiches gilt für die Zulassung geeigneter Schulbücher und Lehrmittel. Die Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt sowie bestehende Netzwerke wollen wir in dezernatsübergreifender Abstimmung weiter intensivieren, Koordinationsprojekte zusammenführen und verstetigen und Kooperationen mit Stiftungen systematisieren und verstärken. In der politischen Bildung streben wir eine stärkere Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung, mit Stiftungen und Vereinen an. Die Frankfurter Hochschulen sind für uns wichtige Partner in der Ansprache und Integration ausländischer Studierender und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie als Orte praktizierten Diversitätsmanagements in Organisation, Forschung und Wissensvermittlung.

4.8 Lebensgrundlagen: Wirtschaft und Arbeitsleben

Die wirtschaftliche Entwicklung und sozio-ökonomische Gesamttrends haben einen wichtigen Einfluss auf Integrationsverläufe und das Zusammenleben in unserer Stadt. Dieses Konzept reagiert auf die neuen Herausforderungen und gestiegenen Anforderungen durch Globalisierung, durch wirtschaftlichen Strukturwandel und durch gesellschaftliche Veränderungen in Familien und Bevölkerung. Wir wollen als internationale Stadt mit integrationspolitischen Maßnahmen zu einem intelligenten nachhaltigen Wachstum beitragen.

Das Berufsleben prägt jeden von uns. Ein erfolgreicher Werdegang hat viele Gründe, ein Scheitern ebenso. Durch verstärkte Kooperation aller beteiligten Dienststellen und Partner wollen wir die Erwerbstätigenquote unserer Bevölkerung erhöhen, Beiträge zur Kreativität und Innovationsfähigkeit unserer Unternehmen und Betriebe leisten sowie einem Fachkräftemangel als größter Gefahr für die wirtschaftliche Situation der Region entgegenwirken.

HL 34 **Ausbildungsreife sicherstellen.**

Übergeordnetes Ziel aller beteiligten Fachverwaltungen ist es, durch ergänzende Maßnahmen die Ausbildungsfähigkeit (bzw. die Studienreife) aller Absolventinnen und Absolventen in Frankfurt sicherzustellen. Wir wollen durch Netzwerkarbeit und mit besonderen städtischen Projekten die Kooperation von Schulen mit externen Partnern aus der Berufswelt in unserer Stadt flächendeckend unterstützen, zentral koordinieren und dabei insbesondere zielgruppenbezogene, integrationspolitische Aspekte berücksichtigen. Eltern, Lehrende und Lernende sollen für Stärken und Interessen sensibilisiert, eine passende Berufsberatung soll sichergestellt und eine erfolgreiche Vermittlung durch direkte Kontakte erleichtert werden, um ein Verweilen in Übergangssystemen zu verhindern. Auf diese Weise kann zugleich ein Beitrag zur arbeitsweltbezogenen und sachübergreifenden Gestaltung von Bildungsgängen geleistet werden. Alle Ämter können dabei helfen, den Berufswahlhorizont unserer Frankfurter Schülerinnen und Schüler zu weiten und durch die Unterstützung von Übergängen in eine flexible Berufsausbildung Ausbildungsabbrüche zu vermindern. Auch erfolgreiche Kampagnen und Begegnungen mit erreichbaren Vorbildern können wichtige Beiträge leisten.

und mit Arbeitgebern durch Mentorenprogramme stärken und zugleich ihre Eltern, die Familie und den Freundeskreis einbeziehen. Für unsere Arbeit wie auch bei Kooperationen in Projekten bieten die hessenweiten Qualitätsstandards zur Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit (OloV) eine einheitliche Grundlage. Durch vernetzte Maßnahmen kann am ehesten Perspektivlosigkeit überwunden und Auszubildenden geholfen werden, eine selbständige und sichere Persönlichkeit, Teamfähigkeit, Leistungs- und Lernbereitschaft sowie Verantwortungsbewusstsein zu entwickeln. Auch die Stadt ist ein Arbeitgeber, der selbst vorbildlich handeln und beim Abschluss von Ausbildungsverträgen auch berücksichtigen sollte, benachteiligten Gruppen eine Chance zu geben.

Weiterbildung vernetzen.

Das Berufsleben unterliegt starkem Wandel, zumal in unserer Stadt: Frankfurt ist durch viele internationale und im Ausland aktive Unternehmen sowie durch Auslandsvertretungen, diverse ›business communities‹ mit aller Welt verbunden und auch innerhalb der Stadtbevölkerung von einer Vielfalt an Erwartungshaltungen, Geschäftsideen und Kundenwünschen geprägt. Wir wollen diese Vielzahl von Möglichkeiten, gerade in Frankfurt eigene Qualifikationen und Erfahrungen zu nutzen, stärker kommunizieren und dies zugleich als Aufforderung, dass sich Weiterbildung lohnt, verwenden. Wir wollen uns in Kooperation mit Arbeitgebern und Vereinen bemühen, Weiterbildungsmaßnahmen in unserer Stadt zu

HL 35 **Berufsausbildung begleiten.**

Der Übergang in einen Beruf ist für viele Jugendliche ein großer Schritt, der sie zugleich aus ihrem vertrauten Umfeld herausführt. Wir wollen Auszubildende, die sich ihres Erfolgs unsicher sind, in Kooperation mit ihren ›Com-

HL 36

erfassen und auf eine Weise zu bewerben, die unterschiedliche Zielgruppen erreicht. Eine wichtige Rolle spielt der modulare Ausbau der stadtweiten Angebote für berufsbezogenes Deutsch für alle Altersstufen. Auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppen verdienen in allen Maßnahmen besondere Förderung. Wir wollen auch dazu beitragen, den Übergang zwischen den Integrationskursen und den auf ihnen aufbauenden Fördermaßnahmen der Arbeitsagenturen zu strukturieren und zu erleichtern.

HL37 **Integration im Berufsleben fördern.**

Unsere Frankfurter Unternehmen leisten nicht nur durch ihre internationalen Kontakte, sondern auch durch zahlreiche betriebsinterne Antidiskriminierungsmaßnahmen, durch Teilzeitmodelle und durch eine Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie durch Projekte im Bereich der sog. ›Corporate Social Responsibility‹ wichtige Beiträge zur Integration in unserer Stadt und zu ihrer erfolgreichen betrieblichen Weiterentwicklung. Diese Arbeit ist als Vorbild und Anregung öffentlich zu würdigen. Zugleich gilt es, in Kooperationen weiter zu einer interkulturellen Öffnung der relevanten Arbeitsmarktakteure und der Personalverantwortlichen beizutragen. Dazu gehört z. B. eine Sensibilisierung in Personalabteilungen, in Arbeitsvermittlung und in Aus- und Weiterbildung für die Bedeutung, aber auch die besondere Lernsituation eines Unterrichts in der Zweitsprache Deutsch. Spracherwerb braucht Zeit. Wir wollen daher außerdem eine verstärkte Nutzung von Mehrsprachigkeit und Fremdsprachigkeit im Berufsleben dort anregen, wo dies möglich und sinnvoll ist, z. B. in einigen Bereichen von Erziehung und Pflege.

HL 38 **Beurteilung ausländischer Abschlüsse erleichtern.**

Wir wollen Anerkennungsverfahren für im Ausland erworbene Abschlüsse bei Zuwanderinnen und Zuwanderern, bei Verbänden, Ämtern, Beratungsstellen und Migrantenorganisationen bekannter machen. Verfahren zur Anerkennung sind oft kompliziert und werden zunehmend durch europäische Regelungen bestimmt. In unserer Stadt können aber auch in Zusammenarbeit mit den relevanten Institutionen Alternativen zu einer förmlichen Anerkennung geschaffen werden, z. B. in Netzwerken für die informelle Anerkennung, zur schnellen Rücksprache in Einzelfällen sowie zum Aufbau verlässlicher

Kompetenzprofile. Solche Möglichkeiten sind für einzelne Branchen differenziert zu überprüfen.

Handlungslinie 39: Selbständigkeit unterstützen.

HL 39

Viele Menschen – und zumal Migrantinnen und Migranten – gründen eigene Betriebe, aus unternehmerischem Geschick ebenso wie aus einem Mangel an anderen Möglichkeiten, z. B. aufgrund einer fehlenden Anerkennung ihrer Qualifikation. Daher arbeiten gerade viele Migrantinnen und Migranten in zulassungsfreien Berufen wie z. B. im Einzelhandel, in der Gastronomie oder in Reisedienstleistungen. Wir wollen die erfolgreiche städtische Existenzgründungsberatung und -begleitung weiter ausbauen und weiterhin auf unterschiedliche Zielgruppen ausrichten. Dazu gehören auch Angehörige der Frankfurter Hochschulen, zumal ausländische Studierende und Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler, die wir zum Bleiben bewegen wollen. Durch das Ausscheiden erfolgreicher Geschäftsinhaberinnen und Geschäftsinhaber aus dem Berufsleben wird es in den nächsten Jahrzehnten zu immer mehr Betriebsübernahmen kommen, auf die wir geeigneten Nachwuchs vorbereiten müssen, der immer mehr eine andere Lebenserfahrung und ggf. auch persönliche Migrationsgeschichte haben wird.

Fördernetzwerke ausbauen.

HL 40

Wege in die Selbständigkeit können Wege zum dauerhaften Erfolg sein. Es liegt in unserem städtischen Interesse, dass Betriebe wachsen, Unternehmen sich weiterentwickeln und dass bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht in sog. ›Branchen-Ghettos‹ verharren. Die Betriebsentwicklung soll auch weiterhin durch eine gruppengenaue und aufsuchende Beratung und Netzwerkarbeit unterstützt werden. Wir wollen nicht zuletzt Zugänge zu den vorhandenen Förderangeboten, Finanzdienstleistern und Beratungsprojekten vermitteln und Netzwerke und Informationsplattformen zum Austausch aufbauen. Dazu kann es hilfreich sein, in Kooperation mit Verbänden und den jeweiligen ›Communities‹ etablierte Unternehmerinnen und Unternehmer als ›Brückenbauer‹ zu gewinnen. Als Ansporn, aber auch als ein Beitrag für ein stärkeres Zusammengehörigkeitsgefühl kann es sinnvoll sein, die Leistungen bestimmter Gruppen, ihre Branchen und Erfolge zu untersuchen und öffentlich positiv zu vermitteln.

Abstimmung mit anderen Akteuren.

Eine wichtige Voraussetzung künftiger Maßnahmen ist eine verbesserte Datenlage zur Situation und Teilhabe unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen am Frankfurter Arbeitsmarkt, von internationalen Unternehmen und den Leistungen der sog. »ethnischen Ökonomie«. Dazu benötigen wir die Unterstützung von Landes- und Bundesbehörden, Kammern und Wirtschaftsverbänden. Wir wollen uns in gleicher Weise um Hilfe bei der formellen und informellen Anerkennung ausländischer Abschlüsse bemühen, z. B. durch die Unterstützung einer lokalen Kommunikationsplattform für Bildungssysteme, Abschlüsse und Berufszuschnitte anderer Länder. Die Vernetzung städtischer Einrichtungen mit ausländischen Unternehmerverbänden, mit internationalen »business communities« und anderen Bevölkerungsgruppen und mit der allgemeinen Öffentlichkeit ist weiterhin zu befördern, um ein stärkeres Bewusstsein für die Vielfalt der Angebote und für die Qualifikationen und Kompetenzen der Bevölkerung am Standort Frankfurt zu schaffen.

4.9 Kreativität: Kultur und Kunst

Dieses Konzept nimmt die persönliche Würde, die Ausdrucksfreiheit und die Fähigkeiten jeder und jedes Einzelnen ernst und berücksichtigt die Vielfalt und Vielschichtigkeit der Weltansichten, Traditionen und kulturellen Symbole in unserer Stadt.

Neben der erfolgreichen Arbeit unserer großen Kulturinstitutionen bereichern viele kleine Einrichtungen, Clubs

und Vereine unseren Alltag. Wir wollen zu einer gemeinsamen Stadtkultur beitragen, die für alle erfahrbar die Vielfalt von Erlebnissen und Traditionen abbildet, und allen Bevölkerungsgruppen die Erfahrung von Kunst und Kultur sowie eigener kreativer Ausdrucksweisen ermöglichen.

HL 41 Kultur und Kunst vermitteln.

Frankfurt soll nicht nur ein wichtiger Ort der Reflexion über Internationalität und Diversität sein, sondern ebenso ein Ort für die künstlerische Gestaltung von Entwicklungen in modernen, weltoffenen Gesellschaften. Unsere vielfach vernetzte, globalisierte Welt stellt neue Anforderungen an unseren Umgang mit Kunst und Kultur, an unsere Kenntnisse von Traditionen und unser Verständnis von Hochkultur. Für die Stadt Frankfurt stellt sich die Aufgabe, die reale Vielfalt der Frankfurter Bevölkerung und Künstlerinnen und Künstler zu einer wichtigen Grundlage von Förderungen und Maßnahmen zu machen. Auch die städtisch geförderte Kulturpädagogik hat in diesem Sinn neue Angebote zu prüfen. Wir möchten nicht nur den Zugang aller Bevölkerungskreise zu einer offen verstandenen Kunst und Kultur ermöglichen, sondern auch Künstlerinnen, Künstler und Kultureinrichtungen auffordern und es ihnen erleichtern, sich mit den Veränderungen unserer Stadtgesellschaft auf kreative Weise auseinanderzusetzen.

auch Gelegenheit zur Identifikation mit «ihrem Frankfurt». Die Stadt Frankfurt nutzt künftig noch stärker kulturelle Angebote aller Richtungen und Sparten als Katalysator des Dialogs, der Begegnung und Teilhabe. Unsere hochsubventionierten Institutionen sind dauerhaft darauf angewiesen und müssen dafür sorgen, dass sie unterschiedlicheren Bevölkerungsgruppen geeignete Anknüpfungspunkte bieten. Eine Möglichkeit ist es, die internationalen Bezüge deutscher und europäischer Kultur zu vermitteln sowie unsere Kulturinstitutionen als Räume internationaler und höchst unterschiedlicher menschlicher Erfahrungen zu begreifen, die sie in ihren Sammlungen, Spielplänen und Projekten de facto sind. Eine Kunst im öffentlichen Raum und eine Gestaltung oder Benennung von Plätzen, die Bezüge zur Vielfalt unserer Bevölkerung herstellen, können zusätzlich identifikationsstiftend und gemeinschaftsfördernd wirken.

HL 42 Anknüpfungspunkte schaffen.

Frankfurt ist ein Ort wichtiger Pflege deutscher und europäischer Kultur. Das kulturelle Leben der Stadt ist seit Jahren darüber hinaus ein wesentlicher Ausdruck und Motor der gelebten Frankfurter Vielfalt. Museen, Theater, Tanztheater und Oper, Konzertreihen, Angebote des Literaturhauses und der Frankfurter Verlage sowie mehrerer Programmkinos, aber auch Jazzkonzerte, Popmusik sowie eine Vielzahl weiterer und auch kleiner kultureller Initiativen und Clubs sind Ausdruck des lebendigen Frankfurter Kulturlebens. Sie bringen Menschen zusammen und bieten verschiedenen Gruppen nicht zuletzt

Beteiligung unterstützen.

Eine wichtige Grundlage wäre geeignetes Datenmaterial zur tatsächlichen kulturellen Beteiligung verschiedener Gruppen und der besonderen Rolle der öffentlich geförderten Kunsteinrichtungen. Städtische Kultureinrichtungen sollten verstärkt auf eine Nutzung ihrer Angebote durch vielfältige gesellschaftliche Gruppen achten. Dabei können auch veränderte inhaltliche Angebote und eine größere Vielfalt von Mitwirkenden eine produktive Wirkung entfalten. Wir wollen dazu beitragen, eine dauerhafte Zusammenarbeit mit Vereinen, Schulen und anderen sozialen Gemeinschaften zu etablieren und solche Aspekte bei der öffentlichen Förderung von Kunst und Kultur selbst berücksichtigen. Künstlerisch aktive Bürgerinnen und Bürger aller Bevölkerungsgruppen wol-

HL 43

len wir in ihren Produktionsbedingungen und besonders in ihrer Zusammenarbeit unterstützen und ihnen gemeinsame kreative Räume zur Verfügung stellen.

HL 44 Kulturelle Bildung fördern.

Die Kulturarbeit und künstlerische Bildung verdient Förderung als eine Beschäftigung mit dem eigenen sozialen Umfeld, mit sich wandelnden Identitäten und als Mittel zur Persönlichkeitsentwicklung und Teilhabe: Entsprechende Projekte sollen nicht zuletzt ein gemeinsames Erleben fördern, das auch Familien und Bekannte einbezieht. Die künstlerische und kulturelle Bildung für Kinder verdient besondere Unterstützung. Wir wollen dabei den Einsatz neuer Medien und die Beschäftigung mit den vielen Traditionen und Erfahrungen in unserer Stadt fördern. Wir wollen Kurse und Abendschulen der Kunsthochschulen und Kultureinrichtungen fördern, insbesondere dann, wenn sie unterschiedliche Bevölkerungsgruppen erreichen und zusammenbringen.

Abstimmung mit anderen Akteuren.

Auch in Kooperationen mit den Frankfurter Kunsthochschulen und Kulturzentren sowie mit Sponsoren und Veranstaltungsagenturen sollte auf die Ziele dieses Konzepts hingewirkt werden. In Kooperation mit Vermietern wollen wir Räume und Zwischennutzungen für künstlerische Aktivitäten finden. Es ist wichtig, unseren öffentlichen Raum verstärkt als gemeinsamen und gemeinsam gestalteten Raum wahrzunehmen und zu nutzen. In Kooperation mit der Bildungspolitik des Landes wollen wir uns dafür einsetzen, die Kunstgeschichte verschiedener Regionen, die Veränderung und wechselseitige Beeinflussung von Kulturen sowie neue und avantgardistische Entwicklungen stärker in den Lehrplänen sowie in der Lehrerbildung zu verankern.

4.10 Sozialer Zusammenhalt: eine Stadtgesellschaft

Dieses Konzept betont die Gleichberechtigung aller Einwohnerinnen und Einwohner Frankfurts sowie die Grundlagen eines guten Zusammenlebens im Sinne gegenseitiger Verpflichtungen von Einzelnen und von Bevölkerungsgruppen.

Unsere Bevölkerung lebt in einer Vielzahl von Lebenslagen, sozialen und rechtlichen Situationen. Selbsthilfegruppen, Nachbarschaften, professionell tätige Einrichtungen, Vereine und Gemeinden vertreten die Anliegen Hilfebedürftiger oder leisten eigene Unterstützung.

Wir wollen das gegenseitige Verständnis für unterschiedliche Lebenssituationen fördern und unsere städtischen Dienstleistungen und Kooperationen respektvoll an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen orientieren. Dabei wollen wir eine sog. »Klientelisierung« von Adressatengruppen vermeiden und zugleich die gute Erreichbarkeit von Informations- und Beratungsangeboten sicherstellen.

HL 45 Sozialer Ausgrenzung entgegenwirken.

In Frankfurt gibt es – wie in allen Ballungsräumen – eine große Spannweite unterschiedlicher Lebenslagen und auch Armutsrisiken. Soziale und kulturelle Ausgrenzung, fehlende Bildungschancen und eine von anderen wahrgenommene »Unzugänglichkeit« oder gar »Verwahrlosung« hängen oft mit der ökonomischen Situation zusammen. Es gilt in allen Fachbereichen durch Maßnahmen, die auf einer differenzierten Analyse der realen Vielfalt beruhen, Armutsgefährdung und Benachteiligung entgegenzuwirken, von denen Migrantinnen und Migranten häufiger als der Bevölkerungsdurchschnitt betroffen sind. Ein besonderes Augenmerk soll dabei Anzeichen von Kinderarmut gelten.

walt entschieden entgegenwirken und Angebote zum Umgang mit Rollenproblematiken weiterentwickeln. Auch jungen Männern, die häufiger mit Vorurteilen und nachteiligen Medienbildern, beruflicher Perspektivlosigkeit und persönlichen Demütigungserfahrungen zu kämpfen haben, wollen wir besondere Unterstützung zukommen lassen. Jedem Zwang in Partnerwahl und Partnerschaft und jeglicher körperlicher und psychischer Gewalt muss vorgebeugt und entschieden entgegengewirkt werden.

HL 46 Geschlechtsspezifische Aspekte berücksichtigen.

Trotz formaler Gleichberechtigung sind Frauen in vielen Bereichen benachteiligt und im öffentlichen Leben unterrepräsentiert. Bei gleicher Qualifikation sehen sich Frauen wiederholt gefordert, sich besonders beweisen zu müssen, und tragen oft zusätzliche familiäre Lasten in Erziehung und Pflege. Dazu lasten auf ihnen nicht selten besondere und divergierende Rollenerwartungen. Besonders Migrantinnen, aber auch Frauen in binationalen Partnerschaften sind davon betroffen. Auch ausländische Frauen deutscher Männer treffen mitunter auf besondere Schwierigkeiten. Migrantinnen und ausländische Frauen verharren häufiger in einem eingeschränkten Lebensradius und in minderer Beschäftigung. Wir wollen selbstbestimmte Lebensentwürfe für beide Geschlechter sicherstellen, Benachteiligung oder gar Ge-

Älteren Generationen helfen.

In Frankfurt sind viele früher einmal Zugezogene alt geworden. Es ist ein Ausdruck von Integrationsprozessen, dass sie sich entschieden haben, hier zu bleiben. Vielen von ihnen haben wir in komplizierten und oft mehrere Länder berührenden Rentenfragen durch weitere Beratungsangebote zu helfen. Durch ein Gesellschaftsklima, das individuellen Lebensentwürfen größere Freiräume zuzusst, wächst auch in den älteren Generationen eine offener gelebte Unterschiedlichkeit. Wir wollen als Stadt zu einer Versorgung und Pflege beitragen, die kultursensibel unterschiedliche Lebenswege und Situationen berücksichtigt. Dies betrifft neben der häuslichen, ambulanten und stationären Pflege auch die Unterstützung von Gruppen und Senioren-Netzwerken, die wir für Menschen mit einer Migrationsgeschichte weiter öffnen wollen. Für Menschen, die altersbedingt nur noch geringe Chancen haben, die deutsche Sprache gut zu erlernen, müssen auch Treffen in Herkunftssprachen als Integrationschance erkannt und genutzt werden. Auch die

HL 47

oft große Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement erfahrener Seniorinnen und Senioren kann eine wichtige Unterstützung sein. Dafür wollen wir gezielt Ideen vorstellen und bewerben, die integrationsfördernd wirken können.

HL 48 Familienarbeit ausbauen.

Wir wollen in Frankfurt einen umfassenden Begriff von Familie verwenden. Ehe, unterschiedliche Formen von Partnerschaft und das Zusammenleben von Erziehungsberechtigten mit Kindern sind der Kern jeder Gesellschaft und stehen wie die Privatsphäre unter besonderem Schutz. Alle Formen häuslicher, familiärer oder erzieherischer Nötigung sind jedoch keine Privatangelegenheit und werden entsprechend verfolgt. In der jungen Generation wird die Zukunft unserer Stadt sichtbar, die vielfältiger sein wird, mit mehr sprachlichen Kompetenzen, Erfahrungshorizonten und Zugehörigkeitsgefühlen. Die Erziehung von Kindern verdient unsere bevorzugte Unterstützung. Die Förderung von Familienzentren, Kinderbüros und ehrenamtlichen Netzwerken sollte zugleich dazu beitragen, sie für unterschiedliche Bedürfnisse zu öffnen. Alleinerziehenden und Eltern, die sich mit der Erziehung überfordert fühlen, wollen wir in der Kinderbetreuung und durch eine aufsuchende Familienarbeit besondere und respektvolle Hilfestellungen geben. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch flexiblere Arbeitsmodelle, durch ausreichende und geeignete Angebote an Krippen- und Tagespflegeplätzen sowie durch Ganztagschulen und Nachmittags- und Ferienangebote ist auch integrationspolitisch relevant. Unser Ziel, als familienfreundliche Kommune internationalen und mehrsprachigen Familien ausreichende Angebote zur Verfügung zu stellen und ihnen mit großer Offenheit zu begegnen, ist nicht zuletzt ein bedeutsamer Standortfaktor. Wir wollen Flächen und Plätze unserer Stadt als offene, interkulturelle und informelle Treffpunkte für Familienaktivitäten gestalten. In der Frühförderung sind nicht nur Hebammen, Kinderärzte und Tagesmütter wichtige Multiplikatoren. Es gilt ebenso, die Zusammenarbeit mit Landes- und Bundesbehörden sowie mit der Jugend-, Familien- und Sozialgerichtsbarkeit zu intensivieren, um rechtliche Hürden und die vielfältigen Bedürfnisse von Familien in unserer Stadt stärker zu berücksichtigen.

Jugendhilfe vernetzen.

Viele Jugendliche schauen mit einem skeptischen Blick auf die Gesellschaft und ihre eigene Zukunft. Jugendliche aus sozial schlechter gestellten Familien und Jugendliche mit einer Migrationsgeschichte haben mit erhöhten Belastungen zu kämpfen. Wir wollen wohnortnah Jugendhilfeeinrichtungen fördern und vernetzen, auch mit Bildungseinrichtungen, Stadtteilinitiativen und Arbeitgebern. Neben der professionellen Sozialarbeit gilt es, Programme und Netzwerke mit Mentoren im sozialen Umfeld aufzubauen. Dabei sollten attraktive Freizeitaktivitäten und stadtteilübergreifende Kooperationsprojekte mit klaren erzieherischen Zielen strukturiert werden, welche die Erziehungsberechtigten einbeziehen und in ihrer Kompetenz stärken. Die vielen Angebote für unterschiedliche Jugendliche wollen wir regelmäßig sammeln und in geeigneter Form veröffentlichen und bewerben. Dazu gehört auch die Möglichkeit eines freiwilligen sozialen Jahrs, das wir mit Maßnahmen zur Integrationsförderung bewerben und fördern wollen. Private Sicherheitsdienste und Veranstalter sind für Situationen zu sensibilisieren, die viele Jugendliche in ihrer Freizeitgestaltung als diskriminierend empfinden.

HL 49

Konflikte lösen, Gewalt ächten.

Aggression und Gewalt sind inakzeptabel, auch nicht mit kulturellen oder vermeintlich religiösen Gebräuchen zu verharmlosen, und werden mit den Mitteln des Rechtsstaats verfolgt. In der Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger für alle Fragen von Prävention und Mediation wollen wir gegenseitiges Vertrauen, eine gemeinsame Sicht der Dinge und die Bereitschaft, sich gemeinsam für geteilte Anliegen einzusetzen, fördern. Wir wollen dabei anerkennen, dass in demokratischen Gesellschaften Meinungsunterschiede offen angesprochen werden können und sollen. Wir wollen in allen Lebensbereichen und Handlungsfeldern auf der eindeutigen Grundlage unserer Rechtsordnung und politischen Kultur unterschiedliche Standpunkte deutlich benennen und klären. Opfer von Gewalt brauchen unsere Unterstützung. Es ist wichtig, die gesellschaftlichen Ursachen von Gewalt umfassend zu analysieren und präventiv zu handeln. Wir wollen gemeinsam die Fähigkeit fördern, Konflikte gewaltfrei zu lösen und mit Frustrationen konstruktiv umzugehen. Dabei ist das gesamte Umfeld in Erziehungsfragen, in Fragen der wirtschaftlichen und stadt-

HL 50

räumlichen Situation und in Erwartungen an die Schule und staatliche Instanzen anzusprechen und einzubeziehen.

HL 51 **Flüchtlinge schützen.**

Städte waren immer schon Zufluchtsorte. Frankfurt steht als Ort der Paulskirche für die erste Deklaration demokratischer Grundrechte in Deutschland. Wir wollen allen zu uns kommenden Flüchtlingen beistehen auf der Grundlage ihrer grundgesetzlich verankerten Rechte auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit, auf Leben und körperliche Unversehrtheit, auf Meinungsfreiheit, auf Vereinigung und Petition. In Abstimmung mit Landes- und Bundesbehörden wollen wir pragmatische Lösungen finden, um die Aufnahme- und Lebensbedingungen auch für Geduldete humanitär zu gestalten und ihnen neben Schutz auch angemessene Integrationsperspektiven zu bieten. Dazu gehört neben sozialen Integrationshilfen der Zugang zu Bildung und beruflicher Förderung mit dem Ziel eines selbstbestimmten Lebens ohne Abhängigkeit von Transferleistungen. Auch in Fragen einer möglichen Rückkehr sollen Menschen beraten und begleitet werden. Zahlreiche Geduldete leben seit vielen Jahren unter uns und sind mit ihren Angehörigen Teil von Nachbarschaften geworden. Wir wollen uns im Sinne eines guten Zusammenlebens für Härtefälle verwenden.

HL 52 **Menschen ohne Aufenthaltsstatus beistehen.**

Es ist ein wichtiger staatlicher Grundsatz, sowohl durch Vermeidung von Regelungslücken wie durch die Vermeidung von zu restriktiven Regelungen zu verhindern, dass Ausländerinnen und Ausländer in die Illegalität abgedrängt werden. Es ist nicht weniger eine öffentliche Aufgabe, aus Illegalität entstehende soziale Probleme abzumildern und die Einhaltung der Menschenrechte zu sichern. Der Personenkreis der behördlich nicht erfassten Einwohnerinnen und Einwohner ist breit gefächert und umfasst alle sozialen Schichten und Staatsangehörigkeiten; Hochschulabsolventinnen wie auch Ungelernte zählen dazu, auch Unionsbürgerinnen und Unionsbürger können betroffen sein. Viele Menschen ohne offiziellen Aufenthaltsstatus leben und arbeiten in teilweise bedrohlichen Abhängigkeiten, aus denen sich die Betroffenen nur schwer lösen können. Wir wollen insbesondere einen Zugang zu sozialer, allgemein- und zahnmedizini-

scher Basisversorgung schaffen, eine angemessene Versorgung von werdenden und jungen Müttern sowie die notwendige ärztliche Behandlung von Kindern sicherstellen. In Abstimmung mit Landes- und Bundesbehörden wollen wir sinnvolle Lösungen in Fragen von Aufenthaltsrecht und Arbeitserlaubnis finden.

Gesundheitsversorgung sicherstellen.

Neben Glück und persönlicher Veranlagung beeinflussen Lebensweg, Berufsausübung und sozialer Status den persönlichen Gesundheitszustand. Dass Migrantinnen und Migranten häufiger von Krankheit betroffen sind, ist auch ein Ausdruck ihrer Arbeitsleistung in minder angesehenen und entlohnten Beschäftigungen. Wir wollen Versorgungsmängeln in der Gesundheitsversorgung, in der psychosozialen Versorgung und in der Drogenberatung weiter entgegenwirken, insbesondere solchen, die durch erschwerte Zugänge, fehlende Aufklärung und Information oder unzureichende Kommunikationsfähigkeit bei Diagnose und Behandlung entstehen. In Abstimmung mit Landes- und Bundesbehörden, Krankenkassen und Versicherungen wollen wir neben zielgruppengenaue Präventionsarbeit, gerade auch in Fragen einer ausgewogenen Ernährung, darauf hinwirken, eine kultursensible Versorgung in Krankenhäusern und Arztpraxen sicherzustellen, die auch mögliche kulturspezifische Krankheitsvorstellungen berücksichtigt. In unseren städtischen Einrichtungen gilt es, selbst vorbildliche Maßstäbe zu entwickeln und anzuwenden.

HL 53

Menschen mit Behinderung helfen.

Bis zu zehn Prozent der Bevölkerung sind unterschiedlich schwer von Behinderungen betroffen. Ihnen gilt es mit dem Ziel einer barrierefreien Stadt zu helfen. Die in Frankfurt rund 23.000 Betroffenen mit einem Migrationshintergrund sehen sich besonderen Schwierigkeiten gegenüber, oft auch durch ein ungenügendes Wissen um Möglichkeiten des deutschen Rechts- und Sozialsystems und daraus abzuleitenden Unterstützungsformen. Wir wollen prüfen, welche Gruppen durch herkömmliche Angebote erreicht werden können, und zielgruppenspezifische Maßnahmen verstärken. Wir wollen, wo immer möglich, mehr Zugänge zu Regelangeboten, integrativen Freizeitangeboten und integrativer Bildung schaffen. Dafür ist in der Öffentlichkeit und in einzelnen Gruppen das Verständnis für Belange von Behinderten

HL 54

und für die notwendigen Voraussetzungen einer gleichberechtigten Teilhabe und Begegnung zu erhöhen.

HL 55 Sexuelle Orientierungen berücksichtigen.

Frankfurt hat sich immer wieder als eine lesben- und schwulenfreundliche Stadt bekannt, in der Diskriminierung oder gar Gewalt gegen andere sexuelle Orientierungen nicht geduldet wird. Einstellungen zu Homosexualität sind häufig durch traditionelle Rollenbilder geprägt, die zum Teil religiös konnotiert und je nach Umfeld unterschiedlich ausgeprägt sind. Schwule Migranten und lesbische Migrantinnen empfinden in ihren Familien und in ihrem näheren Umfeld mitunter besondere Belastungen und sind in der allgemeinen Öffentlichkeit oft von Mehrfachstigmatisierungen und Isolierung betroffen. Wir wollen Einrichtungen, Beratungsstellen und Freizeitangebote für alle Generationen dieser Bevölkerungsgruppen unterstützen und darauf hinwirken, dass diese von schwulen Migranten und lesbischen Migrantinnen verstärkt wahrgenommen werden können. Wir wollen dazu beitragen, dass in Schulen, Vereinen, Nachbarschaftszentren und bei öffentlichen Anlässen Raum für die verständnisvolle Thematisierung dieser Lebenssituation und für eine sensible Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Umgangsweisen geschaffen wird. Unser Ziel ist die offene, integrative Teilhabe in allen Fragen des Lebens.

HL 56 Neue Formen des Zusammenlebens anerkennen.

Rund die Hälfte der Frankfurter Haushalte sind Einpersonenhaushalte, etwa zwölf Prozent sind Paare mit Kindern. Das klassische Bild der ›Zwei-Kinder-Familie‹ wie auch das gängige Klischee einer Großfamilie von Migrantinnen und Migranten entsprechen nicht mehr der in Frankfurt typischen Realität. Dass sich nachfolgende Generationen aus gewohnten Zusammenhängen lösen, ist für sie selbst und ihr Umfeld bisweilen schwierig. Wir wollen dazu beitragen, dies als normalen Vorgang zu verstehen, und sich verändernde Bedürfnisse unserer Einwohnerinnen und Einwohner berücksichtigen: In Städten prägen sich neue und unkonventionelle Formen des Zusammenlebens und gemeinschaftlichen Wohnens früher und besonders aus. Deswegen sind Städte attraktiv für kreative Milieus, um deren Innovationskraft und Leistungsfähigkeit Frankfurt mit anderen Standorten in Deutschland und international konkurriert. Besonders

jüngere Generationen stellen neue Erwartungen an Berufswege und Lebensgestaltung, auf die wir uns einzustellen haben. Auch der wirtschaftliche Wandel befördert und erzwingt flexiblere und unterbrochene Erwerbsbiographien, die in der Stadtentwicklung, Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu berücksichtigen sind. Durch neue Möglichkeiten der Kommunikationstechnik entwickeln sich auch virtuelle Netzwerke, die wir durch eigene Angebote unterstützen und als Umfeld wirklicher Begegnung nutzen wollen.

Veränderung städtischer Milieus berücksichtigen.

In Frankfurt gibt es keine ›ethnisch‹ geprägten Viertel. Wir wollen Parallelgesellschaften weiter entgegenwirken und Begegnung in der Nachbarschaft wie auch im Stadtganzen fördern. Das enge Zusammenleben in einer Stadt verändert Menschen, besonders in einem anderen Land oder mit zunächst fremden Nachbarn. Es entwickeln sich Mischformen, die zugleich das von vielen geschätzte kosmopolitische ›Flair‹ einer Weltstadt ausmachen. Im Laufe der Zeit wird dabei für die Einzelnen ihre soziale Lage oft prägender als kulturell-ethnische Bezüge. Abstraktionen von ›Kultur‹ vernachlässigen reale Lebenskontexte. Wir wollen daher die vielfältigen sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen, von denen die Chancen der sozialstrukturellen Partizipation von Migrantinnen und Migranten abhängen, berücksichtigen und öffentlich vermitteln. Die innere Diversität und Spannung von Einwanderergruppen wollen wir auch im Umgang mit Organisationen und Vertreterinnen und Vertretern bedenken und unsere Kooperationspartner in der Stadt wie auch die Medien dafür sensibilisieren. Anerkannte nationale Minderheiten genießen nach dem Rahmenabkommen des Europarates und der geltenden Rechtslage besonderen Schutz.

Religionsgemeinschaften würdigen.

Religionsgemeinschaften geben eine grundlegende Orientierung für Denken und Handeln, der viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt eine Sinnstiftung für ihre Weltsicht und ihr gesamtes Leben entnehmen. Neben Lebenshilfe für den Einzelnen – oft in schwierigen und ersten Lebenssituationen –, erfüllen sie auch eine wichtige soziale, stützende Funktion in ihren Gemeinschaften und in ihrem weiteren Umfeld, die wir anerkennen, aber auch einfordern und unterstützen wollen. Anerkannte

HL 57

HL 58

Religionsgemeinschaften sowie als öffentlich-rechtliche Körperschaften anerkannte Religionsgemeinschaften genießen grundlegende Freiheiten in Ausübung ihres Bekenntnisses, die wir garantieren müssen. Das innere Leben von Religionsgemeinschaften ist jedoch kein rechtsfreier Raum. Dem Staat obliegt nicht nur strafrechtliche Verfolgung, er kann nicht nur auf Regeln im öffentlichen Bereich bestehen. Auch in der religiösen Kindererziehung oder für die Schulbildung gelten klare gesetzliche Vorgaben. Von religiösen Seelsorgerinnen und Seelsorgern erwarten wir, dass sie ihre Gemeindemitglieder in ihrem Alltagsleben in unserer modernen, heterogenen Gesellschaft, die in der freien Entfaltung der Persönlichkeit ein hohes Gut erkennt, offen begleiten. Es muss einer persönlichen freien Entscheidung entspringen, die eigene Religionsausübung gegenüber eventuellen Nachteilen, z. B. in der Berufsausübung, abzuwägen. Im öffentlichen Miteinander fällt dann aber denjenigen, die aus freier religiöser Überzeugung ein sonst allgemein übliches Verhalten oder Miteinander nicht teilen wollen, eine besondere Aufgabe zu, Missverständnisse zu vermeiden und mit Andersdenkenden respektvoll umzugehen. Wir wollen als Stadt darauf hinwirken, dass die Gemeinden ihr andersgläubiges bzw. säkular geprägtes Umfeld respektieren und von sich aus offen auf ihre Nachbarn zugehen, gerade auch im Fall neu errichteter Sakral- und Versammlungsbauten. Die Stadt Frankfurt wird sich mit allen rechtlichen und politischen Mitteln dafür einsetzen, dass Gruppen aller Art keine weltanschaulichen Trennlinien zu unserer Gesellschaft aufbauen oder gegenüber ihren Mitgliedern betonen, sei es in der Erziehung und Ausbildung, im nachbarschaftlichen Miteinander oder in öffentlichen Verlautbarungen.

4.11 Öffentlicher Dienst: Umgang mit Vielfalt

Dieses Konzept formuliert angesichts einer heterogenen Bevölkerung neue Anforderungen an die Aufgabenbeschreibung und an das Handeln der Stadtverwaltung. In einer ämterübergreifenden Arbeitsstruktur soll die Zusammenarbeit koordiniert und zu einer systematischen Berichterstattung zusammengeführt werden. Als Querschnittsaufgabe ist Integrationspolitik in allen Politikfeldern abgestimmt und langfristig anzulegen.

Dieses Konzept berücksichtigt zugleich die Grenzen staatlichen Handelns und betont die Bedeutung der Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Gruppen, Institutionen, Vereinen und Verbänden in einem fortwährenden Prozess von gemeinsamem Handeln und Erfahrungsaustausch.

HL 59 Diversitätsmanagement anwenden.

Die Verwaltung sollte Ansätze für den Umgang mit Unterschieden in Geschlecht, Alter, Herkunft und Überzeugung oder anderen individuellen Besonderheiten oder sprachlichen Fähigkeiten entwickeln. Es ist dabei gemeinsam sicherzustellen, dass die Fachämter und Betriebe in Maßnahmen, Förderungen und Kooperationen die faktische Vielfalt der Frankfurter Bevölkerung und ihrer Sichtweisen und Bedürfnisse möglichst so berücksichtigen, dass Angebote tatsächlich wahrgenommen werden können und dass Handlungsansätze – von Bildung und Kultur bis zu sozialen Dienstleistungen und Fragen von Wirtschaftsförderung und öffentlicher Sicherheit – im sozialen Umfeld und in der konkreten Situation tatsächlich greifen. In ämterübergreifender Kooperation soll die grundsätzliche Akzeptanz unterschiedlicher Perspektiven dazu genutzt werden, passgenau und effizient zu arbeiten sowie soziale und ethnische Segregation abzubauen, zu überwinden und zu verhindern. Wir wollen darüber hinaus an vielen Orten und in unterschiedlichen Zusammenhängen einen stadtweiten Prozess anstoßen, der nicht nur Institutionen, sondern auch nicht organisierte einzelne Bürgerinnen und Bürger einbezieht sowie die Öffentlichkeit allgemein anspricht.

nikationsstile verschiedener Menschen und Milieus zu schärfen und sicherzustellen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst die vielfältigen Lebenserfahrungen unserer Bevölkerung aus eigener Begegnung und Erfahrung kennen. In ämterübergreifender Abstimmung sollten aufgrund der Ziele dieses Konzepts geeignete und angemessene Kriterien für die städtische Personalpolitik formuliert werden. Maßgebend bleiben Eignung, Befähigung und Leistung. Die Verwaltung sollte darüber hinaus verstärkt die Vorteile gemischter Teams und Arbeitsgruppen nutzen und im Rahmen der geltenden Gesetze und Richtlinien sich bemühen, den Anteil der städtischen Auszubildenden sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund oder anderen Lebenserfahrungen zu erhöhen. In der Verwaltungspraxis ist darauf zu achten, die je eigenen Fähigkeiten und Talente aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und aller Mitwirkenden zu identifizieren und wirksam werden zu lassen.

HL 60 Strukturen und Kompetenzen weiterentwickeln.

Die städtischen Fachämter und Betriebe sollen im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung die Bedürfnisse unterschiedlicher Menschen in einer von Internationalität und Diversität geprägten Großstadt besonders berücksichtigen. Dazu gehört es, das eigene Bewusstsein für die Weltanschauungen, Lebensweisen und Kommu-

